

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von April
bis November 1998**

NWO-Sonderheft Nr. 100



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von April bis November 1998**

NWO-Sonderheft Nr. 100

Terror der Antichristen vom 01.04.1998-30.11.1998

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von April bis November 1998	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von April bis November 1998

Erwarte keine Dankbarkeit, wenn du einem Menschen Gutes tust: Du hast seine Schwächen aufgedeckt.

Elbert Hubbard (1856-1915, nordamerikanischer Schriftsteller)

1998

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. April 1998: >>>**Jelzin soll umstrittenes Beutekunstgesetz unterschreiben**

... Das russische Verfassungsgericht hat Präsident Boris Jelzin in einem am Montag veröffentlichten Urteil angewiesen, das "Beutekunstgesetz" zu unterschreiben.

Die Moskauer Richter gaben einer entsprechenden Klage des Parlaments statt. Nach dem von Duma und Föderationsrat 1997 verabschiedeten Gesetz gehören Hunderttausende Gemälde, Bücher und Akten, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg aus deutschen Museen, Bibliotheken und Archiven verschleppten, Rußland - als Kompensation für die Zerstörung und Verschleppung russischer Kulturgüter durch die Nationalsozialisten. ...

Jelzins (Bevollmächtigte) ... kündigten am Montag an, der Präsident werde "in nächster Zeit" beantragen, das Gesetz für verfassungswidrig zu erklären, weil es "Akte internationalen Rechts, die von der UdSSR und der Russischen Föderation ratifiziert worden sind, grob verletzt" - z.B. die Haager Landkriegsordnung von 1907, nach der "Werke der Kunst und der Wissenschaft" nicht beschlagnahmt werden dürfen. Darüber hinaus hatte sich Moskau mit Bonn im Freundschaftsvertrag von 1990 und im Kulturabkommen von 1992 geeinigt, die Beutekunst zurückzugeben. ...

... "In Rußland befinden sich noch eine Million Objekte aus deutschen Museen und Sammlungen, 2 Millionen Bücher und 3 Regalkilometer Archivgut", antwortete die Bundesregierung im vergangenen Jahr auf eine Anfrage der PDS. Allein im Moskauer Puschkina-Museum, dem staatlichen Historischen Museum und der Sankt Petersburger Eremitage sollen eine Viertelmillion Exponate aus deutschem Besitz lagern.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. April 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/109-110): >>>... Die Forschung ist durch eine auffallende Asymmetrie gekennzeichnet. Wir wissen weitaus mehr über den Nationalsozialismus als über den -

nicht nur sowjetischen - Kommunismus. Insofern ist ein Schwarzbuch des Kommunismus, das unnachlässig dessen Verbrechen registriert, sehr nützlich, für ein Begreifen des totalitären Geschehens jedoch unvollständig.

Noch immer kennen wir zu wenig die Herrschaftsmechanismen unter Lenin, unter Stalin, unter ihren Nachfolgern. Was ist von "Lenins und Stalins willigen Vollstreckern" bekannt, den "ganz gewöhnlichen Russen"? Die Antwort muß lauten: so gut wie nichts! ...<<

... Unter moralischen Gesichtspunkten sind die Verbrechen dieser Systeme gleichzusetzen. Insofern ist die verbreitete Schiefelage in der Einordnung beklagenswert. ...<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im April 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1998 (x853/...): >>**Geistiges und Ungeistiges über das vereinte Europa**

(Ein christlicher Kontinent oder ein fettes Stachelschwein)

Immer schon war ich ein Befürworter eines geeinten Europa und nachdem ich mich 1937 in Amerika für zehn Jahre niedergelassen hatte und seit 1957 ein Weltreisender wurde, bin ich es heute noch mehr denn je - aber nicht bedingungslos, nicht ohne Sorgen. ...

III.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es drei katholische Christen, die sich bemühten, eine Vereinigung Europas kernhaft und rein wirtschaftlich mit Kohle und Stahl, als "Montanunion" in die Wege zu leiten - Konrad Adenauer aus dem Rheinland, Robert Schuman aus Lothringen und Alcide de Gasperi aus Welschtirol. (Geschichtlich-geographisch kamen alle drei aus dem "Mittelreich" Lothars, dem Sohn Karls des Großen, das von Mittelitalien bis Friesland reichte.)

Die Wirtschaft stand da zweifellos im Vordergrund, und es erhebt sich die brennende Frage, ob ein geeintes Europa, ein europäischer Staatenbund, moralisch, aber auch psychologisch von materiellen "Interessen" allein, seien die wirtschaftlich oder militärisch, "getragen" werden kann. Wenn wir das Wort "militärisch" aussprechen, dann sollten wir auch an Krieg und Tod denken. Aber stirbt man freiwillig für die Wirtschaft? Hier widerspricht ein Hauptfaktor der großen Einigung dem anderen.

Nun fragt man sich, ob dieses Vereinte Europa eine Liebesgemeinschaft ist, in der man für jemand anderen freiwillig sein Leben gibt. Nehmen wir an, daß eine imaginäre Nordafrikanische Konföderation Griechenland überfällt. Ganz Europa müßte dann natürlich dagegen reagieren. Es könnte dann sein, daß ein junger Däne aufgefordert sein wird, für das griechische Kreta sein Leben hinzugeben oder die Einwohner von Amsterdam eine libysche Atombombe "ertragen" müßten.

- Die Frage ist eben, wieviel Kitt im Vereinten Europa steckt - und wie dieser Kitt beschaffen ist. Genügen die gemeinsame Währung und die wirtschaftlichen "Erwartungen"? Der Bauch ist sicherlich ein sehr wichtiges Organ und ohne die Verdauungsorgane gibt es kein Leben, aber in zwischenmenschlichen Beziehungen zählen vor allem Herz und Hirn. Auch bis zu den Zähnen bewaffnet am gedeckten Tisch zu sitzen ist noch keine Garantie für ein harmonisches Familienleben, ja nicht einmal für eine angeregte fruchtbare Konversation.

Wird das gar nicht realisiert? Doch ein wenig. Daher auch die schweren Bedenken für eine Eingliederung der Türkei, wo jetzt der Protest laut geworden ist, daß "Herr Kohl" (ein wahrer Sündenbock!) aus Europa einen "christlichen Klub" machen möchte.

Ja, gibt es einen anderen gemeinsamen Nenner für Europa als das Christentum - das Christentum und seine rein weltlichen Derivate, selbst seine Häresien und Entartungen? (Nicht einmal Marx, Bakunin oder Rousseau kann man sich ohne christliche Wurzel vorstellen.) Schon Proudhon hatte uns verraten, daß man stets überrascht ist, wenn man am Grunde der Politik immer wieder auf die Theologie stößt.

Mit anderen Worten, es ist das Christentum und sowohl zahlenmäßig als auch kirchlich-

organisatorisch vor allem der katholische Glaube, der den Kitt liefert, wobei aber zu bemerken ist, daß dieser allein ungenügend wäre, die Festigkeit des "Gebäudes" zu sichern. Darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben. Doch ein anderer Kitt ist ganz einfach nicht vorhanden. Man muß sich auch die zusätzliche Frage stellen, was Europa der Welt zu "geben" hat, und da ist es wieder für die unmittelbar "benachbarten Erdteile" - Asien und Afrika - die christliche Botschaft.

Da ist Jerusalem (nicht Sodom und Gomorrha), Athen und Rom, der Dreieinige Gott, die Trias von Sokrates, Plato und Aristoteles, die großen Mystiker, die unsterblichen Künstler, Dichter und Denker der Jahre zwischen Kolumbus, Kopernikus und den selbstmörderischen Kriegen seit 1914. Nicolas Gómez Davila hatte völlig recht als er schrieb, daß ohne Bibel und Antike der Europäer nichts anderes wäre als ein bleichgesichtiger Barbar. Nicht viel anders urteilte Salvador de Madariaga als er sagte, daß unsere Kultur auf dem Tod zweier Männer beruhe, eines Philosophen und des Gottessohnes: Sokrates und Jesu Christi.

Wenn aber nun, um noch einen anderen Weisen zu zitieren, Golo Mann feststellte, daß Auschwitz die Maske vom Gesicht unserer Gottlosigkeit gerissen hatte, dann müssen wir uns fragen, mit welchem geistig-seelischen Gepäck wir auf dem Weg in das gemeinsame "Haus Europa" aufgebrochen sind. Das wissen die Kläger.

Darüber hat die Paneuropa-Bewegung heute nach all diesen furchtbaren Erfahrungen keine Illusionen mehr. Mit ihrem Wappen - dem roten Kreuz auf der Sonne der Weisheit und den Zwölf Sternen Mariae, die wir auch auf der Fahne der "EU" finden - sind sie Christliche Streiter geworden. Was fehlt da noch? Die Rechristianisierung Europas. Mit einem "horizontalen" Europa, einer reinen Addition, ist uns nicht gedient. Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Auch nicht Länder. Und schon gar nicht ganze Kontinente.

IV.

So viel vom Spirituellen. Doch die "Europäische Union" hat nicht nur das schwere Problem eines mangelnden Vitalprinzips, das eben nur das Kreuz sein kann, sondern auch zwei große politische Schwächen, die noch sehr wenig realisiert werden, weil unseren Analysten in der Regel die historische Perspektive abgeht.

Die meisten Kommentatoren in den Massenmedien betrachten das "Haus Europa" aus dem Blickwinkel der augenblicklichen Ideale. Man trifft da manchmal Leute, Politiker, Fernsehredakteure und Schriftsteller mit einem Geschichtswissen, das nur Kopfschütteln verursacht. Wir hatten die drei Siege der Liberaldemokratien, 1918, 1945 und 1989, wobei letzterer mit der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution zusammenfiel.

Die Vereinigung Europas ist jedoch von so großer Bedeutung, daß man sie aus geschichtlicher Vogelschau und nicht aus dem Blickwinkel der heutigen politischen Denkmodelle formen, betrachten und beurteilen sollte.

Der "moderne Mensch" ist so "horizontalistisch" und denkt so zeitbedingt, daß er sich eine Zukunft mit anderen Idealen und Zielsetzungen gar nicht mehr vorstellen kann, so daß man zum Beispiel fest davon überzeugt ist, konstruktives politisches Handeln nun durch plebiszitäre Arithmetik auf majoritärer Basis bestimmen zu können. (Jorge Luis Borges nannte dies einen kuriosen Mißbrauch der Statistik.) Überflüssig darauf hinzuweisen, daß man an diesem Unsinn auch in der "Basis" der Kirche zu glauben beginnt, wo doch die Kirche in Jahrtausenden zu denken und zu planen hat.

- Vor nicht allzulanger Zeit hat ein hoher Beamter im amerikanischen Staatssekretariat (d.h. im Außenministerium), Francis Fukuyama, ein Buch mit dem Titel "The End of History" veröffentlicht. Die These? Die Welt ist nun restlos demokratisch, also hat die Geschichte ein Ende genommen. Da hat der liebe Gott einem erwachsenen Menschen ein kindliches Gemüt bewahrt.

Einen ähnlichen Unsinn glaubte der Secretary of State, Robert Lansing, im Jahre 1918, der überzeugt war, daß infolge der Demokratisierung der Welt es von nun an keine Kriege mehr geben werde. Jacob Burckhardt war vom Gegenteil überzeugt und sagte schon im Jahr 1878: "Seitdem die Politik auf innere Gärungen der Völker gegründet ist, hat alle Sicherheit ein Ende."

Nun wollen wir uns mit zwei Schwachstellen der "Europäischen Union" beschäftigen, die verhängnisvoll sein können und "systembedingt" sind. Beide sind mit heutigen "Moden" verbunden, deren eine aber nicht nur "Mode", sondern sogar Vorschrift ist und auch in der Praxis einen "P. C.-Charakter" angenommen hat. Dagegen zu verstoßen wird zur politischen Tod-sünde.

Wir denken hier an die Demokratie, die an sich mit Freiheit nichts zu tun hat, aber in der "Europäischen Union" als *conditio sine qua non* für die Mitgliedschaft gilt. Nur Demokratien werden in die EU aufgenommen und es fragt sich, ob Staaten, in denen die Demokratie legal (wie in Deutschland 1933) oder illegal (wie in Rußland 1917) zugrunde geht, ganz einfach hinausgeworfen oder mit intervenierender Waffengewalt zur freien Wählerei gezwungen werden können.

- Wie fest ist jedoch die Demokratie Europas heute verankert? Augenblicklich würden wir bis weit in den Osten durch Abstimmungen überall Mehrheiten für die liberale Demokratie bekommen. Aber wird das überall auf die Dauer so bleiben?

Das interessiert mich als Vater, Großvater und Urgroßvater, der im nächsten Jahr seinen 90. Geburtstag feiern sollte und immer wieder brüllende Volksmengen gesehen und gehört hat, die bald diese, bald jene Regierungsform verdammt oder auch hochleben ließen. Man vergesse dabei auch nicht, daß die Instabilität, nein, sogar der Stolz auf die Instabilität und den ewigen Wandel programmatisch zur parlamentarischen Demokratie gehöre. Wahlen stehen für periodische Veränderungen ...

Nun aber hat der englische Sozialist Harold Laski schon vor langem gesagt, daß die parlamentarische Demokratie zwei Voraussetzungen zu erfüllen hat: Sie muß ein Zweiparteiensystem haben (damit nicht eine kleine Partei der Mitte Erpressungen ausüben kann) und - was noch viel wichtiger ist - die Parteien a common framework of reference, eine gemeinsame "Sprache", eine für alle verbindliche "öffentliche Philosophie" haben müssen, so daß sie sich nicht nur verstehen, sondern auch mit ihrem Gewissen vertretbare Kompromisse schließen können. (Daher auch die APO, die "Außerparlamentarische Opposition", die zahlenmäßig nicht mitkonnte und deshalb zu gutem Teil dem Terrorismus verfiel).

Diese von Laski gepriesene, ideale Situation existiert auch heute noch in England, den britischen Dominien, in Skandinavien und in den USA ... aber viel weniger auf dem Kontinent.

Sie existierte hier gar nicht in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg mit ihren bösen wirtschaftlichen Problemen. Der Mensch ist nun einmal nicht nur ein religiöses, sondern auch ein ideologisches Wesen und die Ideologien bemächtigen sich der Parteien (oder auch umgekehrt). Clausewitz sagte uns übrigens, daß die Kriege nur Fortsetzungen der Diplomatie mit anderen Mitteln seien und Bürgerkriege sind in diesem Sinn auch nur Fortsetzungen des Parlamentarismus, die in Ländern mit starker Individualität (Rußland! Spanien! Mexiko! Nicaragua! Österreich 1934) mit der Waffe in der Hand ausgefochten werden.

Nun aber ist die liberale Demokratie eine Schönwetterideologie. Was geschieht bei einem unerträglichen Überhandnehmen der Kriminalität, einer beunruhigenden Einwanderung aus anderen Kontinenten oder - gar nicht so undenkbar! - einer riesigen Finanz- und Wirtschaftskrise mit Horden von Arbeitslosen? Das würde in der politischen Szene den Radikalismus stärken. Die Demokratie, die das Mittlere und Mittelmäßige liebt und sogar lieben muß, hat einen höchst natürlichen Haß auf das "Extreme", mag es rechts- oder linksdrallig sein.

- Aber was geschieht in einzelnen Staaten der "Europa-Union", wenn radikale Parteien unter

einem "charismatischen" Führer frei nach Plato (Politeia, Buch VIII-IX) sich lokalen Vertretungen oder gar des Europaparlaments bemächtigen und dabei einige Länder mittun wollen und andere wieder nicht?

Solche Situationen sind weder genau vorauszusehen noch gar zu vermeiden. Ob das Malheur nun lokal oder universal passiert - die Folgen sind unübersehbar. Unsere Massen, die weder intellektuell noch gefühlsmäßig auf solche Krisen vorbereitet sind, noch auch vorbereitet werden können (wie zum Beispiel ein kleiner Schweizer Kanton oder eine walddreiche Bezirkshauptmannschaft in der Steiermark) stünden solchen Situationen ratlos gegenüber.

- Würde man "erlaubte" und "verbotene Parteien" haben müssen? (Von den Linksparteien werden die Bolschewiken, die mit 100 Millionen Leichen als Massenschlächter einen Weltrekord aufgestellt haben, in der EU "zugelassen", die Nazis aber nicht. Warum?)

Da der Sinn des Menschen von Kindheit an auf das Böse ausgerichtet ist (I. Mosis, 8,21), kann er sich auch noch andere bössartige Ideologien ausdenken, die im demokratischen Rahmen erfolgreich sein können. Das bezieht sich auch auf religiöse Sekten.

Wie dem auch immer sei: das parlamentarische System als "Bühne" der Einigung Europas kann in einer Notzeit - und Notzeiten wird es in der Geschichte immer wieder geben - zu einem "Schlachtfeld" werden. Doch da gibt es noch eine andere "Falle".

V.

Parlamente bilden in reinen Nationalstaaten einen Schauplatz für ideologische Kämpfe und es fragt sich überhaupt, ob ein Organ, für "Auseinandersetzungen" ersonnen und gebildet, ein ideales, wenn auch indirektes Werkzeug zum Regieren sei.

Man stelle sich einmal ein Ministerium vor, in dem Uneinigkeit und Uneinstimmigkeit als begrüßenswerte Charakteristiken betrachtet werden. Da wir aber jetzt viel eher von einem Parlament einer Vielvölkerunion reden, müssen wir nicht nur ideologische, sondern auch ethnische und (sehr verdeckt) "rassische" Unterschiede und Gegensätze in Betracht ziehen. Das böse Beispiel war das Parlament im alten österreichischen Vielvölkerstaat, über das sich einst schon Mark Twain lustig gemacht hatte. Manche seiner Probleme, wie z.B. die für viele Abgeordnete existierende Deutschsprachigkeit, kann heute durch Simultanübersetzungen und Hörgeräte überbrückt werden.

- Doch eben nicht nur ideologische, sondern auch ethnische wie auch staatliche und regionale Animositäten können in einem Europaparlament fatale Auswirkungen haben. Und das geschah im alten Österreich, in dem der Reichsrat immer wieder wegen seiner Operationsunfähigkeit suspendiert werden mußte. Im Ersten Weltkrieg führte dies zum Verbrechen - der Sozialdemokrat Friedrich Adler ermordete den Ministerpräsidenten, den Grafen Karl Stürgkh, weil dieser auf höchst undemokratischer Weise fast dauernd das Parlament suspendierte - ein jedoch damals sehr notwendiges Verfahren.

Nun kann man sich leicht vorstellen, daß in Zukunft, besonders nach einer "Osterweiterung", im Europaparlament nationale oder auch regionale Spannungen auftreten werden, die nur durch eine Majorisierung "unbotmäßiger" Nationen oder Staaten gelöst werden können. Man kann da an ein Nord-Süd oder auch ein Ost-West Schisma mit allen möglichen Folgen denken. Im demokratischen Rahmen sind es immer nur wieder Majorisierungen, die "Lösungen" bringen, die aber in Wirklichkeit keine Lösungen sind. Man erinnere sich da nur an das irische Problem, das auf diese Art und Weise nicht wirklich gelöst werden kann.

- Schon der große britische Liberale John Stuart Mill hat vor anderthalb Jahrhunderten gepredigt, daß die Demokratie sich nicht in Vielvölkerstaaten realisieren läßt, wobei man hinzusetzen muß, daß dies ganz besonders dann nicht möglich ist, wenn es sich um Republiken handelt. Zweifellos würde Belgien, das die größten Schwierigkeiten mit dem wallonisch-flämischen Antagonismus hat, die Abschaffung der Monarchie keine 48 Stunden überleben. Die Schweiz ist anscheinend ein Gegenbeweis, doch ist dort der Patriotismus ungleich stärker

als das Nationalgefühl (das aber auch existiert).

Demokratie ist jedoch nicht die Herrschaft des "Volkes", sondern der nichtpermanenten Mehrheit über die wechselnde Minderheit - ein nicht immer erheiterndes Schaukelverfahren. Was geschieht aber, wenn die Parteien nicht Ideologien oder Klassen, sondern "Völkerschaften" ethnischen oder religiösen Charakters vertreten - so wie z.B. in Nordirland, wo schottische Calvinisten katholischen Iren gegenüberstehen?

Analoge Situationen sind im Europaparlament sehr denkbar, wobei man aber an viel größere "feindliche" Einheiten denken muß, an kolossale ideologisch-kulturelle Regierungskoalitionen und ebenso große Oppositionsgebilde, wenn nicht gar großregionale Gegensätze, die in Notzeiten wahre Erdbeben verursachen könnten.

VI.

Die Einigung Europas tut not. Sie ist im Prinzip zu bejahen. Ihr struktureller Charakter ist jedoch ein großes Problem.

Wir haben in der Geschichte innerstaatliche Kriege erlebt – so der Sonderbundskrieg in der Schweiz, der Krieg zwischen Norden und Süden in den USA, der bis 1865 der blutigste Krieg der ganzen Weltgeschichte gewesen war. In dieselbe Kategorie gehört auch der deutsch-preußische Krieg von 1866, der im Busen des Deutschen Bundes ausbrach, allerdings gegen eine preußisch-italienische Militärallianz.

Und heute? Da sehen wir, daß es Norditaliener gibt, die aus der Republik "aussteigen" wollen, und Basken, die zu Spanien NEIN sagen. Im früheren Jugoslawien sehen wir ein Teilstück - Bosnien -, das seinerseits wieder auseinanderbrechen will und mit "ethnischen Säuberungen" sich auf kleine "Nationalstaaten" einstellt. Amerikaner wissen heute, daß Demokratie nicht unbedingt Freiheit bedeutet und daß der Export der Demokratie, der für sie ja ein französischer Import gewesen war, dem Rest der Welt unendlich viel Unheil gebracht hatte.

Was wäre da die Lösung? Theoretisch eine Rechristianisierung und Remonarchisierung Europas mit parteilosen Ständevertretungen und einem hervorragenden unpolitischen Beamtenapparat noch klassischem chinesischem Muster. Die Monarchen sind ja alle miteinander verwandt und könnten sich mit Leichtigkeit "zusammensetzen". Kann man sich das aber wirklich vorstellen? Heute, im "Horizontalistischen" Zeitalter? Leider nicht. Sünden werden erst richtig nach dem Tod bestraft, Dummheiten, vor allem Kollektivblödsinne schon hier auf Erden.

Das vereinte Europa muß geschaffen werden. Die Argumente dafür sind erdrückend. Aber anders als es sich so viele unter uns vorstellen. Vor allem aber in einem anderen Geist und mit einem anderen Vorzeichen!

Die militärische Einigung wäre natürlich nur für eine Verteidigung und nicht für einen Angriff da und die wirtschaftliche Koordination für das materielle Wohlergehen. Europa, reduziert auf diese zwei Aspekte, hätte keine Seele. In seinen Wappen dürfte es dann nicht christliche Symbole haben, sondern nur ein fettes Stachelschwein, versehen mit dem Pentagramm.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.

Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.

Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.

Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.

Fänden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.

Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen geplant. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.

Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...

Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestimmungen, Drogen und Armutsfüchtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine anderen duldet.

Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. Im Moment haben wir beides – zu wenig Europa und zu wenig Nationalstaat. Der eine fühlt sich für die Herausforderung durch die Globalisierung nicht mehr und der andere noch nicht zuständig. Die Nation macht sich kleiner, als sie ist derweil die Brüsseler eine Stärke zur Schau stellen, die sie in Wahrheit nicht besitzen. So treffen die Veränderungen der Globalisierung auf einen Kontinent, dem das politische Kraftzentrum fehlt. Es besteht die Idee als Möglichkeit, aber nicht im wahren Leben der Völker.

Notwendig wäre die Europäisierung des Nationalstaates ...

Europa ist eben nicht der Ersatz des Nationalstaates, sondern sein Partner, zuweilen auch sein Erfüllungsgehilfe. Wer die Dinge besser regeln kann als der andere, bekommt das Recht zum Handeln übertragen. Die Politiker durchstreifen ohnehin nicht selbst die Großstädte auf Verbrecherjagd, sie verhaften nicht und klagen nicht an, und auch das Verurteilen und Wegsperren übernehmen andere. So wie der Nationalstaat hoheitliche Aufgaben an Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter überträgt, sollte er auch Europa für sich zu nutzen wissen.

Die Nation bleibt die einzige Quelle von Staatlichkeit, aber nicht ihr alleiniger Vollstrecker. Es kommt nicht zur Abtretung von Hoheitsrechten, wohl aber zu ihrer Übertragung. Die Nation verliert ihre Exklusivität, um im Gegenzug an Durchschlagskraft zu gewinnen. Die europaweite Verbrecher- und Terroristenjagd ist nun mal deutlich effizienter als die kriminalistische Kleinstaaterei, wo der eine den anderen in den Abendnachrichten mit den Grausamkeiten des Tages überrascht.

Ausgerechnet eine europäische Wirtschaftspolitik ist bisher über das Skizzenhafte nicht hinausgekommen. Dabei wäre die Bündelung der ökonomischen Interessen das Einzige, was im Weltkrieg um Wohlstand schnellen Erfolg verspricht.

Eine Forschungspolitik, die weltweite Spitzenleistungen hervorbringt, ist heute nur europäisch vorstellbar. Der Rückfall in nationale Industriepolitik kann nur auf europäischer Ebene verhindert werden.

Gegenüber dem mächtigen Rivalen in Übersee hat Europa nur eine Stimme oder gar keine. In der Welthandelsorganisation sitzen die nationalen Minister ohnehin nur noch als Zaungäste dabei.

Gesucht werden also Politiker, die bereit sind, über das Nationale hinauszugehen, ohne es zu verraten. Fragen von historischer Dimension warten auf ihre Beantwortung: Wie kann eine wirksame Außenvertretung funktionieren, die mehr zu bieten hat als der Grüßaugust, den man heute als Kommissar für die Außenpolitik bezeichnet?

Wie vertreibt man die grauen Gesellen des europäischen Bürokratismus, die bisher als Kräfte der wirtschaftlichen Entschleunigung wirkten?

Was wäre zu tun, um die industriellen Kapazitäten Europas zu konzentrieren, damit sie international mithalten können?

Wie lassen sich gemeinsam die ins Rutschen geratenen Grundlagen der europäischen Staatsfinanzierung neu befestigen?

Welches Regime an den Außengrenzen der EU ist notwendig, um den Mitgliedernationen, ihren Firmen und deren Belegschaften jenen Schutz zu bieten, den sie zu Recht erwarten?

...<<

Die "Frankfurter Rundschau" berichtete am 27. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/114-115): >>Zahlen muß man nicht übersetzen: 100 Millionen bleiben 100 Millionen, ob auf französisch oder auf deutsch. Die Zahl bleibt Zahl – monströs und nichtssagend, weil sie zählt statt zu erzählen.

Ebenso monströs und nichtssagend erscheint der Unterschied, den sie markieren soll: 100 Millionen des Kommunismus gegen 25 Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Auch dazu bedarf es keiner Übersetzung: eine Differenz von 75 Millionen Toten, ein schier unüberbrückbarer Abstand. ...

Nicht die Verbrechen kommunistischer Regime an sich, sondern die Tatsache, daß die Ideologie, in deren Namen sie ausgeführt wurden, mindestens bis 1991 von so vielen Menschen und nicht zuletzt von vielen Intellektuellen als eine echte, bessere und mögliche Alternative zum westlichen Kapitalismus angesehen wurde - dies ist das eigentliche Problem. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 28. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/118-122): >>Das Entstehen eines Weltmarkts und die "Globalisierung" waren im Jahre 1848 schon erkennbar. Es lohnt sich eine kleine Zitatelese aus dem "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels:

"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. ... Die uralten nationalen Industrien werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden."

"Die Bourgeoisie reißt ... durch die unendlich erleichterte Kommunikation auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation."

Soweit Marx und Engels. Allerdings wissen wir, daß diese scharfsinnige Analyse eines der repressivsten Systeme der Weltgeschichte wurde. Wo steckt also das Falsche im Richtigen? Welche Munition ist in ihren Texten versteckt, die für den späteren Gebrauch durch linkstotale Ideologien geeignet war? ...

Marx und Engels ... zeichnen das Bild eines militärischen Oberkommandos, in dem die einzelnen Wirtschaftszweige als Teilarmeen fungieren. "Arbeitermassen, in der Fabrik zusam-

mengedrängt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt."

Das hat wenig mit dem tatsächlichen Verlauf der Industriellen Revolution zu tun – dafür drängt sich der Vergleich mit dem Aufbau der sowjetischen Industrie geradezu auf.

Marx und Engels glänzen durch die Denunziation aller Gemäßigten. Die Revolution mußte für sie nach dem Schema der Französischen Revolution ablaufen und am Ende die radikalste Partei – an die Macht bringen. Mittel dazu war der Vernichtungskrieg gegen konterrevolutionäre Klassen und Völker.

Das qualitativ Neue einer Gesellschaft, die das Recht des Stärkeren ersetzt durch eine Kultur des Tausches und einer diskutierenden Öffentlichkeit, blieb ihnen fremd. Der das ganze Jahrhundert beherrschende Diskurs, wie Gewalt zu bändigen und eine zivile Ordnung herzustellen sei, schien ihnen Heuchelei.

Dies kennzeichnet 1848 und 1849 durchgehend die Politik der "Neuen Rheinischen Zeitung" (NRZ), des "Organs der Demokratie". Für Marx und Engels, die beiden Chefs ist klar: Ihre Vorstellung von "Demokratie" wird sich nur in "Weltkriegen" verwirklichen lassen.

Fix- und Angelpunkt ist die leidenschaftliche Propaganda eines revolutionären Kriegs gegen Rußland, dessen Zarentum der Hort der "Reaktion" ist. Man hat in der Dauerpolemik der NRZ gegen Rußland und slawische Völker einen heimlichen Nationalismus gelesen, doch die Quelle dieses Hasses ist eine andere.

Die NRZ schoß sich auf die Tschechen, Slowaken und Ruthenen (Ukrainer) ein, deren Bauernbevölkerung ihren Grundherren mehr traute als den Demokraten.

Während im Juni 1848 noch den Tschechen das Zertifikat "sozialrevolutionär" zugestanden wird, wandelt sich das Urteil im Lauf des Sommers. Als im Herbst kroatische, ruthenische und tschechische Regimenter gegen die ungarischen und Wiener Aufständischen vorgehen, wird die NRZ-Redaktion feindselig.

Engels kann selbst an den demokratischen Kräften unter den Tschechen nur "Schurken oder Phantasten" erkennen. Als der Wiener Oktoberaufstand niedergeschlagen wird, schwindet jede Zurückhaltung. Die Korrespondenten der NRZ aus Wien, namentlich der rassistische Müller-Telling, titulieren die kleinen slawischen Völker nur noch als "tierisch-blödsinnige Slawen", "blödsinnige Slawenesel", "niederträchtige Hunde von Slawen und Ruthenen", "Tschechenhunde", "Kroatenabschaum".

Im Februar 1849 legt Müller-Telling antisemitisch nach: "Man fühlt in Österreich im ganzen Volke, daß das Judenvolk dort die niederträchtigste Sorte von Bourgeoisie und den gemeinsten Schacher repräsentiert, darin liegt die ganze Antipathie gegen das Judengesindel."

Die Chefredakteure in Köln deckten all das. Marx selber schrieb Ende des Jahres in einem Leitartikel: "In Wien erwürgten Kroaten, Panduren, Tschechen, Sereschaner (eine aus Südslawen gebildete Heeresgruppe) und ähnliches Lumpengesindel die germanische Freiheit."

Wer dies als typisch für den damaligen Stil streitbarer Publizistik herunterspielt, der unterschätzt den nach Systematisierung drängenden Geist der Väter des Marxismus. Sie zauberten aus dem Hut eine Theorie der "Völkerabfälle", dem Untergang geweiht.

"Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt", schreibt Engels.

Deshalb fordert er "unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod mit dem revolutionsverräterischen Slawentum Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus. ... Auf die sentimentalen Brüderschaftsphrasen ... antworten wir: daß der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist, daß seit der Revolution der Tschechen- und Kroatenhaß hinzugekommen ist."

Engels hatte nichts übrig für den Anarchisten Bakunin und seine Parteinahme für die Südslawen.

wen, die unter dem Joch der ungarischen Revolutionsregierung standen. Die Ungarn seien im Gegenteil viel zu nachgiebig gegenüber den Kroaten, das sei konterrevolutionär.

Für die beiden Revolutionstheoretiker ist das Slawentum - mit Ausnahme der Polen - eine einzige "Vendée" (in der Französischen Revolution lehnten sich royalistische Bauern aus der Vendée gegen das jakobinische Regime auf). Nach dem Vorbild der Jakobiner müsse man die Slawen mit Feuer und Schwert austilgen.

Marx und Engels meinten nicht unbedingt die physische Ausrottung, sondern "nur" die terroristische Unterdrückung der Nationalbewegungen und des Panslawismus. Sie unterscheiden zwischen fortschrittlichen Nationen, die ein Lebensrecht haben, und "geschichtslosen" Völkern, die nur die Knute verdienen.

Inwieweit sie damit der Legitimation der Ausrottung ganzer Nationalitäten in kommunistischen Diktaturen vorgearbeitet haben, ist eine interessante Frage.

Stalin, Mao Tse-tung, Pol Pot und Mengistu haben "konterrevolutionäre" Klassen und Völker liquidiert, ohne sich im einzelnen auf Marx zu berufen.

Ihr kriegerisches Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung hinderte Marx und Engels daran, die bürgerliche Zivilgesellschaft zu begreifen. Sie übersahen, daß das Freihandelsinteresse von britischen Manchester-Industriellen durchaus korrespondierte mit linksliberalen Prinzipien, internationalen Friedensbestrebungen und dem Willen zu sozialen und politischen Reformen. Für sie war das allenfalls die sentimentale Bemäntelung eines reinen Profitinteresses. (Heute steht die amerikanische Politik bei der europäischen Linken unter einem ähnlichen ideologischen Verdacht.)

In fast allen Äußerungen über die Mächte des 19. Jahrhunderts bleibt von Marxens Klarsicht in Sachen Weltmarkt wenig übrig. Statt dessen regieren Gewaltphantasien, die sich mit Versatzstücken aus Hegels Volksgeistlehre tarnen, wonach sich jede höhere zivilisatorische Stufe in einer konkreten Nation verkörpere.

Der Hegelianismus offenbart sich in späteren Jahren noch deutlicher in Engels' Polemik gegen Bakunin, dessen Beharren auf dem Lebensrecht der slawischen Bauernvölker gegen die Germanisierung mit Hohn bedacht wird:

Es sei ein Verbrechen, "daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als in Europa die großen Monarchien eine 'historische Notwendigkeit' wurden, alle diese kleinen, verkrüppelten, ohnmächtigen Natiönchen zu einem großen Reich zusammenschlugen und sie dadurch befähigten, an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie, sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären. Freilich dergleichen läßt sich nicht durchsetzen, ohne manch sanftes Nationalblümchen gewaltsam zu zerknicken. Aber ohne Gewalt und eherne Rücksichtslosigkeit wird nichts durchgesetzt in der Geschichte."

An anderer Stelle statuiert Engels das Urteil:

"Die ganze frühere Geschichte Österreichs beweist es bis auf den heutigen Tag, und das Jahr 1848 hat es bestätigt: Unter allen Nationen und Natiönchen Österreichs sind nur drei, die aktiv in die Geschichte eingegriffen haben, die noch jetzt lebensfähig sind - die Deutschen, die Polen, die Magyaren. Daher sind sie jetzt revolutionär.

Alle anderen kleinen Stämme und Völker haben zunächst die Mission, im revolutionären Weltsturm unterzugehen."

1851 holt Engels in einem Brief an Marx die letzte slawische Nation aus seinem Pantheon: "Die Polen haben nie etwas anderes in der Geschichte getan, als tapfre, krakeelsüchtige Dummheit gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen ... den Fortschritt mit Erfolg repräsentierte oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat."

In alldem zeigt sich - gegen das bürgerliche Prinzip der Gewaltenteilung und -begrenzung - das alte absolutistische Prinzip, wonach Opposition gegen den Herrscher ein Verbrechen ist.

Im Zentrum der kapitalistischen Welt, in Großbritannien, hatte sich längst eine neue politische

Kultur und ein liberaler Rechtsstaat herausgebildet. Nutznießer waren die geschlagenen Revolutionäre des Kontinents von Mazzini bis Kossuth, von Marx bis Engels.

Sie wußten ihr sicheres Exil zu schätzen. ...<<

Die Züricher Zeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 29. Mai 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/71-72): >>... Jean-Louis Margolin untersuchte die chinesischen Verhältnisse und stieß dabei – was Quellen und Archivalien betrifft – auf sehr viel größere Schwierigkeiten als Werth (der den Terror in der Sowjetunion prüfte).

Seit den dreißiger Jahren und verstärkt nach dem Langen Marsch richtete sich der "rote Terror" in China gegen "Abweichler" und "Verräter" in den eigenen Reihen wie gegen "Klassenfeinde": reiche Bauern, Händler, hohe Beamte.

Nach dem Sieg von Maos Armee über Tschiang Kai-schek und nach der Staatsgründung von 1949 errichtete die chinesische Führung die berüchtigten "Umerziehungslager" für jene, die den "Erziehungskampagnen trotzten. Aus Mangel an verlässlichen Zahlen ist Margolin weitgehend auf Hochrechnungen und Schätzungen angewiesen.

Unter der Annahme, daß jeder zwanzigste Häftling während oder wegen der Haft starb oder umgebracht wurde, gelangt der Autor zur Zahl von 10 bis 20 Millionen Toten. Für die Zeit von 1949 bis zu Maos Tod (1976) rechnet Margolin mit der horrenden Zahl von 44 bis 72 Millionen Opfern, von denen mehr als die Hälfte in der Zeit der Hungersnot starben, also mittelbar an den Folgen der Politik des "Großen Sprungs nach vorn" (1959-62). ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Mai 1998: >>**CSU fordert Hürde für EU-Beitritt Tschechiens**

... Unmittelbar vor dem Pfingsttreffen der Vertriebenen hat der Bundestag mit Regierungsmehrheit die Vertreibung von Deutschen aus Osteuropa nach 1945 als völkerrechtswidrig verurteilt. Gleichzeitig bekräftigte die Regierungskoalition ihre Forderung nach einem Niederlassungsrecht für Vertriebene in Polen und Tschechien nach dem EU-Beitritt dieser Länder.

Die Sudetendeutschen verlangten die Aufnahme Tschechiens in die EU an die Aufhebung der Benesch-Dekrete zu knüpfen. "Wer nach Europa will, muß die europäische Hausordnung auch einhalten", sagte Sprecher Franz Neubauer in Nürnberg.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber verlangte in der Bundestagsdebatte, die Rechtsordnung der EU-Beitrittskandidaten müsse sorgfältig überprüft werden. Wenn die Tschechische Republik sage, daß die für die Vertreibung der Sudetendeutschen verantwortlichen Dekrete der Regierung Benesch nicht aufgehoben würden, dann werde es schwer, Tschechien in die EU aufzunehmen. Die Deutschen hätten in der EU die Interessen der Deutschen zu vertreten. ...

Der Bundestag forderte mit der Koalitionsmehrheit die Bundesregierung auf, sich gegenüber den östlichen Staaten für die "legitimen Interessen" der Vertriebenen einzusetzen. Die SPD enthielt sich der Stimme, Bündnisgrüne und PDS stimmten dagegen. ...<<

In Wien berichtete am 30. Mai 1998 die "Presse" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/74-79): >>... An die 100 Millionen Tote listet das "Schwarzbuch des Kommunismus" auf: 65 Millionen in China, 20 Millionen in der Sowjetunion, je 2 Millionen in Nordkorea, Kambodscha (rund ein Viertel der Bevölkerung in dreieinhalb Jahren), 1,7 Millionen in Afrika, 1,5 Millionen in Afghanistan, je eine Million in Vietnam und in den osteuropäischen Staaten. ...

Der Terror war – so wird mit zahlreichen Beispielen belegt – von Beginn an Wesensmerkmal der kommunistischen Systeme an der Macht. ...

Hier werden der Kürze wegen nur einige sowjetische (Verbrechen) aufgelistet.

"Verbrechen gegen den Frieden", als nach dem Pakt mit Hitler die Teilung Polens, die Annexionen baltischer Staaten, der Nordbukowina und Bessarabiens folgten oder der Angriff auf Finnland 1939. Der Einmarsch in Ungarn oder der Tschechoslowakei, die Militärintervention

in Afghanistan.

"Kriegsverbrechen" etwa durch die Liquidierung eines Teils der polnischen Offiziere und der bürgerlichen Intelligenz des Landes in Katyn 1940. Der Tod von über einer halben Million gefangener Soldaten der Deutschen Wehrmacht und mit ihr verbündeter Armeen im Archipel Gupwi, der vielfach auf Hunger und menschenverachtende Zustände zurückzuführen war.

"Verbrechen gegen die Menschlichkeit" durch die Indienststellung der Macht des Staates für eine verbrecherische Politik und Praxis: Deportationen, systematische Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, Menschenraub oder Massenfolterungen aus politischen, ideologischen, rassistischen oder religiösen Gründen.

Millionen Unschuldige wurden von kommunistischen Systemen umgebracht, denen nichts vorzuwerfen war, außer daß sie Adelige, Bürger, Kulaken, Ukrainer, Juden, Intelligenzler oder KP-Mitglieder waren.

Seit 1920 wurden etwa die Kosaken verfolgt und in einem streng umrissenen Gebiet ausgelöscht. Männer wurden erschossen, Frauen, Kinder und Alte deportiert. Die Dörfer dem Erdboden gleichgemacht oder Umsiedlern übergeben. Millionen von Kulaken wurden zwar nicht an Ort und Stelle erschlagen, doch die Zwangsarbeit in den unwirtlichsten Gebieten des riesigen Reiches ließ ihnen kaum eine Überlebenschance: ein Tod auf Raten. Die inszenierte "Hungernot" in der Ukraine raffte 1932/33 binnen weniger Monate 6 Millionen Menschen dahin.

...

Die Frage der Mitschuld und Mitschuldigen wird ebenso zu stellen sein, gegenüber dem Ausland, den "unabhängigen Kommentatoren" (Journalisten, Schriftstellern, Intellektuellen), den Kommunisten (den "Wissenden"). Dabei werden die Wirkungsweisen des Totalitarismus sichtbar.

Vielleicht ist es heute möglich, jene zeitgenössischen Positionen, die Stalins Gewaltpolitik akzeptierten, kritisch zu ergründen, zu verurteilen; viel schwieriger, ja unmöglich ist es jedoch, den Anhängern dieser Positionen vorzuwerfen, diese Verbrechen nicht verhindert zu haben oder nicht in den Widerstand gegangen zu sein. Widerstand hätte im totalitären System keine Chance auf eine nennenswerte Unterstützung der Masse gehabt.

Tzvetan Todorow: "Der Totalitarismus (ist) eine Maschinerie von fürchterlicher Effizienz. Die kommunistische Ideologie zeigt uns ein Bild einer besseren Gesellschaft und fordert uns auf, diese anzustreben. Außerdem beraubt die kommunistische Gesellschaft den einzelnen seiner Verantwortung: Es sind immer "sie", die entscheiden. Verantwortung ist oft eine schwere Bürde. Die Anziehungskraft des totalitären Systems, die unbewußt sehr viele Menschen erfahren, ergibt sich aus einer gewissen Angst vor der Freiheit und der Verantwortung". Das erklärt auch die Popularität autoritärer Regime (Erich Fromm).

Warum wußte und weiß man - trotz der Arbeiten von Solschenizyn, der Maschke-Kommission oder des Instituts für Kriegsforschung - so wenig über die Verbrechen des Kommunismus? Warum beschäftigt sich die Wissenschaft erst am Ende des 20. Jahrhunderts mit diesem Thema?

... Der besiegte Nationalsozialismus wurde von den Alliierten zum absoluten Bösen erklärt. So geriet der Kommunismus, auch durch die psychologische Stärke Stalins in den Konferenzen der "Großen Drei", fast automatisch in das Lager der Guten. In Nürnberg traten die Sowjets als Ankläger und Richter auf. Geschehnisse wie Katyn oder der Hitler-Stalin-Pakt mußten heruntergespielt, der Sieg über den Nationalsozialismus als Beweis für die – auch moralische – Überlegenheit des Kommunismus benützt werden.

... Nikita Petrow, ein Kenner des sowjetischen Repressionsapparats, sprach den sowjetischen Richtern das moralische Recht ab, über andere zu Gericht zu sitzen, weil sie selbst ein Unrechtsregime verkörperten.

Die Kommunisten wußten, daß sie fortgesetzt Unrecht taten und zuließen. Chruschtschow

konfrontierte seine Parteispitze selbst mit der rhetorischen Frage:

"Was tun wir mit all denen, die verhaftet wurden? Wir wissen heute, daß sie unschuldig waren. Wir haben unwiderlegbare Beweise, daß sie, weit davon entfernt, Feinde des Volkes zu sein, ehrliche Männer und Frauen des Volkes waren, der Partei ergeben, der Revolution ergeben. Früher oder später werden die Leute aus den Gefängnissen kommen. Sie werden allen erzählen, was passiert ist".

Es gab keinen Widerspruch zum Inhalt aber auch keine Umkehr. Unter Breschnjew hat die KP zur Herrschaftssicherung weiterhin Massenrepressionen durchgeführt. Die entsetzlichsten Verbrechen von Pol Pot, in Afghanistan, in Peking oder in Afrika standen noch bevor.

Das vorliegende Buch ist – obwohl es in einigen Bereichen dem internationalen Forschungsstand nachhinkt – zum Denkmal geworden: für die Opfer selbst, für die Kommunismusforschung, für die vergleichenden Forschungen zum Totalitarismus und für das 20. Jahrhundert.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Juni 1998: >>**Stoiber reitet scharfe Attacke gegen Tschechien**

... Der Konflikt zwischen CSU und FDP um den bevorstehenden Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union (EU) hat sich weiter verschärft.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) und der CSU-Vorsitzende Theo Waigel forderten auf dem 49. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg erhebliche Zugeständnisse der Prager Regierung an die Vertriebenen. Voraussetzung für einen Beitritt seien "Gesten guten Willens" in der Frage des Heimatrechts und eine Annullierung von "Unrechtsgesetzen". Tschechien reagierte darauf zunächst gelassen, während FDP und Grüne scharfe Kritik übten.

... Die Forderungen "vergiften die Atmosphäre", sagte Kinkel am Montag. "Bilaterale Fragen aus der Vergangenheit werden nicht mit EU-Verhandlungen verknüpft." Die Vermögensfrage bleibe offen. Annelie Buntenbach von Bündnis 90/Die Grünen sprach von "großdeutschem Säbelrasseln", das den Prozeß der europäischen Einigung empfindlich störe.

Stoiber hatte am Sonntag auf dem Pfingsttreffen gesagt, es dürfe im Interesse der Vertriebenen keinen EU-Beitritt Prags "ohne Wenn und Aber" geben. Im Lauf der Beitrittsverhandlungen müsse geklärt werden, ob die tschechische Rechtsordnung, die immer noch die Vertreibung und Enteignung von Sudetendeutschen legalisiere, in die EU-Wertegemeinschaft passe. Auch Waigel (CSU-Vorsitzender), der als Vertreter der Bundesregierung sprach, verlangte eine Distanzierung Prags von den Benesch-Dekreten und dem Amnestiegesetz von 1946. ...<<

Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) berichtete am 2. Juni 1998 über die Benesch-Dekrete:

>>Mehr als 100 Dekrete wurden kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs vom damaligen Präsidenten der Tschechoslowakei, Eduard Benesch, erlassen, um nach der Besetzung durch Nazi-Deutschland die Rechtsordnung wiederherzustellen. 1946 billigte das Parlament die Dekrete, die damit Gesetz wurden.

Auf der Grundlage von 5 dieser Verfügungen wurden die seit Jahrhunderten in Böhmen und Mähren lebenden 3 Millionen Deutschen als Vergeltung für die Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler-Deutschland enteignet. Gleichzeitig schufen sie die Voraussetzung für die Ausweisung der deutschen Minderheiten.

Die noch immer gültigen Dekrete werden von deutschen und österreichischen Juristen als menschenrechtswidrig eingestuft, weil sie auf dem Prinzip der Kollektivschuld basierten und gegen die Unschuldsvermutung - die Betroffenen mußten ihre Unschuld nachweisen - verstießen.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/128-129): >>... Über die Frage, ob die Kommunisten für sich in Anspruch nehmen können, die Vision von der besseren, gerechteren Welt zu vertreten, ist in den vergangenen 50 Jahren oft gestritten worden.

Am 11. April 1948 hatte Raymond Aron, der Denker der totalitären Erfahrung unseres Jahrhunderts, in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" eine Antwort parat, für die er seither gehaßt worden ist: "Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie."

Es ist schwer Courtois' und seiner Autoren "Schwarzbuch" zu lesen und sich nicht an den Historikerstreit vor zwölf Jahren zu erinnern. Der Historiker und Faschismusforscher Ernst Nolte hatte damals die nationalsozialistische neben die kommunistische Gesellschaftsutopie gestellt und einen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem "Rassenmord" und kommunistischem "Klassenmord" gesehen. Der Weltkriegshistoriker Andreas Hillgruber glaubte für das letzte Kriegshalbjahr in der deutschen Kriegsführung auch Elemente eines Abwehrkrieges zu erkennen. Beides hätte man in aller Ruhe für plausibel oder unplausibel halten können.

Der Frankfurter Soziologe Jürgen Habermas und der Bielfelder Historiker Hans-Ulrich Wehler warfen Nolte und Hillgruber "apologetische Tendenzen" - Verharmlosung des Nationalsozialismus - vor.

Den Vorwürfen folgte eine Kampagne. Nolte wurde von Fanatikern tätlich angegriffen. Hillgruber öffentlich als "konstitutioneller Nazi" beschimpft. Habermas und Wehler haben seither nie etwas zurückgenommen.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/130-133,137-144): >>Nun erhebt es wieder sein Haupt, das alte Problem: Ist "roter" Terror gleich "brauner" Terror oder noch schlimmer?

Was vor zehn Jahren im "Historikerstreit" hohe Wellen schlug und nach Ernst Noltés Buch über den "Bürgerkrieg" im 20. Jahrhundert Schlagzeilen machte, dringt von Frankreich wieder in die deutsche Diskussion ein.

Damals ging es zwar primär um die "Einzigartigkeit" von Auschwitz. Aber die Frage stellte sich vor dem Hintergrund der implizierten Gegenthese: daß die "Rattenkäfige" der Tschecha primär waren und Hitler letztlich "nur", wenn auch perfektioniert und industrialisiert, nachahmte, was ihm das Sowjetregime vorgemacht hatte.

Nun ist nicht mehr von Dserschinski und seinen Schergen die Rede, sondern gleich von "dem" Kommunismus, so wie François Furet (der ein Vorwort schreiben wollte) vor einigen Jahren nicht nur das "Ende" seiner eigenen früheren "Illusionen" verkündete, sondern mit dem "Kommunismus im 20. Jahrhundert" insgesamt abrechnete.

Wer die öffentliche Erregung verstehen will, die das "Schwarzbuch des Kommunismus" in Frankreich auslöste, muß die bodenständigen Voraussetzungen bedenken. Ein politisches Lager und eine Weltanschauung stehen vor Gericht, die das Nachkriegsgeschehen in Frankreich tief geprägt haben und partiell in der moskautreuen KP einen institutionellen Anker besaßen. Der Angriff galt zuerst der eigenen Linken (so daß Frankreichs Premier selber sich veranlaßt sah, seinen Koalitionspartner in Schutz zu nehmen). Aber nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums bot es sich an, zu einer generellen Breitseite auszuholen: Wenn das ganze Projekt, wo immer es realisiert wurde, nichts als Verderben gebracht hat, dann sind seine letzten Sympathisanten unbelehrbare Helfer einer verbrecherischen Politik.

In Deutschland trifft das Buch auf andere Diskussionen. Im Westen hat es zwar linke Intellektuelle gegeben, aber keine kommunistischen, in der alten DDR keine regime- und moskautreuen (jedenfalls nicht von Rang). An der Selbstkasteiung wird sich hier niemand beteiligen, und eine KP gibt es nicht. Und auch die Aufarbeitung der Vergangenheit in den neuen Bundesländern läuft sehr anders. Terror hat es, vor allem in der Nachkriegszeit, zur Genüge gegeben, Verfolgung und Unterdrückung auch. ...

Stachel im Fleisch sind vor allem das Ausmaß der verdeckten Überwachung und der Verrat von Nachbarn und Freunden. Terror im genaueren Sinn prägt dagegen die deutsch-deutsche gemeinsame Vergangenheit, in deren Sog die Debatte daher unweigerlich gezogen wird. Dabei geraten die Fronten durcheinander. Als Mitstreiter erscheinen, die bei Licht besehen keine sind; und Argumente ähneln einander, denen sehr verschiedene Motive zugrunde liegen. Rußland-Historiker kennen das Phänomen aus ihrer Fachdiskussion der letzten Jahre.

Die "deutsche" Lesart des "Schwarzbuchs" dürfte sich um so eher einstellen, als sie ebenfalls beabsichtigt ist. Der Spiritus rector des Unternehmens, Stéphane Courtois, läßt in der Einleitung keinen Zweifel daran.

Der "erste Versuch, sich mit dem Kommunismus unter dem Gesichtspunkt der verbrecherischen Dimension ... zu beschäftigen", soll kein Selbstzweck sein.

Die "kommunistischen Diktaturen" des 20. Jahrhunderts werden immer wieder mit dem Nationalsozialismus verglichen. Maßstab sind dabei die "Massenverbrechen", die auch der Kommunismus "regelrecht zum Regierungssystem" erhoben habe. "Gnadenloser Klassenkampf ... nahm die Züge eines Genozids" an, war Rassenkampf mit anderen Zielen, aber sehr ähnlichen Mitteln und Folgen. Zum Leitmotiv wird auch hier der berühmte Satz des Tschechisten Latsis: "Wir führen nicht Krieg gegen bestimmte Personen. Wir löschen die Bourgeoisie als Klasse aus."

Wenn damit nur auf die Pauschalität des Terrors als gemeinsamer Nenner verwiesen würde, wäre das Argument überzeugend. Aber das Buch will mehr und überschreitet seinen erklärten Zweck auf verräterische Weise: Ohne "irgendwelche makabren Vergleiche" aufstellen zu wollen, müsse doch auf das "unwiderlegbare" Faktum hingewiesen werden, "daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben", während es im Nationalsozialismus "25 Millionen waren".

Daraus wird zwar nicht abgeleitet, daß der Kommunismus (jedenfalls im Weltmaßstab) schlimmer war als der Nationalsozialismus, aber doch angeraten, über die "Ähnlichkeit" beider Systeme nachzudenken. Und auch ein Hinweis, wie die Verwandtschaft unter anderem erklärt werden könnte, fehlt nicht: "Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden" nahmen nämlich die "Methoden der Nazis ... oftmals vorweg".

Daraus lasse sich zwar keine kausale Beziehung ableiten, aber ein Argument gegen die Einzigartigkeit des Juden-Genozids. Auschwitz habe das Böse des Totalitarismus so vollständig in sich verkörpert, daß der Blick für die Verbrechen des Kommunismus vernebelt worden sei. Eine solche "halbseitig gelähmte Geschichte" aber sei "nicht länger akzeptabel". So bleibe es dem "Schwarzbuch" überlassen, das siebzigjährige Schweigen zu brechen und nun die ganze Wahrheit ans Licht zu bringen, "als moralische Verpflichtung, das Gedächtnis der Toten zu ehren".

Dieser Bekenner-Gestus ist nicht unbekannt. ... Sachkenner fragen sich verwundert, wer eigentlich mit dem Schweigekartell gemeint ist. Was das "Herz des Systems in Moskau" angeht, so ist es mindestens seit fünfzig Jahren als mörderisch entlarvt. Kurz nach Kriegsende enthüllten die Ex-Menschewiki David Dallin und Boris Nicolaevskij ihre Kenntnisse über die sowjetischen Arbeitslager; das Buch erregte Aufsehen und wurde ins Deutsche übersetzt (1948).

In den sechziger Jahren sammelte Robert Conquest, heute Kurator der Hoover Institution in Stanford, alle verfügbaren Informationen - nicht zuletzt von ehemaligen Insassen und Flüchtlingen - und gab dem "Großen Terror" der Vorkriegsjahre einen Namen. Bald darauf erschienen die dokumentarischen Anklagen der Dissidenten, Roy Medwedews Buch über Stalins "Säuberungen" ("Die Wahrheit ist unsere Stärke") und Alexander Solschenizyns "Archipel Gulag", ferner autobiographische Versuche, die Lagererfahrung zu bewältigen (Wassilij Grossman, Warlam Schalamow und andere).

Und Anfang der achtziger Jahre fand auch der - quellenmäßig noch schwerer zu erfassende - Terror Lenins und der Tschecha eine bis heute unübertroffene Darstellung. Die Zwangskollektivierung und die Hungersnot der Jahre 1932-34 wurden mehrfach in all ihrer Grausamkeit beschrieben, auch in der öffentlichkeitswirksamen Absicht, den Hunger als gezielten Versuch des Genozids an der ukrainischen Bevölkerung nachzuweisen (Robert Conquest).

In der politischen Theorie wurde seit Hannah Arendts Klassiker über die "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" von 1951 auch über den systematischen Charakter des Sowjet-Terrors diskutiert.

Merle Fainsod, Politikwissenschaftler in Harvard, veröffentlichte sein Standardwerk "Wie Rußland regiert wird", das zentrale (und kluge) einschlägige Kapitel enthielt.

Zbigniew Brzezinski verdichtete seinen Anteil an der idealtypisch-komparativen Beschreibung totalitärer Herrschaft Mitte der sechziger Jahre zur These, Systeme dieser Art seien als "permanente Säuberung" zu begreifen.

Zahlreiche Stalin-Biographen befaßten sich mit den Schauprozessen, dem Treiben des Geheimdienstes NKWD und den Arbeitslagern. ...<<

>>... Die Fixierung der westlichen Welt, vor allem aber der USA auf den jüdischen Holocaust macht es schier unmöglich, die historische Wirklichkeit zu begreifen, daß im 20. Jahrhundert annähernd 170 Millionen Menschen Opfer rechter und linker Terrorregime geworden sind. Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust läßt die wissenschaftliche Diskussion über die Vergleichbarkeit völkermörderischer Terrorregime fast als illegitim erscheinen. Wissenschaftler, die dieses Frageverbot nicht akzeptieren und den Holocaust mit anderen Terrorregimen vergleichen, setzen sich der Gefahr aus, als historische Revisionisten denunziert zu werden.

Diese Gefahr ist neueren Datums, da die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges um diese mögliche Vergleichbarkeit von Terror gewußt und sie gefürchtet haben und deshalb den Genozid an den europäischen Juden, der damals noch nicht Holocaust genannt wurde, nicht unter die Anklagepunkte im Nürnberger Prozeß aufnehmen wollten. Entgegen den populären Vorstellungen über den Prozeß sind die Hauptangeklagten nicht wegen des Holocaust, sondern wegen anderer Verbrechen verurteilt und hingerichtet worden.

Das erstaunliche Ausklammern des jüdischen Holocaust in Nürnberg wurde von Justice Robert Jackson, dem amerikanischen Hauptankläger, damit begründet, daß, wie er in den Londoner Vorverhandlungen zum Prozeß im Juni 1945 seinen britischen, französischen und sowjetischen Kollegen erklärte, "wir gelegentlich in unserem eigenen Land bedauernswerte Umstände haben, in denen Minderheiten unfair behandelt werden".

Ob diese Bemerkung Jacksons auf Indianer oder Schwarze gemünzt war, erläuterte er nicht. Auch Raoul Hilberg, der in seinem dreibändigen Werk über "Die Vernichtung der europäischen Juden" (1989) ausführlich über diese Weigerung der Londoner Delegierten, die "Vernichtung der europäischen Juden als Verbrechen sui generis" zu behandeln, geschrieben hat, erklärt Jacksons Bemerkung nicht.

Die Vermutung liegt nahe, daß Jackson primär nicht an sein eigenes Land gedacht hat, da die Sensibilität für amerikanischen Rassismus in den USA im Augenblick des triumphalen Sieges über Nazideutschland und während der Weiterführung des pazifischen Krieges gegen Japan bis August 1945 nicht besonders ausgeprägt war. Er hat wahrscheinlich befürchtet, daß der geplante Prozeß gegen die Naziführung durch die zunehmenden Berichte über die Opfer des sowjetischen Gulag-Regimes schweren Belastungen ausgesetzt werden könnte.

Zudem hätten Fragen über die britische Weigerung, Juden vor und während des Krieges nach Palästina einwandern zu lassen, zu unerwünschten Kontroversen während des Prozesses führen können.

Wer jetzt "Le Livre noir du communisme - Crimes, terreur, repression" liest, begreift, wie

zweifelhaft, wengleich verständlich die Entscheidung der westlichen Alliierten im Jahr 1945 gewesen ist.

Der Hauptherausgeber des Buches, Stéphane Courtois, läßt an seiner Einstellung zum Vergleich kommunistischer und nazistischer Verbrechen keine Zweifel aufkommen. Er kontrastiert bereits in der Einleitung die "Verbrechen des Kommunismus" mit denen der Nazis, wenn er von den 100 Millionen Opfern des Kommunismus und den 25 Millionen der Nazis spricht. Mit dieser provozierenden Gegenüberstellung will er nicht nur das Schweigen über die Vergleichbarkeit faschistischer und kommunistischer Terrorregime brechen. Er will zugleich die Kollaboration der kommunistischen Parteien im Westen und ihrer intellektuellen Mitläufer an dieser Ökonomie des Terrors anprangern.

Im französischen Fall führte das bereits im Dezember 1997 zu einer Parlamentsdebatte, in der Premierminister Lionel Jospin seinem kommunistischen Koalitionspartner ganz im Nürnberger Stil die historische Absolution erteilte, da die KPF zur antifaschistischen Front gehört hatte.

Dieser Versuch der Linken, sich um die Aufarbeitung des revolutionären Morderbes von Lenin bis Pol Pot herumzudrücken, wird durch das "Livre noir" unmöglich gemacht. Denn die globale Aufrechnung, die von den sechs Autoren für Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika geleistet wird, läßt trotz der unterschiedlichen Akzentuierung in einzelnen Beiträgen keinen Zweifel an der makrokriminellen Dimension der marxistischen Utopieverwirklichung aufkommen.

Die ideologische Phantasie, die im 20. Jahrhundert so erfolgreich an die Macht gekommen ist, verwirklichte sich mit vergleichbaren Zielen und Methoden in faschistischen und kommunistischen Terrorregimen.

Die Autoren des "Livre noir" sind keineswegs die einzigen Wissenschaftler, die sich mit vergleichbarem Terror beschäftigen, auch wenn es vor allem Historiker und nicht Sozialwissenschaftler sind, die sich für dieses signifikante Phänomen des 20. Jahrhunderts interessieren. Der amerikanische Politikwissenschaftler Rudolph Rummel (University of Hawaii) hat seit 1990 fünf Bücher zu diesem Thema veröffentlicht.

Sie befassen sich mit der Sowjetunion ("Lethal Politics"), den beiden China ("China's Bloody Century"), Nazideutschland ("Nazi Democide") und den vergleichbaren Aspekten dieser megalomaniischen Regime, die jeweils mehr als zehn Millionen Menschen umgebracht haben ("Death by Government"). Sein bisher letztes Werk, "Statistics of Genocide", beschäftigt sich mit jenen Regimen, die jeweils "nur" eine bis zehn Millionen auf dem Gewissen haben wie zum Beispiel Hirohitos Japan, die Türkei, Nordkorea, Titos Jugoslawien und vor allem Pol Pots Kambodscha.

Daß Rummel für diese Arbeit keinen Verleger gefunden hat, sondern sie in mimeographierter Form von einem Institut an der Universität Virginia vertreiben läßt, erklärt sich nicht allein aus der spröden Datenpräsentation, sondern gehört auch zum allgemeinen Desinteresse am Vergleich von Völkermord in den USA.

Seltsamerweise wird Rummel auch nicht im "Livre noir" der Franzosen erwähnt, obgleich vor allem seine Begriffsschöpfung "Demozid" für die Studie der Franzosen hilfreich gewesen wäre. Der Begriff Demozid wurde von Rummel gewählt, weil Genozid seit der Völkermord-Konvention der Vereinten Nationen von 1948 eine ethnisch-rassische Gruppenidentität für die Opfer voraussetzt.

Diese spezifische Identität trifft für die meisten Terrorregime im 20. Jahrhundert nicht zu, die ihre Opfer neben ethnisch-rassischen nach sozialen, politischen, religiösen, intellektuellen, medizinischen und anderen Kriterien aussortieren. Selbst Nazideutschland ließe sich besser als Demozid-Regime charakterisieren, weil die Mehrheit der 25 Millionen Opfer - Rummel spricht von 21 Millionen - nicht Juden waren.

Demozide sind das direkte Resultat von Machtbefehlen, die aus dem politischen Funktionszentrum eines Regimes kommen. Sie entstehen nicht als spontane Pogrome oder als kulminierende Aktion einer ideologischen Entwicklung, wie etwa Daniel Jonah Goldhagen das für den Holocaust durch Rekurs auf einen virulenten, in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelten Antisemitismus zu belegen versuchte.

Demozide werden von Regimen veranstaltet, um wahnlogische Projekte der Weltveränderung, die Führer wie Lenin, Stalin, Hitler, Mao oder Pol Pot konzipierten, in die Tat umzusetzen.

Hannah Arendt hatte bereits 1951 in ihrem Werk "Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft" auf die Vergleichbarkeit zweier ideologischer "Zwangsdoktrinen" hingewiesen. Sie schrieb damals:

"Die eine ist die zur Ideologie erstarrte marxistische Lehre vom Klassenkampf als dem eigentlichen Motor der Geschichte und die andere ist die von Darwin angeregte und mit dem marxistischen Klassenkampf in mancher Beziehung verwandte Lehre von einem von der Natur vorgeschriebenen Rassenkampf, aus dem sich der Geschichtsprozeß, vor allem der Auf- und Abstiegsprozeß von Völkern ableiten läßt."

Ihr Ansatz wurde nicht fortgesetzt, da sich weder die Konservativen noch die Linken angesprochen fühlten. Es erging ihr zwar damals nicht so schlimm wie Albert Camus, der 1951 nach der Veröffentlichung der spekulativen Wahnlogiken, "L'Homme révolté" von Sartre und seinen Mitläufern zum intellektuellen Aussätzigen erklärt wurde. Arendt erlebte dieses Schicksal erst nach dem Erscheinen von "Eichmann in Jerusalem" (1963), als man sie bewußt mißverstehen wollte.

Sie begriff das Böse nicht als Spezifikum der deutschen Kulturentwicklung, sondern als menschliches Verhaltenssyndrom, dessen Banalität universal ist und sich deshalb auch anderswo manifestieren kann.

Das Schwarzbuch belegt auf vergleichender kontinentaler Breite, wie richtig Hannah Arendts Einsichten schon damals gewesen sind.

Die Beschreibung der Einnahme Nankings durch japanische Truppen im Dezember 1937, die Iris Chang 1997 in ihrem Buch "The Rape of Nanking - The Forgotten Holocaust of World War II" gibt, bestätigt nicht nur, wie richtig die Vergleichsperspektive selbst, sondern wie verbreitet die Verdrängung von Makroverbrechen ist, die nicht zum eigenen Erfahrungshorizont gehören.

Daß die Japaner bis heute den von der kaiserlichen Armee befohlenen und organisierten Massenmord an 300.000 Menschen und die Vergewaltigung von nahezu 80.000 Frauen in weniger als sechs Wochen nicht in ihrer Geschichte behandeln, gehört zur Verlogenheit des zeitgenössischen Kaisersystems, daß zum Beispiel durch einen jüngeren Bruder Hirohitos direkt in die Verbrechen involviert war. ...

Durch die Tagebücher Rabes ... gewinnen Nanking und das Verhalten der japanischen Truppen internationale Aufmerksamkeit, weil hier ein Mitglied der Nazi-Partei in Zusammenarbeit mit ein paar Amerikanern und Europäern zur zentralen Figur der internationalen Sicherheitszone für Hunderttausende von Chinesen wurde. ...

Im Gegensatz zu Wickert jedoch, der die Geschichte Nankings primär im Hinblick auf den "guten Deutschen" zu belegen versucht, zeigt Chang, wie bestialisch die japanischen Soldaten den Auftrag, keine Gefangenen zu nehmen und die Chinesen nicht als Menschen zu behandeln, in die Tat umzusetzen.

Es gibt keinen qualitativen Unterschied zwischen dem Verhalten der japanischen Soldaten in Nanking und dem der Angehörigen des Hamburger Reserve-Polizeibataillons 101, das durch die Bücher von Christopher Browning ("Ganz normale Männer") und Daniel Goldhagen ("Hitlers willige Vollstrecker") berühmt geworden ist.

Iris Changs detaillierte Beschreibungen von Beerdigungen Lebender, Verstümmelungen, Ver-

eisungen, Verbrennungen, Massenerschießungen, Wettbewerben der Enthauptung, Reihenvergewaltigungen von Teenagern beweisen, wie gewöhnlich und verbreitet diese Praktiken des Terrors im 20. Jahrhundert gewesen sind. Wird der jüdische Holocaust durch die Nanking-Massaker oder durch Veröffentlichungen über Pol Pots Blutherrschaft 1975 bis 1979 in Kambodscha relativiert?

Pol Pots Regime handelte im Bewußtsein revolutionärer Realitätsveränderung.

Diesem Ziel durfte sich niemand in den Weg stellen. Dies bedeutet, wie ein prominenter Parteidenker laut "Livre noir" bekennt, daß von den acht Millionen Einwohnern Kambodschas "eine Million guter Revolutionäre ausreicht für das Land".

Diese massenmörderische Legitimation der Utopie wurde partiell verwirklicht, als man von den acht Millionen annähernd zwei Millionen umgebrachte oder umkommen ließ.

Auf den "Killing Fields" von Choeung Ek, außerhalb von Pnom Penh, steht ein gläserner Tempelturm, in dem 8.985 Schädel, die 1986 in einem Massengrab gefunden wurden, etagenweise aufgebahrt sind - eine wahre Bibliothek des Todes. Diese Schädelstätte der linken Utopie überschaut ein Areal von Massengräbern. ...

Im Gefängnis von Tuol Sleng in Pnom Penh bestätigt die Galerie der Photos, die von den Tausenden von Verhör- und Exekutionsopfern gemacht wurden, physiognomisch die These vom Demozid unter südostasiatischen Bedingungen.

Hier wurde die Khmer-Gesellschaft in ihrer ganzen ethnischen, politischen, sozialen und religiösen Breite verfolgt. Hier findet man die Wahrheit über den marxistisch-rassistischen Doppelcharakter des Regimes. ...

Die Bilder allerdings, die ein Häftling vom Terror der Khmer Rouge gemalt hat und die im Gefängnis ausgestellt sind, lassen noch weniger Raum für Interpretation. Denn auf diesen Bildern wiederholen sich auf geradezu archetypische Weise die Szenen der deutschen Grausamkeit gegen Juden, die Goldhagen allein mit dem antisemitischen Haß der Deutschen erklären kann.

Wenn man diese Bilder sieht, auf denen Babys ihren Müttern entrissen, von Bajonetten aufgespießt, an Bäumen erschlagen oder in der Luft erschossen werden, dann beginnt man die These von der Einzigartigkeit des Holocaust für ein westliches Vorurteil zu halten.

Je mehr Daten von den Szenarien des politischen Demozids im 20. Jahrhundert die vergleichende Forschung erfaßt, um so klarer ist das Ergebnis. Demozide vom Charakter des Holocaust sind nicht einzigartig.

Angesichts der überwältigenden Terror-Evidenz des Jahrhunderts ist eine Rangordnung des Völkermords, mit dem Holocaust als Paradigma, für das Verständnis unnützlich. Im Gegenteil: Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust lenkt von der deprimierenden Evidenz ab, indem sie den Deutschen die Verwirklichung des Bösen als ewigen Zivilisationsbeitrag überläßt, während sich der Rest der Menschheit in bewußtloser Unschuld und Sicherheit der normalen Tagesordnung des Lebens zuwenden kann.<<

Die "Deutsche Tagespost" berichtete am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/200-201): >>... Marx und Engels haben sich spätestens seit 1850 bis zum Tode von Marx des öfteren klar und vorbehaltlos für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen. Hätte Courtois über Marx besser Bescheid gewußt, so hätte seine Genealogie des Bösen nicht erst mit Lenin begonnen.

Es war Marxens und der Welt Glück, daß er seine revolutionären Träumereien nicht in die Tat umsetzen konnte, sonst hätte das von Kommunisten vergossene unschuldige Blut nicht erst 1917 zu fließen begonnen. Offenbar kann der ehemalige Marxist Courtois sein Jugendidol (noch?) nicht einer kritischen Prüfung unterziehen.

Auch wenn das "Schwarzbuch des Kommunismus" nichts prinzipiell Neues aufischt, es ist ein großes, überaus bedeutsames Werk, die erste tiefeschürfende Enzyklopädie der Verbrechen

des Kommunismus. Ihr ist weiteste Verbreitung zu wünschen, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, den Courtois klar herausstellt, daß viele "große" und kleine Geister den Massenmördern großen Stils, Lenin, Stalin, Tito, Mao, Pol-Pot bis hin zu Castro gehuldigt, zumindest als "nützliche Idioten" gedient haben.

Gerade Katholiken sollten es wissen und kundtun: Bereits zwei Jahre vor dem Erscheinen des Manifests der Kommunistischen Partei verurteilte Papst Pius IX in der "Enzyklika Qui pluribus" den Kommunismus als eine "abscheuliche Lehre, die in höchstem Grad dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums, ja der menschlichen Gesellschaft führen muß."

Von dieser Betrachtungsweise wurden offiziell keine Abstriche gemacht, vielmehr wurden sie mehrmals ausdrücklich wiederholt ...<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 8. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/145-149): >>... Seinen Kritikern von links hielt Herausgeber Stéphane Courtois entgegen: "Hätte die Linke vor 20 oder 30 Jahren Vergangenheitsbewältigung betrieben gegenüber den Verbrechen des Stalinismus, dann könnte Le Pen heute nicht unser Buch für seine Zwecke ausschlachten." ...

Die Opferbilanz beläuft sich auf 80 bis 100 Millionen Menschen, die mit dem Leben bezahlt haben: durch Genickschuß oder Kampfgas, Zwangsarbeit oder Deportation, politisch geplante Hungersnöte oder weil sie Opfer des "Politicide" (Massenord an bestimmten Menschengruppen) wurden: Nach nationalen und sozialen Kriterien gab Moskau festgelegte Quotierungen für "Klassenfeinde" vor und besorgte so die Auslöschung oder Vertreibung bestimmter Teile der Gesellschaft.

Die Historiker rekonstruierten – teils auf der Grundlage des neuen Archivmaterials -, daß der Terror ein Grundzug des real existierenden Kommunismus war und seinen Anfang bereits 1917 genommen hatte. "Zur Festigung ihrer Herrschaft machten die kommunistischen Diktaturen das Massenverbrechen zur Regierungsform", so Courtois in seinem Vorwort.

Die Bolschewiken kombinierten ihre militärische Parteiorganisation mit einem utopischen Projekt der radikalen Umwandlung der Gesellschaft, der Schaffung eines "neuen Menschen", notfalls mit Gewalt. Eine Utopie, auf deren Altar Millionen Menschen geopfert werden, ist bereits im Kern verbrecherisch.

An der aufgeführten Opferbilanz bestehen in Fachkreisen keine Zweifel. Der französische Historikerstreit entzündete sich vielmehr an Courtois' Vor- und Nachwort: In der Analyse der Verbrechen verwendet der Herausgeber Begriffe, die er der juristischen und historischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entlehnt.

Viele dieser Massenverbrechen entsprächen allen Kriterien der "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", wie sie für die Nürnberger Prozesse formuliert wurden. Er wagte einen Vergleich zwischen Hitlers "Rassengenozid" und Stalins "Klassengenozid", ohne Nationalsozialismus und Kommunismus in ihren Ideologien und ihrer Gewaltherrschaft gleichzusetzen.

Ein Aufschrei in der Linken war die Folge. Leidenschaftlich hielt sie, gleich einem Pawlow-schen Reflex, die Opfer des Faschismus jenen des Kommunismus entgegen, sah die Ehre der Résistance-Kämpfer beschmutzt und forderte ein "Schwarzbuch des Kapitalismus". Ähnlich erging es dem im letzten Jahr verstorbenen Historiker Francois Furet mit seinem Buch über "Das Ende der Illusion". Er ging der lange anhaltenden Faszination des Kommunismus in diesem Jahrhundert nach. Nationalsozialismus und Kommunismus wären für ihn totalitäre Ideologien, die in einer konfliktuellen Komplizenschaft zueinander standen.

Die Reaktionen von linker und linksradikaler Seite auf das Schwarzbuch folgen einem merkwürdigen Wiederholungszwang. Immer noch verteidigt man die "gute" emanzipatorische Idee des Kommunismus gegen seine Perversion durch Stalin. Bis heute wird an einer Revolutions-

idee festgehalten, die den "terreur" (blutige Schreckensherrschaft) der Jakobiner rechtfertigt und die lange Zeit in der Sowjetunion die zeitgenössische Fortsetzung der Französischen Revolution sah. Mit dem Sieg der Sowjetunion über Hitler triumphierte dann ideologisch ein Antifaschismus, der die Wahrnehmung der kommunistischen Verbrechen systematisch ausblendete.

Auch nach 1989 scheinen in vielen Köpfen Verbrechen, die Namen des vorgeblich Guten begangen wurden, weniger verdammenswert zu sein als jene, die im Namen des Bösen, sprich Hitler, verübt wurden. Gedenkstätten für die Opfer des Kommunismus sind denn auch nach dessen Zusammenbruch kaum auffindbar. Die Lüge, die ein Herzstück des kommunistischen Totalitarismus war, setzt sich in dessen Wahrnehmung im demokratischen Westen zuweilen bis heute fort. Daran scheinen auch die harten Fakten, die nach der Öffnung der Archive aller Welt zugänglich sind, wenig zu ändern.

1946 legte der kürzlich verstorbene David Rousset ein erstes grundlegendes Werk über die kommunistischen Lager vor: "L'univers concentrationnaire". Selbst von den Nazis deportiert, rief er 1949 alle Überlebenden der NS-Lager auf, eine Kommission zur Untersuchung der sowjetischen Lager zu bilden. Eine heftige Diskussion entbrannte in Paris. Wütend wurde er von Jean-Paul Sartre und Maurice Merleau-Ponty als Abtrünniger beschimpft.

Margarete Buber-Neumann schrieb daraufhin 1950 im "Figaro littéraire" über ihre doppelte Erfahrung als Deportierte in nationalsozialistischen und sowjetischen Lagern unter der Überschrift "Für die Untersuchung der sowjetischen Lager. Wer ist schlimmer, Satan oder Belzebub?"

Literarische und biographische Zeugnisse über den roten Totalitarismus gab es nicht erst seit dem Spanischen Bürgerkrieg. Man erinnere an Manés Sperber, Arthur Koestler, Alexander Weißberg-Cybulski, Warlam Schalamow, Czeslaw Milosz oder Alexander Solschenizyn, die ihre Erfahrungen als Abtrünnige der kommunistischen Partei oder als ehemalige Lagerinsassen der eher abwehrend gesinnten, westlichen Öffentlichkeit preisgaben.

Ihnen haftete gerade in Deutschland immer das Verdikt der "Renegaten" ("Abtrünnigen") an. Auch nach dem Fall des "antifaschistischen Schutzwalls" tut man sich hierzulande schwer, den Blick vergleichend auf beide totalitäre Regimes zu richten; in den Köpfen vieler Westdeutscher und Ostdeutscher scheint der "Schutzwall" im verborgenen weiterzuexistieren.

Joachim Gauck, der Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, und Eberhard Neubert, der Autor eines großen Werks über die Opposition in der DDR, setzen sich in dem Essay, das der deutschen Ausgabe des Schwarzbuchs beigelegt ist, mit dieser deutschen Lage auseinander.

Die Volkspädagogik unter der Regie der SED verhinderte die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit: "Wer zum kommunistischen Lager gehörte, zählte zu den Siegern der Geschichte und war somit Teil der guten Welt des Antifaschismus. Verbündete der Sowjetunion zu sein befreite automatisch von deutscher, brauner Schuld. Eine kurze Entnazifizierung in der SBZ diente primär dem Elitenwechsel."

Viele Nazis machten später in der Partei Karriere: "Sobald sie ins Lager der Kommunisten überwechselten, waren sie einer substantiellen Bearbeitung eigener Verstrickung und Schuld enthoben."

Die verbreitete Haltung in der späteren DDR war, so Gauck und Neubert nicht ohne Selbstkritik, ein Arrangement der Bevölkerung mit dem neuen Regime, eine "Selbstentmächtigung durch höhere Einsicht". Ein schleichender Übergang vom Akzeptieren zum Mitmachen und letztlich Mitverantworten fand statt.

Dem entsprach auf westdeutscher Seite die zweite Phase der Entspannungspolitik; ideologisch war sie begleitet von einem Anti-Anti-Kommunismus der Linken, die in der deutschen Teilung die gerechte Strafe für Auschwitz sah. So wie heute vielen ein Schwarzbuch über das Verbrechen des Kapitalismus wichtiger erscheint als eines über die Verbrechen des Kommu-

nismus, kritisierte man den Kapitalismus und lobte die sozialistischen Errungenschaften der DDR.

Sehnsucht nach diesen alten Zeiten macht sich heute wieder breit. Der Berliner Antifaschist und Historiker Wolfgang Wippermann etwa denunzierte das Schwarzbuch auf der "Volksuniversität", einer traditionellen linken Sammlungsveranstaltung, die alljährlich zu Pfingsten stattfindet, als "Geschichtsschreibung mit dem Taschenrechner" – so käme es nicht auf einige Millionen Tote an, wenn nur die gute Absicht gegeben sei.

Der Kommunismus wurde nicht militärisch besiegt, sondern durch die Demokratiebewegungen in Ostmitteleuropa endgültig delegitimiert. Der Fall des Eisernen Vorhangs wurde möglich, weil die Sowjetunion wirtschaftlich und militärisch zu geschwächt war, um wie 1953 in Berlin, 1956 in Ungarn und 1968 in Prag ihre Einflußsphäre gewaltsam zu sichern.

Der Forderung Le Pens nach einem Nürnberger Prozeß entgegnet Courtois in seinem Nachwort. "Die Verbrechen des Kommunismus sind im Namen demokratischer Werte, nicht im Namen nationalsozialistischer Ideale zu analysieren und zu verurteilen." ...<<

Die Zeitung "Dresdner Neueste Nachrichten" berichtete am 11. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/150-153): >>"Liegt das Verbrechen im Kommunismus, so wie es im Nationalsozialismus liegt?"

Gestellt hat diese ketzerische Frage Stéphane Courtois im Vorwort des von ihm herausgegebenen "Schwarzbuches des Kommunismus", das eine weltumspannende Bestandsaufnahme der kommunistischen Verbrechen versucht. Courtois beantwortet die Frage mit einem Ja ...

In Frankreich mit seinem Résistance-Mythos flogen die Fetzen. Premierminister Jospin mußte rettend eingreifen, damit die Debatte erstarb. Stalin ist schuld, nicht der Kommunismus und schon gar nicht der französische. Die französische Linke, insbesondere die an der Regierung beteiligte KPF, zog sich auf die Traditionslinien zurück und stahl sich mit einem Fingerzeig auf Stalin aus der Verantwortung und der Geschichte. Die Verweigerung der Debatte speist sich aus denselben Quellen wie die Weigerung, sich mit Vichy auseinanderzusetzen.

Im Ostblock wurde das Schwarzbuch gelassener aufgenommen, nicht zuletzt deshalb, weil man die Ideologie real zu ertragen hatte. Während in der Bundesrepublik vor 3 Jahren jeder scheel angesehen wurde, der das Wort "Befreiung" Deutschlands nur mit Bauchschmerzen und einem "ja, aber" über die Lippen pressen konnte, behaupten in Polen nicht mal postkommunistische Politiker und Historiker, Polen sei 1945 von der Roten Armee "befreit" worden. Polens Antikommunisten, Intellektuelle der demokratischen Opposition, ja selbst Dissidenten aus den Reihen der Partei, hatten bei der Debatte um Parallelitäten und Ähnlichkeiten von Nationalsozialismus und Kommunismus nie ideologische Bauchschmerzen.

Aber Osteuropas Intellektuelle können Thesen wie die von Courtois auch unbefangener diskutieren, weil sie sich nicht vor dem Verdacht schützen müssen, sie würden nationalsozialistische Verbrechen bagatellisieren. In Deutschland ist man, um sich vom NS-Regime zu distanzieren, zur Identifizierung mit den Opfern verpflichtet. Und niemand war mehr Opfer als Juden und Zigeuner. Doch in Polen, den baltischen Staaten, der Ukraine oder Weißrußland gedenkt man in erster Linie der eigenen Opfer, und da schneiden Rote Armee, ja der ganze Kommunismus äußerst schlecht ab. ...

... Jorge Semprún, der im KZ Buchenwald inhaftiert war und 1964 von der spanischen KP wegen Reformismus ausgeschlossen wurde, ist beizupflichten, wenn er sagt: "Es kommt nicht in Frage, den Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus zu verweigern. Wie auch immer die Schlüsse aus dem Vergleich ausfallen, und wer immer sie auch zieht. Der Vergleich ist notwendig. Zunächst, weil wir aus ihm den Begriff des Totalitarismus gewinnen, auch wenn bei diesem Begriff alle Welt aufheult ..."

Schmerzen, die mit einer Tablette nicht zu betäuben sind. Denn wer den Vergleich akzeptiert, muß die gesamte Geschichte der Intellektuellen, die Geschichte der Linken und der politi-

schen Bündnisse revidieren. Und so manche Säulenheilige der Intelligenz erweisen sich dann als Blutsäufer, Feiglinge oder bestenfalls kurzsichtige Schwärmer. ...

Berge von Leichen und Massengräber, aber die Idee ist doch gut. Man könnte auch einen Satz von Octavio Paz zitieren: "Selten haben so viele Gründe so viele wohlmeinende Seelen dazu gebracht, so viele Ungerechtigkeiten zu begehen."

Mit dem unbeirrbareren Glauben an die Richtigkeit der Idee, rechtfertigten vor allem westliche Intellektuelle jahrzehntelang ihre absichtliche Blindheit. Sartre, einer der einflußreichsten Intellektuellen der 50er Jahre, erklärte: "Jeder Antikommunist ist ein Hund."

Der auch von mir sonst sehr geschätzte Philosoph hat eine notwendige Debatte blockiert, als er kategorisch verlangte: "Es ist eine Niedertracht, die sowjetischen Lager untersuchen zu wollen." ...

... Courtois eigentliche Provokation liegt in der Kritik des Antifaschismus, die er aus Francois Furets "Ende der Illusion" (1995) übernimmt, und in der der französische Historiker Furet mit der Problematisierung des Antifaschismus den demokratischen Charakter der KPF in Frage stellt. Furet sieht, daß sowohl Kommunismus als auch Nationalsozialismus gegen die Demokratie stehen, läßt die Ideologien im Ersten Weltkrieg und im bürgerlichen Selbsthaß ihrer Vordenker wurzeln.

Semprun hat auf einen seiner Ansicht nach wichtigen Unterschied hingewiesen. Der Haß der Nazis auf die Bourgeoisie zerstörte diese nicht, während die Kommunisten diese wirklich liquidierten. Die Kommunisten seien also, vom soziologischen Standpunkt aus gesehen, zerstörerischer gewesen für die Gesellschaft. Mit der paradoxen Konsequenz, daß es leichter sei, vom Faschismus zur Demokratie zurückzukehren als vom Kommunismus.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Juni 1998: >>CSU verlangt von Polen Beutekunst zurück

Die CSU hat Polen aufgefordert, die deutschen Kulturgüter, die während des Zweiten Weltkrieges vor allem von der preußischen Staatsbibliothek in Berlin nach Schlesien ausgelagert worden waren, unverzüglich zurückzugeben. ...

Deutschland sei Polens großer Fürsprecher beim NATO- und EU-Beitritt gewesen. Nun habe Polen eine Bringschuld, die Beutekunst-Verhandlungen schnellstens abzuschließen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Juni 1998 über Schröders Besuch in Warschau: >>... Zu den Entschädigungsforderungen früherer polnischer NS-Zwangsarbeiter sagte Schröder (Kanzlerkandidat der SPD), die moralische Verpflichtung der betroffenen deutschen Unternehmen könne nicht bestritten werden. Die betroffenen Firmen müßten in einen gemeinsamen Fonds für die Zwangsarbeiter einzahlen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Juni 1998: >>Dinko Sakic, ehemaliger kroatischer KZ-Kommandant und mutmaßlicher Kriegsverbrecher, soll an diesem Donnerstag nach seiner Auslieferung aus Argentinien in Kroatien eintreffen. ...

Sakic wird für den Tod Tausender von Menschen im kroatischen Konzentrationslager Jasenovac während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich gemacht. In Jasenovac haben die mit den Nazis verbündeten kroatischen Ustascha-Milizen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 50.000 und 600.000 Serben, Juden, Roma und oppositionelle Kroaten ermordet.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Juni 1998 über Schröders Besuch in Warschau: >>Schröder stößt in Warschau auf Skepsis

Kanzlerkandidat sichert Polen stetige Außenpolitik zu

Manchmal hat man den Eindruck, in Polen wisse man schon, wie die Bundestagswahl ausgehen wird. ...

Das offizielle Warschau behandelte den Gast aus Deutschland fast so, als sei er schon Bonner Regierungschef. ...

Schröder war nach Warschau gekommen, um das Ansehen der SPD beim östlichen Nachbarn

aufzupolieren und klarzustellen, daß auch eine sozialdemokratisch geführte Regierung für Beständigkeit in der deutschen Außenpolitik stehe. Einfacher gemacht haben ihm das jene Bonner Koalitionspolitiker, die sich demonstrativ hinter die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft gestellt und die Rückgabe deutscher Kulturgüter von Polen als Vorbedingung für den Beitritt des Landes zur Europäischen Union (EU) genannt hatten.

Die kleine Anfrage von der CSU von der vergangenen Woche im Bundestag in Sachen Kulturgüter ist in Deutschland fast unbeachtet geblieben, in Polen dagegen hat sie eine Welle der Empörung ausgelöst.

Da hatte es Schröder in Warschau leicht: Die Frage der Kulturgüter ließ er verlauten, habe bei seinen Gesprächen mit polnischen Politikern gar keine Rolle gespielt, und Vorbedingungen für einen EU-Beitritt Polens lehne die SPD ab. Was auf dem jüngsten Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom CSU-Vorsitzenden Theo Waigel und vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gesagt worden sei, entspreche natürlich nicht der SPD-Linie. "Die Vertriebenen", versuchte Schröder, seine Gastgeber zu beruhigen, "haben keinen realen Einfluß auf die deutsch-polnischen Beziehungen."

Der Kanzlerkandidat lobte ausdrücklich die Polenpolitik Kohls und versprach, sie im Falle seiner Wahl zum Regierungschef weiterzuführen. "Die Konservativen haben unsere Ostpolitik auch erst angegriffen und dann kopiert."...

Die von Bahr wesentlich mitgestaltete Bonner Öffnung nach Osten, fügte Schröder hinzu, habe aber das Revanchismusgespenst in den osteuropäischen Staaten gebannt. Die "Verteidigung der territorialen Integrität Polens" sei ein Verdienst der Sozialdemokraten.

... Über die Frage von Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter, "muß man mit den Firmen reden", meinte Schröder. ...<<

Die norditalienische Zeitung "La Padania" veröffentlichte am 21. Juni 1998 einen aufsehenerregenden Artikel über den unfaßbaren Reichtum der katholischen Kirche.

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtete später über den Reichtum der Kirche (x923/...): >>Der Reichtum der Kirche ist Blutgeld

"Wieviel die Fabel von Christus Uns und den Unsern genützt hat, ist bekannt."

Papst *Leo X.*

"Die Kirche ist die höchste aller denkbaren Korruptionen."

Der Philosoph *Friedrich Nietzsche*

"Wir brennen wahrhaftig vor Geldgier, und indem wir gegen das Geld wettern, füllen wir unsere Krüge mit Gold, und nichts ist uns genug".

Bischof *Hieronymus*

Basis BLUTGELD

Der Reichtum der Kirche ist Blutgeld - auf dieser Basis bauen alle auf, die der Kirche Geld geben.

Wie ist die Kirche zu ihrem immensen Reichtum gekommen? Die Wahrheit darüber findet man in vielen dicken Büchern verborgen.. ...

Gold

Zweitgrößter Goldschatz der Welt? Gold in den eigenen Gräften, der Schweiz und den USA

Jesus von Nazareth lehrte: "Ihr sollt euch keine Schätze sammeln auf Erden." Doch wie hat sich der Vatikan verhalten?

"Tausende Goldbarren lagern in Geheimtresoren in der Schweiz und New York". Und "auf etwa eineinhalb Tonnen wird allein das Goldvermögen 'in den Gräften des Vatikans' geschätzt", mit einem Wert von ca. 20 Millionen Euro. "Tausende Goldbarren lagern in Geheimtresoren in der Schweiz und New York".

Der Kirchenexperte Karlheinz Deschner spricht von "hohen Goldreserven" des Vatikans in

Fort Knox/USA. Und in der Studie *Vatikan im Zwielficht* von *Nino Lo Bello* heißt es: "Das Finanzimperium des Vatikan hatte einen ausgezeichneten Start im Jahr 1929, als (der faschistische Diktator) Mussolini und Papst Pius XI. den Lateranvertrag unterzeichneten, demzufolge der Vatikan als Entschädigung für die Herausgabe von 41.440 qkm italienischen Bodens die Summe von etwas neunzig Millionen Dollar erhielt.

Pius ließ den Bankier Bernardino Nogara kommen, einen zum Katholizismus übergetretenen italienischen Juden ... Nogara ... schlug vor, ein Drittel dieser Summe in Gold anzulegen (das heute in Fort Knox eingelagert ist) und den Rest zu investieren. Er entwickelte den Grundsatz, daß das Investitionsprogramm des Vatikans nicht durch theologische Überlegungen eingeschränkt werden dürfe."

Eine umfangreiche Studie zum Reichtum der Kirche mit dem Titel *Vatikan besitzt den zweitgrößten Schatz der Welt* erschien in der Ausgabe Nr. 42/1952 der italienischen Zeitschrift *Oggi*. Darin heißt es:

"Der Schatz des Vatikans ist ... der zweitgrößte der Welt, nach dem der Vereinigten Staaten und vor dem Englands, der in den letzten Zeiten stark abgenommen hat. Die Zahlen der einzelnen Staatsschätze (auch Goldreserven genannt) werden im Allgemeinen offiziell durch die UNO veröffentlicht, doch die des Vatikans können meist nur durch besondere Informationen vermutet werden.

Der Schatz besteht überwiegend aus Goldbarren, und sein Wert beläuft sich auf **11,5 Milliarden Dollar**, umgerechnet auf die astronomische Zahl von mehr als 7.000 Milliarden Lire. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Goldreserven der Italienischen Republik 400 Milliarden Lire und die der Zentralbank Frankreichs etwas mehr als das Doppelte betragen. Der Schatz Englands kann auf 2.600 Milliarden Lire und der der Vereinigten Staaten auf 15.400 Milliarden Lire geschätzt werden."

Der immense Goldschatz des Vatikans in unserer Zeit läßt sich im Detail nicht mehr so ohne weiteres beziffern. Des weiteren ist zwischen "inoffiziell" und "offiziell" zu unterscheiden und auch, inwieweit man von Gold-Depots außerhalb des Vatikans ausgeht. Auch kann zwischen Goldbarren und Goldmünzen unterschieden werden. Sicher ist nur, daß der Vatikan den Goldanteil zugunsten anderer Vermögenswerte mit der Zeit deutlich reduziert hat. Ob man jedoch "nur" noch von ca. einer Tonne Goldbarren "im Wert von **19 Millionen Euro**" ausgehen kann, darf dennoch bezweifelt werden.

Hierzu eine aktuelle Studie: "Klares Zeugnis über die zunehmend unübersichtliche Verteilung von Vermögenswerten geben die Goldreserven ab. Diese wurden in den 1930er Jahren in Höhe von 235.765 Feinunzen angelegt, leider aber seit etwa 20 Jahren unter massiver Schwindsucht. 1992 standen nur noch 139.302 Feinunzen in den Büchern des IOR (der Vatikanbank), ein Jahr später sogar nur noch 47.772 Feinunzen.

Ein deutlicher Hinweis, **daß Vermögenswerte in massiver Form umgelagert wurden.**" In diesem Zusammenhang nennt die Zeitschrift *Matrix 3.000* ein "**undurchschaubares Netzwerk für Geldwäsche, Waffenhandel und Korruption**". Genannt wird u.a. eine "Geisterbank auf den Bahamas", die vom einstigen Vatikan-Bank Chef, Erzbischof Paul Marcinkus, "mitverwaltet" wurde.

Hinzu kommen auf jeden Fall Unmengen an Gold in unzähligen Diözesen und Kirchen. "Wen überfällt nicht ein Schaudern, wenn er den mit 20 Tonnen Blattgold vergoldeten Altar der Kathedrale von Sevilla bestaunt und dabei an das in den Minen vergossene Blut der Indianer denkt." ...

Aktien

Der Vatikan pokert mit enormen Finanzreserven an der Wallstreet

"Die auswärtigen Finanzreserven des Vatikans sind vornehmlich an der Wallstreet konzentriert. Insgesamt dürfte sich der Gesamtbesitz der Kirchenzentrale an Aktien und anderen Ka-

pitalbeteiligungen bereits im Jahr 1958 auf etwa 50 Milliarden DM belaufen haben." Diese Zahl dürfte inzwischen vermutlich auf weit über Hundert Milliarden Euro angewachsen sein. ...

Konzerne

Der Vatikan ist "größter religiöser Wirtschaftskonzern"

"Der Vatikan ist heute der größte religiöse Wirtschaftskonzern der Welt und fest engagiert in zahllosen Unternehmen in den Bereichen Immobilien, Plastik, Elektronik, Stahl, Zement, Textilien, Chemie, Nahrungsmittel und Bauwirtschaft."

Die dem Vatikan gehörende Firma Italgas hat Tochter-Gesellschaften in 36 italienischen Städten. Der Vatikan mischt mit bei Teer, Eisen, Destillaten, Trinkwasser, Gasherden, Industrieöfen usw. Von den etwa 180 italienischen Kreditinstituten verfügt mindestens ein Drittel über vatikanisches Geld.

Der Vatikan besitzt viele einflußreichste römische Banken und ist in Europa, in Nord- und in Südamerika an einer überwältigenden Fülle mächtiger Industrieunternehmen beteiligt, einige gehören sogar weitgehend dem Vatikan, wie z.B. Alitalia oder Fiat. ...

Ländereien

Die Kirche - der größte Grundbesitzer der westlichen Welt

Einige Beispiele:

Deutschland: Mit 8,25 Milliarden qm größter privater Grundbesitzer (entspricht gut der Hälfte des Bundeslandes Schleswig-Holstein oder der Größe von Bremen, Hamburg, Berlin und München zusammen),

Italien: über 500.000 ha Ackerland,

Spanien: ca. 20 % aller Felder,

Portugal: ca. 20 % aller Felder,

Argentinien: ca. 20 % aller Felder,

England: ca. 100.000 ha,

USA: über 1.100.000 ha Ackerland,

Weiden und Wälder sind nicht mitgerechnet. ...

Städte / Immobilien

Der Vatikan ist "größter Immobilienbesitzer"

Man kann in Bezug auf die immensen Besitztümer des Vatikans nicht mehr nur von Immobilien sprechen, sondern eher von Städten oder Stadtteilen.

Rom z.B. ist bereits zu 1/4 in den Händen des Vatikans, recherchierte Paolo Ojetti in der Zeitschrift *L' Europeo* am 7.1.1977. Sein Artikel war wie ein Telefonbuch zu lesen. Seitenweise listete er Tausende von Palästen auf, die z.T. den 325 katholischen Nonnen- und 87 Mönchsorden gehören.

Der Journalist Ojetti recherchierte auch in der italienischen Stadt Verona. Er druckte einen Stadtplan ab, auf dem ungefähr die Hälfte der Häuser schwarz markiert waren = Eigentum der katholischen Kirche. Er wies darauf hin, daß die Besitzverhältnisse in anderen Städten ähnlich sein dürften.

Das war dem Vatikan zuviel. Sie nannten den Artikel verwirrend, unverantwortlich, skandalös, antiklerikal, unkulturell und dumm. Der Direktor der Zeitschrift wurde sofort gefeuert.

Es dauerte 21 Jahre, bis es wieder ein mutiger Journalist wagte, das Thema anzupacken.

Max Parisi recherchierte für die Zeitung *La Padania* nochmals die Eigentumsverhältnisse in Rom und kam in seinem Artikel vom 21.6.1998 zum Schluß, daß jetzt bereits schon fast **1/3 aller Häuser Roms im Besitze des Vatikans sind.**

Diese Immobilien von "unermeßlichem Wert" befinden sich nach seiner Recherche in den besten Lagen: "Das ganze Gebiet vom Campo dei Fiori bis zum Tiber gegenüber der Engelsburg, vorbei an der Piazza Navona und den umliegenden Straßen ist praktisch vollständig im

Besitz des Vatikans. Es handelt sich um etwas weniger als die Hälfte des historischen Zentrums." Allein in dieser Zone sind es über 2.500 Paläste. Diese ganzen Immobilien tauchen auf dem Katasteramt gar nicht auf, weil sie als "ausländisches Territorium" gelten.

Der Autor Guarino nennt Beispiele, wie Leute zwangsgeräumt und auf die Straße gestellt wurden, obwohl die Vatikanbank scheinheilig anderes versprochen hatte. Parisi fragt am Ende: "Was haben Glauben und 160.000 Milliarden Immobilienbesitz miteinander zu schaffen? Was hat Jesus mit ... den teuersten Terrassenwohnungen Roms zu tun?"

Jetzt versteht man die alten Prophezeiungen, nach denen den Römern eines Tages der Kragen platzt und die Prälaten ihre Kutten in den Tiber werfen müssen, um nicht erkannt zu werden ...

Superreich durch Segen & Titel

Auch der Verkauf von Segensbriefen, Titeln, Audienzen usw. vergrößert heute noch den Reichtum der Kirche

Preisliste des Vatikans (1990)

DM 5.000,- für einen vom Papst persönlich unterzeichneten Segen mit Urkunde

DM 30.000,- für eine Privataudienz mit dem Papst, inkl. Video

DM 50.000,- Spende für einen Ehrendokortitel

DM 120.000,- Spende für einen Orden (Ordensstern zum Großkreuz des St.-Gregor-Ordens)

DM 300.000,- für einen Barontitel

DM 2.500.000,- für eine Erhebung in den Fürstenstand

DM 50.000,- für die Nebenkosten einer solchen Prozedur, etwa anlässlich der Ostermesse

Ab ca. 100.000,- Euro (im Durchschnitt ca. 250.000,-) kosten auch Heiligenprozesse. Nur wohlhabende Familien oder Ordensgemeinschaften können sich einen derart teuren Prozeß leisten.

Allein durch die 464 Heiligsprechungen (mehr als in den 400 Jahren davor) von Johannes Paul II. dürften ca. 116.000.000,- Euro in die Kassen des Vatikans gelangt sein. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Juni 1998: >>Friedland wird Anlaufstelle für russische Juden

... Das Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen wird zum 1. Juli zur zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für jüdische Emigranten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. ...

Seit 1991 seien rund 10.000 jüdische Emigranten nach Niedersachsen gekommen ...

Die Zahl der Spätaussiedler aus Osteuropa geht immer weiter zurück. Kamen 1996 noch 177.000 Personen nach Friedland, waren es im vergangenen Jahr nur noch 135.000. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 25. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/211-217): >>Das "Schwarzbuch des Kommunismus" dokumentiert

zum erstenmal umfassend das ungefähre Ausmaß der Untaten, die im Zeichen der Utopie einer weltrevolutionären Befreiung der Menschheit begangen wurden. Wie genau die von Stéphane Courtois und seinen Mitautoren festgestellten Opferzahlen sind, ist unter Historikern umstritten. Doch methodische Einwände gegen Courtois' Forschungen berühren nicht die Tatsache, daß kommunistische Führer, allen voran Lenin, Stalin und Mao Tse-tung, neben Adolf Hitler zu den mit Abstand größten Massenmördern des 20. Jahrhunderts zählen.

Bei allen gravierenden Unterschieden ist dem marxistisch-leninistischen und dem nationalsozialistischen System gemeinsam, daß sie eine bis zu ihrem Auftauchen ungeahnte Vernichtungsenergie freisetzten. Sie gründeten auf Ideologien, die die Ausrottung bestimmter Klassen oder Rassen als Voraussetzung für die Errichtung einer idealen Weltordnung betrachteten.

Systematischer Terror bis hin zur planmäßigen Auslöschung großer Teile der eigenen und der Bevölkerung eroberter Länder gehörte daher zum Wesensmerkmal beider Systeme. Solcher Terror war - nach der Maßgabe ihrer pervertierten Moral - ethischer Imperativ dieser totalitären Ideologien.

Manchem Linksintellektuellen fällt es immer noch schwer, diese besondere Qualität nicht nur

des nationalsozialistischen, sondern auch der kommunistischen Mordmaschinerie anzuerkennen. Peter O. Chotjewitz, Lothar Baier und Michael Scharang bieten in ihren Beiträgen zur ZEIT-Diskussion (siehe ZEIT Nr. 24, 25 und 26/98) ein ganzes Arsenal von Argumenten an, die spezifische Merkmale kommunistischer Verbrechen verwischen. Hat es Massenmord und staatlichen Terror nicht schon immer gegeben?

Könnte man nicht ebensogut auch Schwarzbücher des Sklavenhandels und der Kolonialkriege schreiben, wie Chotjewitz bemerkt? Ist es nicht ganz einfach so, daß der Mensch als solcher, weil er den Gedanken an seine Endlichkeit nicht ertragen kann, immer in irgendein Ideengebäude flüchtet, "dessen Dach Unsterblichkeit verheißt, religiöse, völkische oder kollektive", wie Scharang resümiert?

Wenn derartige geschichtsrelativistische Platitüden gegen die Erforschung des spezifischen Charakters des NS-Terrors ins Feld geführt werden, gibt es (nicht nur) auf der Linken zu Recht einen Aufschrei der Empörung. Wenn es um die Verbrechen des Kommunismus geht, glauben sich viele Linke jedoch noch immer einen Vermeidungsdiskurs der krudesten Sorte leisten zu können.

Abgesehen davon, daß die zeitgenössische Demozidforschung sehr wohl auch die Opfer nichtkommunistischer inklusive demokratischer Systeme zählt - wäre ein Versäumnis in dieser Hinsicht ein Argument, auf die Erfassung der Opferzahlen zu verzichten, die von der spezifischen Systematik kommunistischen Terrors produziert wurden? Chotjewitz, Baier und Scharang stellen das Unternehmen "Schwarzbuch" a priori unter einen verschwörungstheoretischen Generalverdacht: Die ganze Opferzählerei zielt doch bloß darauf, ein "Autodafé der Glaubensreinigung" (Chotjewitz) zu veranstalten, will heißen: "der heutigen Linken den Prozeß zu machen" (Scharang).

Dabei hat doch die Linke selbst am meisten Grund, sich dem niederschmetternden Fazit der monströsen Epochenillusion des Kommunismus ohne Wenn und Aber zu stellen. Nicht etwa, um sich reumütig an die eigene Brust zu schlagen. Sondern weil die Geschichte des Kommunismus zugleich auch eine eigentümliche Faszinationsgeschichte der intellektuellen Linken ist, deren Erforschung erst am Anfang steht.

Dieser Faszination sind nicht nur einige wenige dogmatische Sektierer erlegen. Die Befürchtung, dadurch könnte die Einzigartigkeit des Nationalsozialismus relativiert werden, hat auch gemäßigte Linke und selbst Liberale davon abgehalten, sich das ganze Grauen zu vergegenwärtigen, das die marxistisch-leninistische Ideologie verursacht hat. Das vermeintliche "humane Anliegen", das trotz allem im Kommunismus verborgen sei, hat dieser Ideologie bei wohlmeinenden Humanisten, von Maurice Merleau-Ponty ("Humanismus und Terror", 1947) bis zu - in heutigen Tagen - Walter Jens, im Vergleich zum Nationalsozialismus immer wieder mildernde Umstände eingetragen.

Am stärksten wirkt dieser Kredit für die "linke" Totalitarismusvariante heute noch in der ästhetischen Debatte nach. Linke Autoren wie Bertolt Brecht, die sich der marxistisch-leninistischen Ideologie verschrieben hatten, werden von der Kulturkritik meist unverdrossen als aufklärerische Humanisten betrachtet.

Ihr Eintreten für die sowjetische Diktatur wird als eine Art äußerliche Verirrung angesehen, der sie in bester idealistischer Absicht verfallen seien. Anders als bei rechten Autoren wie Ernst Jünger und Martin Heidegger wird bei Brecht und Ernst Bloch selten nach dem konstitutiven Zusammenhang zwischen ihrer totalitären Neigung und ihren ästhetischen und philosophischen Ansichten gefragt. Dabei läßt sich gerade an den Beispielen Brecht und Bloch zeigen, daß ein bestimmter Typus des ästhetischen Modernismus eine immanente Affinität zum politischen Totalitarismus besaß.

Der düstere Traum von weltgeschichtlicher Endzeit "Unsere Gegner sind die Gegner der Menschheit. Sie haben nicht "unrecht" von ihrem Standpunkt aus: das Unrecht besteht in ih-

rem Standpunkt. Sie müssen vielleicht so sein, wie sie sind, aber sie müssen nicht sein. ... "Güte" bedeutet heute, wo die nackte Notwehr riesiger Massen zum Endkampf um die Kommandohöhe wird, die Vernichtung derer, die Güte unmöglich machen."

Diese Sätze stammen nicht etwa aus der Kriegserklärung eines großwahnsinnigen Diktators, der seine Invasion ins Nachbarland mit einer apokalyptischen Erlösungsbotschaft zu legitimieren versucht. Es sind die Worte eines ganz und gar unmilitärischen Dichters, dessen Lieblingswort "Freundlichkeit" war. Sie stammen aus einer Antwort, die er einigen Theaterkritikern verpaßte, nachdem sie die Uraufführung eines seiner Stücke verrissen hatten.

In diesem Stück, so hatten die Kritiker moniert, beziehe der Autor einen einseitigen Standpunkt, und es fehle seinen Figuren an Güte. Grund genug für unseren Dichter, diesen Kritikern zu erklären, daß sie und alle anderen, die mit der Tendenz seines Werkes nicht übereinstimmten, ihr Existenzrecht verwirkt hätten. Eine Theaterdebatte aus dem Jahre 1932, ein Feuilletonstreit um ein Lehrstück namens "Die Mutter". Das Zitat stammt von Bertolt Brecht.

Brecht und Jünger fanden in Nietzsche ihren Urvater. Womit Brecht uns hier konfrontiert, ist keine einfache Amoral oder Unmoral.

Brecht spricht von einem hochmoralischen Anspruch aus man könnte sagen, daß er im Namen einer Über- oder Hypermoral argumentiert. Angesichts der bevorstehenden apokalyptischen Entscheidungsschlacht ist es von diesem übermoralischen Standpunkt aus unmoralisch, Erbarmen oder Güte gegenüber einzelnen einzufordern. Brechts Gestus hat etwas von der Pose des Bürgerschrecks, der die konventionellen Moralvorstellungen als Ausdruck spießiger Angst vor den großen Schicksalsfragen der Menschheit vom Tisch wischt. Und sein Hypermoralismus ist dem ästhetizistischen Antimoralismus insofern verwandt, als er sich kleinliches Gemäkel von unbegabten Kritikern an seinem großen Kunstwerk verbittet.

Aber Brechts genialischer Künstlergestus sichert sich durch die Anrufung eines Verbündeten ab, der noch viel größer ist als das geniale Kunstwerk selbst. Vor der Geschichte muß das Werk des Künstlers bestehen, nicht vor bürgerlichen Kritikern, deren Klasse historisch ja längst zum Aussterben verurteilt ist.

Man findet den übermoralischen Gestus ganz ähnlich bei den radikalen Schriftstellern der Weimarer Rechten wieder. Auch bei Ernst Jünger verbirgt die Attitüde mitleidsloser Kälte einen Impetus tiefer moralischer Empörung.

Ist es bei Brecht die Entrüstung über das Los der Ausgebeuteten in einer Welt der Ausbeutung, so bei Ernst Jünger die Empörung über die angebliche Demütigung des deutschen Volkes durch die westlichen Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Wie Brecht sieht auch Jünger in der "einfachen", der humanistischen Moral kein Mittel gegen das epochale Unrecht, das er anprangern will. Um dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen, muß zuerst die alte Moral entlarvt werden. Am besten ist es, wenn sie sich durch Repression gegen die Unterdrückten selbst demaskiert. Das kostet Opfer, und die Opfer müssen bejaht werden.

"Vorzüglich", rief Ernst Jünger 1929 den Westmächten zu, die er für das Elend des deutschen Volkes verantwortlich machte, "nur kein Mitleid mit uns! Dies ist eine Position, aus der sich arbeiten läßt. Dieses Maßnehmen an dem geheimen, zu Paris aufbewahrten Urmeter der Zivilisation - das bedeutet für uns, den verlorenen Krieg zu Ende verlieren, bedeutet die konsequente Durchführung eines nihilistischen Aktes bis zu seinem notwendigen Punkt. Wir marschieren seit langem einem magischen Nullpunkt zu, über den nur hinwegkommen wird, der über andere, unsichtbare Kraftquellen verfügt."

Der Urvater dieser Denkfigur ist Friedrich Nietzsche. Sein Zarathustra geht aus der Einsamkeit der Berge hinunter in die Ebene, um dem Volk vom "Übermenschen" zu künden. Dieser Übermensch werde erscheinen, wenn alle alten Werte, die nach dem Tod Gottes und der Metaphysik nur noch lebensfeindliche Hüllen darstellten, zerschmettert sein würden.

Die Ankunft des Übermenschen werde die Krise der Moral beenden, denn er werde neue Wer-

te stiften - Werte, die im Einklang mit dem Leben stehen und auch dessen schreckliche Seiten, aus einem Überschuß an Lebenskraft heraus, bejahen. Wer dem Übermenschen den Weg bereiten wolle, der müsse ein kompromißloser Zerstörer aller bestehenden Werte sein, die den Menschen von seiner Wiedervereinigung mit dem schöpferischen Leben trennen.

Die Alternative zum Übermenschen, so warnt Zarathustra, werde die Herrschaft des "letzten Menschen" sein, des - um es aktuell auszudrücken - willenlosen Zombies der Konsumgesellschaft, der kein Gefühl mehr für Größe, für die Gefahr, für die Qualen des großen Schaffensaktes habe. "Die Erde ist dann klein geworden", ruft Zarathustra aus, "und auf ihr hüpfen der letzte Mensch, der Alles klein macht. Sein Geschlecht ist unaustilgbar, wie der Erdflöhe; der letzte Mensch lebt am längsten."

Nietzsches "Zarathustra" ist so etwas wie der Geburtsschrei des künstlerisch-literarischen, apokalyptischen Modernismus. Dessen Mōvens (Beweggrund) ist die Angst vor der Herrschaft des "letzten Menschen", vor der Verflachung des Geistes in der liberalen Massengesellschaft. Der avantgardistische Künstler ist der Kündiger einer Größe, die niemand, der nicht selbst ein Künstler ist, mehr wahrnehmen oder ahnen kann. Nur die Kunst habe noch Zugang zu den geheimen Kraftquellen authentischen Lebens.

Als die radikalen politischen Ideologien des 20. Jahrhunderts selber avantgardistisch werden und offen die Zerstörung predigen und feiern, erkennen Schriftsteller wie Brecht und Jünger ihre Geistesverwandtschaft mit ihnen.

Beide waren von der Angst getrieben, sie könnten in die ohnmächtige, hilflose Moral eines jammernden Humanismus zurückfallen, der immer nur die Opfer beklagt, ohne Einsicht in die tieferen Gründe zu gewinnen, die all diese Opfer zur Notwendigkeit machen. Die großen Schriftsteller Brecht und Jünger fürchteten sich vor dem Rückfall in die von ihnen verachtete Jammerlappenmoral des Humanismus vor allem um ihres Werkes willen.

Wenn sie nicht dicht und mit eiskalten Nerven am Puls der Geschichte blieben, dann würde ihr großes Werk an Kraft verlieren. "Lieber noch mit diesem stürzen als mit jenen leben, die die Furcht im Staub zu kriechen zwingt", ruft der Ich-Erzähler in Jüngers "Auf den Marmorlippen" (1939) angesichts eines verwegenen "Capitanos" aus, der sich schwärmerisch an die Nacht erinnert, "da wir Sagunt zu Asche brannten".

So könnte auch Ernst Bloch gedacht haben, als er 1937 zu seiner Verteidigung der Moskauer Schauprozesse ausholte. Blochs Rechtfertigung des stalinistischen Terrors war keine bloße, durch die Zwänge der politischen Verhältnisse bedingte Verirrung. In ihr kommt ein essentieller Kern seiner Philosophie, seines Utopismus zum Ausdruck. Blochs chiliastischer Marxismus schließt sich explizit an die christliche Apokalypsetradition an, namentlich an die der Offenbarung des Johannes im Neuen Testament.

Diese Johannesoffenbarung ist die Beschreibung einer entfesselten Vernichtungsphantasie. Johannes kündigt der gotteslästerlichen Welt den Untergang in einem göttlichen Strafgericht an. Feuer fällt vom Himmel, die Erde öffnet sich, und die Toten stehen auf, freilich nur, um vom himmlischen Richter in Gute und Böse, Sündige und Gerechte geschieden zu werden.

Ernst Bloch nennt in seinem Hauptwerk "Das Prinzip Hoffnung" diese Apokalypseschilderung einen "erzutoptischen Archetyp", der "so manche geschlagene Revolution begleitet hat".

Mit wütendem Unverständnis antwortet Ernst Bloch auf dem Höhepunkt der Stalinschen Säuberungswellen den kritischen Einwänden bis dahin loyaler prokommunistischer Intellektueller gegen die Moskauer Schauprozesse. Diese Zweifelnden schalt Bloch "Renegaten", die nicht darüber hinwegkämen, "daß der zwanzigjährige bolschewistische Staat sich so vieler Feinde zu entledigen hat und sich ihrer oft gehetzt und schreckend blutig entledigt".

Die abtrünnigen Intellektuellen von 1937 vergleicht er mit Klopstock und Schiller, die nach anfänglicher Begeisterung für die Französische Revolution vor der Praxis der "terreur" erschrecken und sich von der revolutionären Idee abwandten. In diesen schreckhaften Humani-

sten kann Bloch nur Kapitulanten erkennen, die der gegenrevolutionären Strategie der Bourgeoisie auf den Leim gekrochen seien.

Die Zweifel an den aberwitzigen Anklagen der Moskauer Prozesse erklärt Bloch zu Einflüsterungen des bourgeoisen Teufels, denn selbst wenn diese Zweifel berechtigt wären: Gäbe man ihnen nach, würde der Fortgang des weltgeschichtlichen Strafgerichts aufgehoben. Hier ging es ja nicht um "bourgeoise" Rechtsdetails, sondern um die Bejahung oder Verneinung des Anbruchs heilsgeschichtlicher Endzeit. "Die alte Welt", schreibt Bloch 1937, "ist verrotten und verteufelt wie nie, die neue vollstreckt außer dem geschichtlichen ein sittliches Urteil, wenn sie niederschlägt und siegt."

Daß die von den "Capitanos" des 20. Jahrhunderts veranlaßten Vernichtungsorgien exorbitant hohe Opfer kosteten, beglaubigte in der Sicht apokalyptischer Übermoralisten wie Brecht, Bloch und Jünger, daß es sich bei diesem Gemetzel tatsächlich um den Anbruch des endzeitlichen Entscheidungskampfes handelte. Ihre Entschlossenheit, sich von dieser historischen Gewalt auf keinen Fall zu isolieren, entsprang der Furcht, am Ende zu den "letzten Menschen" gehören zu müssen.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1998) berichtete am 29. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" von Stéphane Courtois: >>>Die Wirklichkeit ausgepiffen

Das auf deutsch erschienene "Schwarzbuch des Kommunismus" erregt die Gemüter - vor allem jene Linken, die vom Gulag immer gern geschwiegen haben.

Im März 1990 wurde im Tagungssaal des Zentralkomitees der SED am Werderschen Markt in Ost-Berlin ein denkwürdiger Film gezeigt. Die in PDS umgetaufte einstige Staatspartei der DDR hatte zur öffentlichen Vorführung eines sowjetischen Dokumentarstreifens über das erste Zwangsarbeitslager geladen, das noch zu Lebzeiten Lenins, am 6. Juni 1923, eingerichtet worden war: Solowki, die "Wurzel des Gulag", wie es im Kommentar hieß.

Etwa 60 Menschen verloren sich in der heiligen Halle des soeben zusammengebrochenen DDR-Sozialismus und sahen zu, wie der Dichter Maxim Gorki 1929 dem Vorzeige-Lager einen Besuch abstattete. Freilich bekam er nur das extra für ihn errichtete, blitzsaubere Potemkinsche Sträflingsdorf zu Gesicht - die "blutige Treppe", über die gefesselte Häftlinge hinabgestoßen wurden, bis sie als blutige Klumpen Fleisch ihr Leben ließen, wurde ihm vorenthalten. Auf das Versprechen, daß ein paar Gefangene freigelassen würden, sang er das Lob der Sowjetmacht. Titel seiner Reportage: "Unsere Errungenschaften".

Als das Licht im Saal wieder anging, herrschte einige Sekunden lang Schweigen - dann kehrten die Worte zurück. "Außergewöhnliche Methoden" im russischen Bürgerkrieg dürften nicht mit dem späteren Terror in eins gesetzt werden, erklärte der Moskauer Parteihistoriker Wladlen Loginow: "Gewalt ist nicht Gewalt. Man darf sich nicht an Äußerlichkeiten orientieren." Sein Kollege Firsiw ergänzte, daß zu Zeiten Lenins "noch streng wissenschaftlich argumentiert" worden sei, während es später die bekannten "Deformationen" gegeben habe. Eine Dame fragte schüchtern, wer denn eigentlich unterscheiden könne, was der Klassenfeind und was das Volk sei. "Man traut sich ja sonst nichts. PDS", machte ein rot beschriftetes Bettlaken Mut zur munteren Vergangenheitsbewältigung.

Acht Jahre später, im Juni 1998, versinkt eine Diskussionsveranstaltung in West-Berlin über das gerade auf deutsch erschienene "Schwarzbuch des Kommunismus" (SPIEGEL 48/1997) trotz mehrfachen Eingreifens der Polizei im grotesken Tumult.

Drei Dutzend pöbelnde Twens aus der "Jeunesse dorée der postkommunistischen Nostalgie" ("taz") sorgen mit Trillerpfeifen und Sprechchören dafür, daß aus der ernsthaften Debatte über die Bilanz stalinistischer Verbrechen im 20. Jahrhundert ein lärmendes Spektakel wird, in dem der Faschismus abermals verdammt und der Kommunismus gepriesen wird.

"Im Land der Täter von Auschwitz darf die Relativierung dieses Menschheitsverbrechens nicht als akzeptabler Diskussionsbeitrag hingenommen werden", dekretiert ein Flugblatt der

politisch korrekten Zensurfreunde.

Schöne junge Frauen, "den Furor christlicher Märtyrer im Blick" ("Frankfurter Rundschau"), entrollen ein Transparent mit der Aufschrift "Wer zählt die Opfer des Kapitalismus?" und rufen dem französischen Mitautoren des Schwarzbuches, Stéphane Courtois, zu: "Scheiß-Aufklärung. Spring doch vom Eiffelturm!"

Die Berliner Travestieshow dummdreister Provokation blieb unter den verschiedenen Podiumsdiskussionen die Ausnahme, doch trägt die ganze bisherige Auseinandersetzung mit der deutschen Ausgabe des Ende 1997 in Frankreich veröffentlichten "Schwarzbuch des Kommunismus" durchweg travestiehafte Züge. Dieselben Linken, die nichts dabei finden, daß der grüne Vorstandssprecher Trittin die Bundeswehr kurzerhand in die verbrecherische Tradition von Hitlers Wehrmacht stellt, entsichern ihre geistigen Handfeuerwaffen, wenn auch nur der Versuch unternommen wird, Kommunismus und Faschismus als totalitäre und mörderische Systeme zu "vergleichen" - was ja keineswegs bedeutet, sie "gleichzusetzen".

Auch 60 Jahre nach den stalinistischen Schauprozessen gibt es sie noch, die Tabuwächter jener großen Menschheitsutopie, die um keinen Preis "angeschwärzt" werden darf. Ein Fortschritt ist immerhin zu verzeichnen: Als nach dem Zweiten Weltkrieg Arthur Koesters anti-stalinistischer Schlüsselroman "Sonnenfinsternis" in Paris erschien, kauften die französischen Kommunisten alle greifbaren Exemplare auf und vernichteten sie. Das ist dem "Schwarzbuch" nicht widerfahren.

Man reibt sich die Augen und glaubt es kaum: Ob 1945, 1990 oder 1998 - die Abwehr funktioniert, die Verdrängung historischer Tatsachen kennt weder Zeit noch Grenzen. Mal direkt und brachial, mal wissenschaftlich drapiert, offen zynisch oder verdruckst - das Thema wirkt wie ein Katalysator aller ideologischen Reflexe seit den sechziger Jahren. Der Publizist Christian Semler, als einstiges SDS-Mitglied und führender Maoist der siebziger Jahre selbst eine historische Figur der Linken, diagnostizierte kürzlich treffend das "Elend linker Immunisierungsversuche".

Alte Wunden brechen wieder auf, Verdrängtes kehrt zurück. Die Debatte in den Feuilletons, Veranstaltungssälen und intellektuellen Hinterzimmern der Republik ruft vor allem jene auf den Plan, die wesentliche Teile ihrer politischen Biographie bedroht sehen. Ihr seit 1989 bereits schwer ramponiertes Weltbild muß ebenso gerettet werden wie die identitäts- und sinnstiftende Existenz als unbeugsame Kritiker der westlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Dabei folgen sie der Logik projektiver Schuldzuweisung: Sie protestieren gegen die "Relativierung von Verbrechen" und betreiben sie selbst. Sie klagen strengste Sachlichkeit ein und stecken voller Ressentiments. Sie protestieren gegen die Verharmlosung von Auschwitz und mißbrauchen das einzigartig Schreckliche als billige Chiffre ihrer angeschlagenen Diskurslosigkeit - und als Instrument der Verharmlosung. Sie kritisieren den ideologischen Renegateneifer von Courtois und klammern sich selbst an ranzige ideologische Muster vergangener Zeiten.

So tauchte der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz plötzlich aus der Versenkung auf und attackierte im Feuilleton der "Zeit" die angebliche "Geschichtsklitterung vom Bolchicaust": Dieses Buch zähle auch jenen Eisenbahner zu den rund 80 Millionen Opfern des Kommunismus, der sich "auf der Baikal-Amur-Magistrale eine Grippe" zugezogen habe. Das Schwarzbuch sei ein "Autodafé der Glaubensreinigung", das der "Auslöschung" der kommunistischen Idee und der "Apotheose" des Kapitalismus diene.

Der preisgekrönte Essayist Lothar Baier entledigte sich eine Woche später an gleicher Stelle der historischen Wahrheit über den sowjetischen Klassengenozid, indem er die traditionelle Lager-Frage linker Ideologen stellte: In welche - politische - Gesellschaft begibt sich der Leser dieses Werkes?

Anhand einiger Sätze des Klappentextes und angreifbarer Zitatfetzen aus dem Vorwort von Courtois gelingt die gewünschte Antwort nach Hausmacherart: Natürlich begibt sich der Leser

in die Nähe von Holocaust-Leugnern und Verharmlosern des Faschismus sowie unseriöser, aufs Medienspektakel versessener Geschäftemacher, die nicht einmal richtig aus dem französischen Original übersetzen können. Auftrag erfüllt, Gegner entlarvt, Thema erledigt.

Noch kürzer macht es der Publizist Rudolf Walther: "Nolte läßt grüßen", ruft er aus und meint, damit alles gegen Courtois gesagt zu haben, dem er selbst "grobschlächtigen Reduktionismus" vorhält.

Manfred Hildermeier, Historiker an der Universität Göttingen, repräsentiert dagegen jene Kritiker, die den Kern der auf fast tausend Seiten ausgebreiteten Tatsachen nicht bestreiten, aber die böse Absicht unterstellen, die es zu entlarven gelte - entscheidend sind hier nicht die Fakten, sondern "die Frage nach dem cui bono". Auch bei ihm zieht stets der Soupçon (Verdacht) durch die Zeilen, hier solle der Linken endgültig der Prozeß gemacht werden nach dem Motto: Rot schlägt Braun - der Kommunismus war noch schlimmer als der Faschismus.

Dieser Generalverdacht trübt Wahrnehmungen wie Argumentation: Wie andere moniert Hildermeier die schwankenden Zahlenangaben auf durchaus fragwürdiger Berechnungsgrundlage - mal sind es 80, mal 100 Millionen Tote - und kritisiert den Vergleich mit jenen 25 Millionen Opfern des Nationalsozialismus.

Doch er selbst beteiligt sich an der unseligen Rechnerei, die nicht die geringste Erschütterung über die schiere Dimension des Schreckens erkennen läßt: "Es gibt gute Gründe, die mehr als sechs Millionen Hungertoten der Jahre 1932/34 nicht nur um eine Million zu kürzen, sondern sie vor allem nicht in einer Reihe mit den Opfern des NKWD aufzulisten", formuliert der Historiker ganz akkurat und korrigiert fleißig noch andere Zahlen nach unten: "Statt 7 bis 8 Millionen Insassen von 53 Arbeitslagern und 425 Arbeitskolonien ... lassen sich 'nur' rund 3,5 Millionen belegen und statt einer selten präzisierten, aber auf mehrere Millionen geschätzten Anzahl vorzeitiger" Todesfälle 'nur' 2,3 Millionen."

Daß 2,3 Millionen Tote nicht "mehrere Millionen" Tote sind, mag dem unbefangenen Zeitgenossen neu sein, der sich gar nicht ausmalen möchte, welcher Sturm der Entrüstung losbräche, wenn irgend jemand solche Zahlenspiele mit den Opfern des Holocaust triebe. Doch genau dies gehört zum Diskurs der Abwehr und seiner langen Geschichte der ideologischen Einäugigkeit.

Wie vor 30, 40 oder 50 Jahren orthodoxe Kommunisten, denen die letzte Phrase ausgegangen war, so verkündet noch heute Professor Hildermeier, wenn er nicht mehr weiter weiß, daß er sowieso schon alles weiß: "Dem Kenner sagt das meiste wenig Neues."

Dabei hindert ihn, Ironie der Entlarvung, seine vernebelnde Semantik, den eigenen Klartext zu erkennen: Denn für die allermeisten wird sehr vieles überraschend neu sein - wenn sie es denn lesen wollen.

Schon auf der tumultuösen Berliner Veranstaltung warnte Wolfgang Wippermann, Historiker an der Freien Universität, vor den Folgen dieser Lektüre, die "eine ermüdende Reihung von Mordgeschichten" biete.

Im "Neuen Deutschland" konzidierte er, daß "die Bilanz der Regime in der Sowjetunion, China, Kambodscha etc. zweifellos grausig" sei, doch müsse gefragt werden, "ob es sich hier wirklich um kommunistische bzw. sozialistische Systeme gehandelt hat".

Nach einer kleinen, aber feinen Zitatfälschung, mit der er Courtois drei Buchstaben unterjubelt - als habe dieser von "nur" 25 Millionen Opfern der Nazis gesprochen -, kommt Wippermann zum eigentlichen Thema:

Das Schwarzbuch betreibe die "Dämonisierung des Kommunismus" und erscheine zur "rechten Zeit", in der die "direkte und indirekte Relativierung des Holocaust durch Leugnung und vergleichende Verharmlosung schon weit verbreitet ist".

Nun schon auf der Zielgeraden, durchstößt er die Lichtschranke zur letzten Erkenntnis, die mit dem schlichten Glaubenskatechismus des linken deutschen Spießers identisch ist: "Revisio-

nismus ist gefährlich. Er bedroht unsere politische Kultur und stellt den mühsam errungenen Konsens in Frage, daß der Holocaust und nicht die Verbrechen des Kommunismus der Zivilisationsbruch in diesem Jahrhundert gewesen ist. An diesem Konsens sollten die Deutschen festhalten, weil es Deutsche waren, die für den Holocaust die Verantwortung trugen."

Perfekte Tautologie, Ethno-Logik: Deutsche, weil es Deutsche waren. Hier wird gar nicht mehr versucht, wissenschaftliche oder politische Kritik zu üben. Es geht weder um Opfer noch um Täter, weder um Vergangenheit noch Zukunft, schon gar nicht um die Wirklichkeit. Es geht nur noch ums gekränkte intellektuelle Ich, um die allerletzte Schwundstufe der innerweltlichen Erlösungsreligion: die negative Utopie vom Furor teutonicus.

Triumphal weisen die Gesellschaftskritiker von vorgestern im selbstgezimmerten Laufstall ihrer ideologischen Bornierung (Beschränktheit) auf das einzige, was ihnen noch geblieben ist vom utopischen "Anspruch auf den ganzen Menschen" (Heinrich August Winkler). Es ist der deutsche Anspruch auf das richtige, auf das einzig richtige Weltverbrechen. Das ist die ganze Moral von der Geschichte.<<

Die deutsche Historikerin Jutta Scherrer berichtete am 2. Juli 1998 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/80-84): >>Als ich neulich im Moskauer Institut für Allgemeine Geschichte der russischen Akademie der Wissenschaften "Das Schwarzbuch des Kommunismus" erwähnte, entgegnete mir der Direktor, dies bereite hier keine Freude. Ob es denn eine Debatte darüber gebe? ...

Im vergangenen Sommer hatte ich zwei politische Seminare für junge Abgeordnete der Staatsduma und der regionalen Parlamente in der Umgebung von Moskau und in Rostow am Don zum Anlaß genommen, um die politische Elite nach ihrer Einstellung zu den Lasten der sowjetischen Vergangenheit zu befragen. Als Gast aus dem Westen wurde ich mit größter Zu-vorkommenheit behandelt, doch zu hören bekam ich immer dasselbe:

Wir haben genug von diesem Problem, wir sind seiner müde. Während der Perestrojka sei die Öffentlichkeit über sämtliche Verbrechen informiert worden. Das Thema sei erledigt, der Gegenstand erschöpft. "Laßt die Toten ihre Toten begraben".

Das Bibelzitat ist in jedermanns Munde, gilt es hier doch als alte russische Redensart. Heute gehe es darum, die Zukunft aufzubauen. "Die Vergangenheit liegt hinter uns".

So argumentiert nicht nur die politische Elite, auch Freunde im vertrauten Gespräch, nachts in der Küche weisen das Thema von sich. Es sei noch zu schwierig, hierüber zu sprechen, oder: Man habe gegenwärtig andere Sorgen. ...

Einer von ihnen, ein jüngerer Historiker, der mit gleichaltrigen Kollegen in Moskau verschiedene Quellenbände zum Stalinismus editiert hat, erklärt mir dies, daß der Schock über die kommunistischen Verbrechen während der Perestrojka durch die ganze Gesellschaft gegangen sei. Doch der romantische Aufbruch in ein besseres Morgen, in eine demokratische Zukunft, den die Perestrojka verheißen hatte, habe Revanche-Gelüste gegenüber der Nomenklatura (herrschende Klasse in der UdSSR bis 1989/91) erst gar nicht aufkommen lassen.

Erst als das erwartete Wunder der Reformen ausblieb, als sich die Umgestaltung der Sowjetunion als viel komplizierter und langwieriger als ursprünglich angenommen erwies, als 1993 die Demokraten das Weiße Haus stürmten und ein Jahr später den Krieg gegen Tschetschenien begannen, da sei vielen klargeworden, daß es keine wirkliche Alternative zur Vergangenheit geben würde.

Deswegen, so meint der Historiker Gennadij Bordjugow, sei die Gesellschaft in ihrer Einstellung zur Vergangenheit geteilt. Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit finde nicht statt, solange man selber in der Misere lebe.

Die meisten Russen, die ich auf die Vergangenheit ansprach, verstehen sich als Opfer. In ihren Augen haben sie selbst, die russische Nation, das größte Opfer gebracht, verglichen mit den anderen Nationalitäten und Volksgruppen des Sowjetreichs. Auch für die Angehörigen der

ehemaligen Sowjetrepubliken wie die Ukrainer oder Balten ist die Schuldfrage ebenso eindeutig: Die Verantwortlichen für das System waren die Russen, sie selbst die Opfer. Schuld hatten immer die anderen. Die Frage nach dem anderen in mir selbst wird nicht gestellt.

Kollektive Haftung für den mentalen und kulturellen Kontext, in dem die Massenverbrechen möglich wurden, gibt es in Rußland nicht. Man empfindet sich nicht als Erben des Geschehenen.

"In die Geschichte zurückkehren" lautet deshalb seit 1992 Alexander Jakowlews Devise. Gorbatschows langjähriger Berater für ideologische Fragen – Jakowlew war Mitglied des Politbüros – meint, daß der sowjetische Kommunismus keine Geschichte gehabt habe und keine Geschichte gewesen sei. Jakowlew selbst würde daher wohl am liebsten zu den Idealen der sozialistischen Internationale zurückkehren und dort neu ansetzen, wo diese, durch Krieg und Revolution, von einem kompromißlosen Herrschaftssystem überrollt wurden, die die Bezeichnung Geschichte nicht verdiene.

"Wir sind aus der Geschichte herausgefallen" lamentieren auch prominente Angehörige der Intelligenzija, womit sie sich von jeder Verantwortung reinwaschen. Die sowjetische Periode wird gleichsam aufgehoben – denn abschaffen, rückgängig machen, kann sie keiner. Auch wenn der von Jakowlew geleitete Demokratische Fonds einige Dokumentenbände zur sowjetischen Geschichte herausbringt (Kronstadt; Katyn GPU-NKWD) findet die Auseinandersetzung nicht statt.

So hielten es die Gründer der neuen, vom Staat unabhängigen Europäischen Universität in St. Petersburg nicht für nötig, in den Lehrplan für das Studium der russischen Geschichte auch die Periode nach dem Oktober 1917 miteinzubeziehen. Es bedurfte westlicher Stimmen im Verwaltungsrat, die dem sonst vorbildlichen Unternehmen die sowjetische Geschichte als Lehrfach geradezu aufdrängten.

Kollektive Schuld, kollektive Schande gibt es in Rußland nicht. Eine Öffnung der sowjetischen Geheimdienstakten, sagt der Moskauer Historiker Jakow Drabkin, hätte nur zu neuen "Säuberungen" geführt. Andere Gesprächspartner erinnern an den Bürgerkrieg, falls jemand damit beginnen sollte, in den Akten nach Schuldigen zu suchen. Man müsse die Denunzianten nicht kennen, höre ich von jungen Parlamentariern.

Freilich hatten sie fast alle, die heute wichtige Positionen im nationalen Parlament in Moskau oder in den regionalen Dumas einnehmen, ihre Karrieren im Komsomol, in der Gewerkschaft oder in der Partei begonnen. Der fast nahtlose Übergang in ihre neue Verantwortung als Demokraten stellt für sie kein Problem dar, weder ein politisches noch ein moralisches. Schon gar kein existentielles.

Wer in der Perestrojka in der Öffentlichkeit das stalinistische System mit demjenigen Hitlers verglich, der brauchte dafür ungeheuer viel Mut. Bezeichnenderweise waren es Literaten, Publizisten und Ökonomen, die als erster hierüber sprachen und schrieben. Die vom Staat angestellten Fachhistoriker hielten sich lange zurück.

Als dann vor kaum zehn Jahren die Archive, wenigstens teilweise, geöffnet wurden, konnte die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und dem Terrorsystem beginnen. Das vor allem von westlichen Historikern und russischen Dissidenten wie Roy Medwedew oder Alexander Solschenizyn zusammengetragene Wissen konnte endlich mit den Quellen verglichen werden. Der Prozeß der Wahrheitsfindung fordert vor allem russische Historiker heraus. ...

Wenig weiß man über die Formen von Gewalt und Terror. Wer waren die Täter? Wann wird von einer Gesellschaft die Rede sein dürfen, die nicht nur Opfer war? Vorerst fühlt sich der Großteil der Gesellschaft als Opfer; damit lebt es sich allemal besser, zumal alle von der "Zeit der Wirren" ("Smuta") ermüdet sind.

Auch die historische Analogie zum Zerfall des Moskauer Rußlands am Beginn des 17. Jahr-

hunderts bemüht man gern. Und überall ist der Ruf nach Stabilität und Ordnung vernehmbar; Stalin erscheint in der Erinnerung weniger als Verbrecher denn als jemand, der das Land zusammengehalten und für Ordnung gesorgt hat. Man beruft sich auf die Liebe zu "einem Rußland in Ordnung", und so entsteht eine Erinnerungskultur, die der zaristischen Autokraten gedenkt, weil sie doch einmal den starken Staat verkörpert haben.

Gewiß, Jelzin hat jetzt öffentlich Reue bekundet und für den 17. Juli einen Staatsakt angeordnet. Doch dieser gilt nicht den anonymen Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft, sondern dem Massaker an dem letzten Zaren und seiner Familie. Für die Reue über den Gulag ist es offenbar noch zu früh.

Zur Reue – pokajanie – wird die postsowjetische Gesellschaft auch von der orthodoxen Kirche aufgerufen – obwohl diese selbst niemals öffentliche Reue bezeugt und ihre Zusammenarbeit mit dem KGB eingestanden hat.

Die Gesellschaft "Memorial" ist die einstige Institution, die seit 10 Jahren die Opfer der Verfolgungen von den Zwanziger Jahren an namentlich zu erfassen sucht, Archivmaterialien sammelt, ihnen Denkmäler setzt. Sie wird jedoch vom Staat kaum unterstützt, und ihre finanziellen Mittel sind bescheiden. Auch wenn "Memorial" derzeit von inneren Zwistigkeiten aufgegeben wird, ermöglicht sie, unterstützt von Lehrern, Ärzten, Ingenieuren und Heimatkundlern, wertvolle Forschungen über die Opfer des Bürgerkriegs, der Hungersnot, der Entkultisierung, der Lager.

Nein, der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, daß sich die Gesellschaft nach ihrer Mittäterschaft fragt. Und vielleicht wird dieser Zeitpunkt auch nie kommen. Rußland lebt unter anderen Vorzeichen als Deutschland nach 1945 und wird nicht, wie seinerzeit Deutschland, von Siegermächten in Demokratie eingeübt.

Während der ersten Hälfte der mehr als siebzigjährigen Geschichte der Sowjetunion, bis zu Stalins Tod, gehörten Terror und Repression zur Tagesordnung. Und auch nach 1953 herrschte Unterdrückung, wenn auch in modifizierter Form. Diese "lange Zeit", die die Mentalitäten von Generationen prägte, läßt sich nicht mit 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur in Deutschland vergleichen. Im Unterschied zu Deutschland 1945 hat Rußland 1991 keinen Krieg verloren. Im Unterschied zu Deutschland 1989 hat Rußland seine ehemaligen Führungseliten behalten ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Juli 1998: >>**Sejm verurteilt Vertriebenenklärung des Bundestages**

... In ungewöhnlich scharfer Form hat das polnische Parlament am Freitag die Erklärung des Bundestages kritisiert. Die Resolution enthalte "Zweideutigkeiten" und "gefährliche Tendenzen", die nicht unwidersprochen bleiben dürften, heißt es in der nahezu einstimmig angenommenen Entschließung des Sejm weiter. Die Resolution diene "nicht der sich gut entwickelnden Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern".

In seiner mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommenen Erklärung hatte der Bundestag am 29. Mai bekräftigt, daß die Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Bonner Sicht völkerrechtswidrig war. Zudem forderte die Regierungskoalition, daß nach einem Beitritt Polens und Tschechiens zur Europäischen Union diese Länder auch den deutschen Heimatvertriebenen das Recht auf Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit einräumen müßten.

Die Entschließung der polnischen Abgeordnetenkammer spiegelt die wachsende Unruhe in Polen über etwaige deutsche Forderungen nach Rückgabe ihres ehemaligen Immobilienbesitzes wider. Polen sieht die Vertreibung nicht als völkerrechtswidrig, sondern als Resultat der Potsdamer Konferenz der Siegermächte von 1945 an. Die polnischen Grenze und Eigentumsrechte dürften auch bei einem Beitritt des Landes zur EU nicht angetastet werden. ...

In einer ersten Reaktion wies der Bund der Vertriebenen (BdV) die polnische Kritik zurück.

Damit habe der Sejm die Vertriebenen praktisch aus dem Versöhnungsprozeß ausgeschlossen, erklärte die BdV-Vorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach. Bundesaußenminister Klaus Kinkel müsse jetzt dazu Stellung nehmen. "Auf diese Weise wird Polen den Weg nach Europa nicht gehen können." Steinbach hatte gegenüber der polnischen Nachrichtenagentur PAP die Entschädigung von Heimatvertriebenen verlangt.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger, in der Fraktion für Polen zuständig, erklärte, bei dem Bundestagsbeschuß sei es um Niederlassungsfreiheit in Europa gegangen. Niemand wolle die Grenzen oder polnische Eigentumstitel in Frage stellen. Sollte es offene Fragen geben, "so werden sie in freundschaftlichem Geist gelöst".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1998: >>**Vertriebene zweifeln an EU-Reife Polens**

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat erneut die EU-Reife Polens in Frage gestellt.

Präsidentin Erika Steinbach kritisierte ... in Bonn die Zurückweisung einer Entschließung des Bundestages zum Thema Heimatvertriebene durch das polnische Parlament. "Sollte Polen bei dieser Haltung bleiben, dann ist es nicht reif für die Europäische Union", betonte Steinbach. Polen und Deutschland müßten sich vorher um eine Lösung der Vertriebenen- und Vermögensfragen bemühen, weil sonst die noch ungelösten Probleme in der EU wie ein "Eiterherd" wirken würden.

Es widerspreche dem europäischen Geist, wenn Polen nach seiner Aufnahme in die Europäische Union den deutschen Vertriebenen nicht einmal die selbstverständlich in Europa geltenden Rechte wie Freizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit einräumen wolle. "Es ist nicht hinzunehmen, daß der polnische Sejm die offenen Vermögensfragen jetzt plötzlich für unantastbar erklärt."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 1998: >>**Deutsches Steuer-geld in Rußland versickert?**

... Wie der Präsident des Steuerzahlerbundes, Karl Heinz Däke, erläuterte, hat das Innenministerium seit 1990 über 213 Millionen Mark an den VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) gezahlt, um die Lebensbedingungen von Rußlanddeutschen in den GUS-Staaten zu verbessern.

Knapp 22 Millionen Mark sind nach Ermittlungen des Bundesrechnungshofes ohne Beleg versickert. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juli 1998 über Spenden für die Oderflut im Jahre 1997: >>**130 Millionen für Flutopfer**

... Rund 130 Millionen DM haben Bundesbürger nach Angaben der Caritas insgesamt für die Opfer der Oderflut in Deutschland, Polen und Tschechien gespendet. ...

Nach Angaben von DRK-Generalsekretär Johann W. Römer wurden rund 10,36 Millionen DM für Hilfsprojekte in Deutschland, 31,48 Millionen DM für Hilfen in Polen und fast 30 Millionen DM in Tschechien verwandt. ...

Die Caritas, die insgesamt 23,1 Millionen DM Hilfe zur Verfügung hatte, gab rund 90 % der Spenden in Polen und Tschechien aus. ...<<

Joachim Gauck (später deutscher Bundespräsident) schrieb am 30. Juli 1998 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/227-231): >>Für die deutsche Ausgabe des "Schwarzbuches des Kommunismus" hatte der Verlag einen Beitrag von mir erbeten.

Nach einigem Zögern entschloß ich mich, dieser Bitte zu folgen. Allerdings wollte ich einen eigenen Schwerpunkt setzen. Ich stellte ihn unter die Überschrift "Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung". So geriet ich in Debatten und Kontroversen um das Buch und in sehr unterschiedliche Podiumsdiskussionen in Hamburg, Berlin und Dresden.

Hatte ein Teil der Rezensionen schon eine erstaunliche menschliche Kälte gegenüber den Op-

fern kommunistischer Herrschaft gezeigt, möglicherweise erwachsen aus dem "Elend linker Immunisierungsversuche" (so Christian Semler in der taz), so war noch häufiger von Fehlern und Ungenauigkeiten der Autoren zu lesen. Auch hörte ich in mehreren Podiumsdiskussionen von Professoren den Hinweis, der in der Besprechung des Buches von Manfred Hildermeier (ZEIT Nr. 24/98) lautete: "Dem Kenner sagt das meiste wenig Neues."

Aber erstens sind nur wenige Zeitgenossen Kenner, und zweitens müssen die Kenntnisse der Kundigen und Kenner einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. ...

Ich habe an dieser Stelle bislang auf die erkenntnisbegrenzende Wirkung des Lagerdenkens hingewiesen, von dessen Hartnäckigkeit im liberalen Westen ich überrascht war. Aber inzwischen vermute ich, daß es daneben tiefere und wirksamere Ursachen für unsere Wahrnehmungsdefizite gibt. Wenn ich die Heftigkeit der Ablehnung, die emotionale Kälte einiger Kritiker oder das "ganze Arsenal von Argumenten" zur Verwischung der Spezifik der kommunistischen Verbrechen einiger Altlinker (so Richard Herzinger in der ZEIT Nr. 27/98) vor Augen halte, frage ich nach den tieferen Gründen für die Abwehr.

Vordergründig wird ja die Gleichsetzung von Nazi- und kommunistischer Diktatur abgelehnt. Diese Gleichsetzung wird zwar im "Schwarzbuch" nicht vollzogen. Aber jeder Kommunistkritiker kennt den Gestus der heftigen Abwehr schon aus anderen politischen Debatten (es gibt die bössartige wie die wohlmeinende Variante).

Manchmal beschleicht mich der Verdacht, es ginge dabei um mehr. Etwa um die Rettung eines Weltbildes. Dies fällt mir ein, wenn ich zum Beispiel sehe, daß in Italien Noberto Bobbio, wahrlich eine linke philosophische Autorität, das "Schwarzbuch" positiv rezipiert, die Hauptthesen übernimmt und die Unrechtstaten des Kommunismus und Faschismus/Nationalsozialismus nebeneinanderstellt. Für ihn gibt es keine mildernden Umstände für die kommunistischen Greuel, die uns hierzulande doch so oft angeboten werden - der Kommunismus habe aber doch die bessere Idee gehabt. Ein Mord "ist ein Mord, Terror bleibt Terror, und damit basta".

Die deutsche Debatte weist eine derartige Klarheit höchst selten auf. Zu tief sitzt die Angst, ein intellektuelles und moralisches Tabu zu verletzen. In der Nach-68-Ära hat der westliche Teil der Nation die großen Weigerungen erkannt und verworfen, die die Nachkriegsdeutschen prägten. Nach 68 wollte man nicht mehr unfähig sein zu trauern, nicht mehr deutsche Schuld durch die Betonung deutschen Leides bannen, wollte man Verantwortliche benennen und bestrafen. Und: Je jünger man wurde, desto heftiger fiel die Verwerfung der Schuld der Väter aus.

War in früheren Jahrzehnten die Heftigkeit patriotischer Gesinnung ein Ausweis staatsbürgerlicher Qualität, so wuchs nach 68 die Bereitschaft, das deutsche zivilisatorische Versagen und die Blutschuld ins Zentrum der Bewußtheit zu rücken. Was als aufklärerisches Tun begann und zu einer nachholenden geistigen Befreiung der Deutschen führte, was so die zivilen Grundlagen dieser Gesellschaft sicherte, verfestigte sich in bestimmten Kreisen zu einem rituellen Antifaschismus, der weniger daran interessiert war, an die Leiden der Opfer zu erinnern, als den innenpolitischen Gegner zu diskreditieren.

Später kritisierte Arnulf Baring eine "Dauerzerknirschung" der Deutschen, zuvor war Hermann Lübke ein "Sündenstolz" der Deutschen aufgefallen. Enthält vielleicht die immerwährende Zerknirschung ein magisches Element, das die Schuld des immer wiederkehrenden Wegsehens "bannen" soll? Erst wurden die Nazis nicht in ihrem Wesen wahrgenommen, nach dem Krieg zunächst deren Opfer nicht, statt dessen die Mängel der Sieger und die Greuel des Kommunismus. Später übersahen andere Wesentliches am Kommunismus, und man verlor folgerichtig das Interesse an den Opfern der herrschenden Kommunisten.

Als "Sozialismus" wurde er für manche gar zu einer gesellschaftlichen Alternative des "Kapitalismus", wie man die parlamentarische Demokratie nun oft nannte. Aus dem Erschrecken

darüber, daß in diesem Land "ganz normale Männer" zu Mördern und ganz normale Kinder, Frauen und Männer zu Opfern geworden waren, wurde ein fixiertes Wissen um die Einmaligkeit der Deutschen. Eine negative Einmaligkeit zwar. Aber die Psychologen werden schon erklären können, daß das Besondere und Einmalige, auch wenn es negativ ist, eine magische Anziehung hat. Es gibt möglicherweise einen Gewinn aus böser Einmaligkeit.

Sind wir die Mördernation par excellence, sind der Judenmord und die deutschen Kriegsgreuel einmalig - und um Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit wird ja fortwährend gerungen -, dann existiert so etwas wie ein weltgeschichtlicher Tiefpunkt, ein fester Punkt. Leicht allerdings kann derjenige, der sich so ex negativo definiert, sich und seiner Umwelt nur raten, nehmt mich, uns Deutsche, nicht in die Verantwortung.

Politische Enthaltbarkeit ist für den Erben des Weltungeheuers die höchste Tugend. Bereitschaft zum Engagement sollte von mir nicht gefordert werden, nicht einmal für das Humanum. So erklärt sich zum Beispiel die Forderung dieser Kreise nach Enthaltbarkeit im Falle Bosnien und anderer Krisenherde, an denen wir um der Menschenrechte der Gepeinigten und Ermordeten eingreifen müßten.

Neben diesem Gewinn, der erlaubte Distanz genannt werden kann, mag für andere ein Gewinn darin bestehen, Geschichte wieder berechenbarer zu verstehen. Will in postmoderner Zeit niemand mehr Auskunft geben über Ursprung und Ziel der Geschichte, so wird dann ein negativer Fixpunkt im Durcheinander der Individual- und Völkergeschichte zum Beginn eines neuen Koordinatensystems der Geschichte. Wer den absoluten Tiefpunkt der Geschichte kennt, dem wird vielleicht irgendwann auch wieder das gesetzmäßige Ziel der Geschichte erscheinen.

Das religiöse Bewußtsein hat sein sicheres Wissen um das Summum bonum, Gott, verloren. Die Reich-Gottes-Verheißung irrt durch die Lande - heimatlos. Das sozialistische Bewußtsein hat seine lange behauptete Zielsicherheit eingebüßt. Aber Christen, Sozialisten und anderen Suchenden wird der Verlust des hohen Zieles der Geschichte erträglicher, wenn es den einen tiefen Abgrund wirklich gibt. Deutungshunger und Sinnsehnsucht sind vermutlich den Heutigen mindestens so zu eigen, wie den Generationen, die in vormodernen Zeiten lebten.

So verbirgt sich im Kampf um die Absolutheit des Tiefpunktes der Geschichte wohl auch ein religiöses Element. Oder vorsichtiger ausgedrückt: eine Sehnsucht der Postreligiösen, die der Dimension der Erlösungssehnsucht der Religiösen entspricht. So jedenfalls würde die Grundsätzlichkeit und Heftigkeit der Geschichts- und Geschichtspolitikdebatten verständlicher. Ein Teil der Debatten und Strategien jedenfalls deutet mehr auf den Bereich Glaubenskampf oder -krieg hin, verläßt zeitweilig das Terrain der Rationalität. Deshalb werden uns manche Attitüden und Kontroversen von heute morgen wieder begegnen.

Sollte es so sein, kann ich mir auch die oft so große Wirkungslosigkeit der Boten erklären. Jener, die das Innerste gesehen hatten, das, ob zu Zeiten von Mord und Terror oder zu Zeiten der "modernen Diktatur", immer ein Angriff auf das Humanum war. Sie hatten bekannte und unbekannte Namen, aber immer eigene Wahrnehmungen, die sie von ihren Herren trennten. Sie hießen Silone oder Regler oder Koestler, Sperber, Grossmann oder Solschenizyn oder Bukowski und sagten ihren Zeitgenossen, wie es eigentlich ist.

Nur trafen sie überall auf Kundige, die es besser wußten. Sicher ging es nicht allen so wie Jan Karski aus Polen, der in anderem historischen Kontext 1942 den Alliierten Beweise über Hitlers Taten und Pläne bezüglich der Juden brachte. Man konnte ihm einfach nicht glauben.

Überhaupt benutzen die Boten nicht immer die richtigen Wörter, neigen dazu, ihr Wissen absolut zu setzen. Einmal ist der Bote zu akademisch, ein andermal zu simpel. Dann ist er oft persönlich zu sehr verwickelt oder zu weit von der Sache entfernt. Das Pech der Boten ist, daß ihre Botschaften oft nicht zu den Systemen der Kundigen passen. Das aber macht die Boten so wichtig, daß sie Zeugen sind.

Ihr Zeugnis wehrt der Weltsicht der Ängstlichen wie der Kundigen. Wo die einen resigniert haben, haben die anderen definiert, und in beiden Fällen wären die Nachrichten der Boten Anlaß, Wissen und Haltungen zu ändern. Und eben dieser schweren Aufgabe möchten wir in der Regel so lange wie möglich ausweichen.

Manfred Hildermeier fragt am Ende seiner Besprechung, wem "die verquere Logik" dienen könne, daß kommunistische Verbrechen "Auschwitz in den Schatten stellten". Aber die Botschaft aus dem Inneren der totalitären beziehungsweise diktatorischen kommunistischen Regime lautet nicht: Unsere Schreckensnachrichten stellen den vorigen Schrecken in den Schatten. Sie stellen neben das vorige Erschrecken ein neues.

Ralph Giordano sagte es, in seinem Ostpreußenbuch 1994, so: "Schluß damit, die Ermordeten der beiden größten historischen Gewaltssysteme zu Rivalen zu degradieren - sie waren es weder zu Lebzeiten noch im Tode."

Die Botschaft lautet: Es gibt keine Sicherheit. Nach und neben dem größten Zivilisationsbruch für uns Deutsche werden Russen und Kambodschaner ihren Tiefpunkt der Geschichte möglicherweise anders definieren. Dies Zeugnis ist ernst zu nehmen, nicht zu relativieren. Es geht also nicht um einen neuen Schatten für alles Unrecht, sondern um neues Licht für anderes Unrecht.<<

Das Wirtschaftsmagazin "Berliner Merkur" berichtete im Juli 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/218-226): >>Der letztes Jahr verstorbene Historiker Francois Furet – berühmt für seine kritische Auseinandersetzung mit dem Mythos der Französischen Revolution – legte 1995 sein fulminantes Werk über die Faszination der kommunistischen Idee in diesem Jahrhundert vor.

Es wurde binnen kürzester Zeit in Frankreich ein Bestseller und eröffnete aufs neue die Debatte über die Vergleichbarkeit von Faschismus beziehungsweise Nationalsozialismus und Kommunismus, über die Wechselwirkungen und Bedingungsverhältnisse totalitärer Ideologien und ihrer politischen Folgen.

Furet vertritt in seinem Werk die These von der "konfliktuellen Komplizenschaft" der Nazis und der Kommunisten; ihr Verhältnis sei komplementär und von Rivalität gezeichnet. Er sieht im Kommunismus und Nationalsozialismus zwei feindlich-verwandte Ausgeburten des Ersten Weltkrieges und des bürgerlichen Selbsthasses; beider Feind ist die Demokratie.

Selbst in seiner Jugend vom Kommunismus fasziniert, kündigte er 1954 seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei auf.

Gleich zu Anfang des Werkes findet sich eine ausführliche Anmerkung des Autors, die Ernst Nolte als Kronzeugen des Historikerstreits gewidmet ist:

"Seit zwanzig Jahren, vor allem jedoch seit der Auseinandersetzung über die Interpretation des Nationalsozialismus, die im Jahr 1986/87 die deutschen Historiker entzweite, wurde Ernst Noltes Auffassung in Deutschland und im gesamten Westen derart einhellig verdammt, daß sie mir eines besonderen Kommentars würdig erscheint.

Ihm kommt unter anderem das Verdienst zu, bereits sehr früh das Verbot eines Vergleichs von Kommunismus und Nazismus durchbrochen zu haben ... In Wahrheit verhindert das Veto gegen solche Ansatzpunkte eine Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus; es entspricht im historischen System der Wirkung, die der Antifaschismus sowjetischer Prägung im politischen System hatte. Indem er die Kritik am Antifaschismus verbietet, verhindert dieser Typus historiographischen Antifaschismus auch das Verständnis des Faschismus." ...

Neben dem renommierten Kommunismusforscher Courtois waren fünf weitere Historiker, die in Fachkreisen hohes Ansehen genießen, an dem Werk beteiligt. Auf rund 900 Seiten liefern die Autoren erstmalig ein umfassendes Kompendium über die Verbrechen, die in diesem Jahrhundert im Namen des Kommunismus begangen wurden. Ihre weltweite Opferbilanz beläuft sich auf 80 bis 100 Millionen Menschen, die mit dem Leben bezahlt haben: durch Ge-

nickschuß oder Kampfgas, während der Zwangsarbeit oder der Deportation und Vertreibung, anlässlich politisch geplanter Hungersnöte und auf Todesmärschen.

Akribisch rekonstruieren die Autoren zum Teil auf der Grundlage neuen Archivmaterials, daß der Terror nicht erst mit Stalin begann, sondern seine Wiege die Oktoberrevolution selbst war. An der aufgeführten Opferbilanz bestehen in Fachkreisen keine Zweifel. Der Streit entzündete sich vielmehr daran, ob Nationalsozialismus und Kommunismus in ihren Ideologien und ihrer Gewaltherrschaft vergleichbar seien. ...

In seinem provozierenden Vorwort des "Schwarzbuchs" plädiert Courtois für den Vergleich von Hitlers "Rassen-Genozid" und Stalins "Klassen-Genozid"; die Gemeinsamkeiten seien größer als die Unterschiede. Er spricht von einer verbrecherischen Dimension, "die für das gesamte kommunistische System charakteristisch war, solange es existierte. ... Die kommunistischen Regimes haben das Massenverbrechen zu einem wahrhaften Regierungssystem erhoben, um ihre Macht zu begründen."

In der Analyse dieser Verbrechen verwendet Courtois Begriffe, die er der juristischen und historischen Bewältigung des Nationalsozialismus entlehnt. Viele dieser Massenverbrechen entsprechen allen Kriterien der "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", wie sie für die Nürnberger Prozesse formuliert wurden. ...

Im linken Lager brach nach Erscheinen des Buchs erwartungsgemäß ein Sturm der Entrüstung los. ... Der ehemalige Chefredakteur der kommunistischen Humanité, Roland Leroy, hielt in einer Fernsehsendung Courtois entgegen: "Am Anfang des Nationalsozialismus war der Haß auf die Menschen, am Anfang des Kommunismus war die Liebe zu den Menschen." ...

Unter den Verteidigern des Schwarzbuchs finden sich viele ehemalige Linke, die vor Jahrzehnten mit ihrer kommunistischen Vergangenheit gebrochen haben. Unter dem Titel "Lenin retten?" verteidigte Laurent Joffrin, Chefredakteur der Tageszeitung "Libération", die These der Schwarzbuchautoren, das Verbrechen sei bereits im Herzen des kommunistischen Projekts angelegt.

Den Kritikern, die nicht müde werden, in der Debatte auf die Verbrechen des Kapitalismus hinzuweisen, hielt er entgegen, damit die kommunistischen relativieren zu wollen. "Der Kommunismus an der Macht hatte klar zu identifizierende politische Ziele und Zwecke, vereinigt unter einem Banner, und ein und derselben Strategie, Ideologie und Organisation. Seine Opfer sind alle freiwillig dem Altar derselben Revolution erbracht worden, durch direkte Massaker oder Hungersnöte.

Der Kapitalismus ist aber ein ökonomisches System. ... Es gibt keine kapitalistische Partei, keine kapitalistische Fahne, keine kapitalistische Tscheka. Die "Verbrechen des Kapitalismus" sind von Liberalen, von Monarchisten, von Radikalsozialisten, von den Nazis, von den Faschisten oder wem auch immer begangen worden." ("Libération", 17. Dezember 1997).

Die Bolschewiken kombinierten ihre militärische Parteiorganisation mit einem utopischen Projekt der Umwandlung der Gesellschaft, das sie gewaltsam gegen die Gesellschaft durchsetzten, bis hin zum Massaker. Ohne diese Verbrechen hätten die Bolschewiken ihren Plan einer totalen Reorganisation ihrer Gesellschaft nicht ins Werk setzen können. So gesehen waren die Verbrechen in der Utopie angelegt. ...

Bernard-Henri Lévy hob in "Le Point" (13. Dezember 1997) die Notwendigkeit eines Vergleichs beider Totalitarismen hervor und warnte vor dessen Verbot auf seiten der Linken. "Am Anfang steht das löbliche Bemühen, die Singularität von Auschwitz zu wahren. Und am Ende gibt es ein komisches Ding, das, wenn es nicht mehr zur Geschichte der Menschheit gehört, ins Reich des absoluten Bösen, Obskuren, auch Zweifelhaften abdriftet. Das jüdische Leiden wird undenkbar. Es entzieht sich dem Diskurs und wird zum Mythos." ...

Bereits 1986, anlässlich des deutschen Historikerstreits hielt Jorge Semprun der deutschen Linken entgegen: "Wer vom Stalinismus nicht reden will, der sollte vom Faschismus schweigen."

Semprun attackierte damit einen weitreichenden Konsens der Linken: nämlich mit dem beschwörenden Rekurs auf die Einmaligkeit von Auschwitz jeglichen Versuch zu unterbinden, Nationalsozialismus und Kommunismus, rechten und linken Totalitarismus zu vergleichen.

Der Historiker Ernst Nolte entfachte den damaligen Streit mit seiner These, Hitlers Rasenmord sei eine Folge des Stalinschen Klassenmords gewesen, das heißt die "linken" Verbrechen seien den "rechten" ursächlich vorausgegangen. ...

... Die Gegner Noltens waren – drei Jahre vor der Wiedervereinigung – auch Verteidiger der deutschen Teilung. Unterschwellig lag in ihrer Argumentation eine selten ausgesprochene Prämisse: die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands als Strafe für Auschwitz. Die Hinnahe der Mauer war sozusagen das Sühneopfer für die deutschen Menschheitsverbrechen, konstatierte Heinrich-August Winkler.

Bis heute noch scheint die Ausblendung beziehungsweise Verharmlosung der Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, identitätsstiftende Klammer im linken Diskurs zu sein: in der Figur des Antifaschismus. Daran haben der Zusammenbruch des Kommunismus und die Öffnung der Archive, die heute den Blick in seine Abgründe ermöglichen, kaum etwas geändert.

In einigen deutschen Reaktionen auf den französischen Historikerstreit scheint die alte Lagermentalität wieder aufzuleben. Stéphane Courtois wird ebenso wie vor ihm Francois Furet in die Nähe von Ernst Nolte gezerrt. Beharrlich verwechselt man den historischen Vergleich zweier totalitärer Systeme – der ja notwendig ist, um ihre jeweilige Besonderheit und Einmaligkeit herauszudestillieren – mit deren Gleichsetzung.

Für eine auf die Singularität nationalsozialistischer Verbrechen mühsam aufgebaute negative deutsche Identität hat das "absolute Böse" nur einen Ort: Auschwitz; eine Identität, die ihre eigene Brüchigkeit ahnt und deshalb diese Ausschließlichkeit um so vehement verteidigt.

... Der gerade von französischen Historikern ins Land getragene Streit sollte das lange Zeit beschworene deutsche Monopol auf das absolut Böse entmachten und den Blick darauf europäisch vergleichend öffnen. Dies wäre der Analyse, dem Verständnis und der Erinnerung an das Jahrhundert totalitärer Gewalterfahrung zuträglicher.<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Juli 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>**Der Medienkampf gegen Religion, Kirche und christliche Wertordnung**

Der chinesische Philosoph Hsün-tsu (häufig als Sun Tsu wiedergegeben) stellte etwa 500 v. Chr. folgende "Regeln für die politischpsychologische Subversion" auf, die nach dem Urteil von General Gehlen, dem langjährigen Chef des BND noch heute nahezu unverändert und uneingeschränkt gültig sind, wenn man sie der Formulierungen entkleidet, die den Besonderheiten ihrer Zeit entsprechen. Es heißt bei Sun Tsu:

"Die höchste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf auf dem Schlachtfeld zu brechen. Nur auf dem Schlachtfeld ist die direkte Methode des Krieges notwendig; nur die indirekte kann aber einen wirklichen Sieg herbeiführen und festigen. Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist! Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen; unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen; gebt sie der öffentlichen Schande vor ihren Mitbürgern preis! Nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen!

Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen! Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes! Fördert die Jungen gegen die Alten! Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstungen, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte! Entwertet alle Überlieferungen und Götter!

Seid großzügig mit Angeboten und Geschenken, um Nachrichten und Komplizen zu kaufen! Bringt überall geheime Kundschafter unter! Spart überhaupt weder mit Geld noch mit Ver-

sprechungen, denn es bringt hohe Zinsen ein."

Wenn man sich an das Wort von Sigmund Freud erinnert: "Der Verlust der Scham ist der Beginn des Wahnsinns", wird deutlich, warum destruktive Kräfte in unserer Gesellschaft den Pansexualismus fördern.

Es ist nicht zu übersehen, daß hierzulande die Freiheit weitgehend pervertiert ist. Artikel 5 (1) unseres Grundgesetzes bestimmt:

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ..."

In Absatz (2) heißt es: "Die Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze ..."

Jedermann, der die Zeit der braunen oder roten Diktatur erlebt hat, wird dieses Grundrecht vorbehaltlos begrüßen, ist es doch für eine freiheitliche demokratische Staatsordnung "schlechthin konstituierend", wie das Bundesverfassungsgericht sagt (BVerfGE 20, 97).

"Meinungsmache gegen die Kirche hat Konjunktur in Deutschland. Kaum eine Talkshow oder Gazette, die sich den Unentwegten unter den Kirchenkritikern nicht schon als Forum angeeignet hätten.

Kirchensteuer, Zölibat und Drewermann auf allen Kanälen, Enthüllungsbücher auf den Bestsellerlisten. Vergleichbares an öffentlichen Schmähungen kirchlicher Amtsträger, aber auch Verhöhnung und Veralberung christlicher Glaubensinhalte, Gebote und Riten findet nur, wer bis in die dreißiger Jahre zurückgeht.

Im "Stürmer"-Stil wettete zum Beispiel der sozialdemokratische Pressedienst "ppp" am 23.6.92, die "verbale Exzesse" der "Oberpriester" und "klerikalen Fundamentalisten" Meisner, Lehmann und Dyba gegen den Bundestagsbeschluß zum Paragraphen 218 seien ein "Affront", der "Grundfragen der demokratischen Verfassung berührt".

Die "bedauerliche Tatsache, daß die Kirche aus Steuermitteln finanziert wird, macht sie noch nicht zu einer demokratischen Institution. Die mittelalterlichen Kostüme und Requisiten, in denen die Oberhirten stolzieren, sind ... weder ein Ausweis für ein Mandat noch für staatsmännische Weisheit, höchstens für patriarchalischen Starrsinn und Hochmut. Im demokratischen Rechtsstaat müsse 'der Kircheneinfluß auf die Gesetzgebung so gering wie möglich bleiben'."

Mit diesen Worten leitet Andreas Pittmann im "Rheinischen Merkur" vom 2.7.93 eine Untersuchung über Religion in der Gesellschaft ein. Hat er zu schwarz gesehen, stark übertrieben oder ist an seinen Feststellungen zumindest "etwas dran"? Nun, wer Presse, Rundfunk und Fernsehen in den letzten Jahrzehnten aufmerksam verfolgt hat, muß den Beobachtungen Pittmanns zustimmen.

Vom Guten Geschmack und der Freiheit der Kunst

Die seit Jahr und Tag in verschiedenen Medien zunehmende und sich ständig steigende Stimmungsmache, ja Hetze gegen die Kirchen, bezeichnete der damalige bayerische Innenminister Edmund Stoiber im Juni 1988 als "Alarmsignal".

Offenkundig handelt es sich nicht um ein rein innerkirchliches Problem, sondern um eine Frage, die von einschneidender Bedeutung für unsere ganze Gesellschaft ist. Wenn insbesondere die katholische Kirche im Fadenkreuz der Angriffe steht, dürfte dies vor allem daran liegen, daß sie noch immer wesentlich fester gefügt ist als die evangelische. Zudem sind in Papsttum, Hierarchie und in ihrem im allgemeinen noch geschlossenen Lehrgebäude die Angriffsziele deutlicher auszumachen.

Aber nicht nur die Kirche als Institution und ihre offiziellen Vertreter werden immer wieder attackiert, sondern inzwischen häufen sich auch massive Angriffe auf Christus, die jegliches Mindestmaß an Anstand und Respekt vor den religiösen Überzeugungen der Gläubigen vermissen lassen. Angehörige nichtchristlicher Religionen begegnen christlichen Glaubenswahr-

heiten bisweilen mit einer Ehrfurcht, die vielen Medienleuten fremd ist.

So protestierte etwa der Islamische Weltkongreß in seinem Zentralorgan "The Muslim World" gegen Herstellung und Verbreitung des seinerzeit in Dänemark geplanten Films "Das Liebesleben des Jesus Christus": "Dieser Film ist eine einzige Herabwürdigung des erhabenen Charakters des Jesus von Nazareth" (Die Welt, 17.9.73).

Und während in mehreren nichtchristlichen Ländern z.B. in Indien und Israel "Die letzte Versuchung Christi" verboten wurde, war sie bei uns im Zeichen der Freiheit der Kunst in den Kinos zu sehen. Als sich in Biberach Gläubige vor dem Kinoeingang zum Sühnegebet einfanden - es gab keinerlei Gewalt und niemand wurde am Betreten des Kinos gehindert - schimpfte eine Fernsehjournalistin bei ihren Kollegen über die Beter:

"So fängt's an – und bei den Hexenverbrennungen endet es. Ich bin entsetzt."

Vor Jahr und Tag strahlte die ARD ein Spottgedicht auf das "besoffene Christkind" aus. In der Sendung "Pink" durfte Udo Lindenberg das Kind von Bethlehem ungestraft als "Sensationsfratz" verhöhnern. Und wer die "Karikaturen" der Berliner "taz" zum Weihnachtsfest 1988 gesehen hat, kann über den geradezu satanischen Haß gegen den Erlöser des Menschengeschlechts nur zutiefst erschrecken.

Ist es eigentlich noch keinem dieser "Künstler" in den Sinn gekommen, daß seine "Witze" und "Gags" den Sudel- und Hetzblättern der Nazis wie "Das Schwarze Korps" und "Der Stürmer" zum Verwechseln ähnlich sehen? Damals ging es gegen die "Dunkelmänner", heute handelt es sich vielfach um einen Aufstand gegen Gott und seine Kirche mit erhobener Faust.

Wenn auf dem Berliner "Gag-Festival" 1965 der Papst als Esel im Stall von Bethlehem zu sehen war, Kleriker als Fledermäuse oder Vampire mit Krallen, Prälaten, die gierig ein Kreuzifix fressen und geil nach nackten Nonnen schauen, während der Gekreuzigte augenzwinkernd zuschaut, so erinnert dies an die braunen Schmutzblätter. Aber ein gekreuzigtes Schwein auf Golgatha – so etwas gab es nicht einmal im Dritten Reich.

Am 18.4.1987 befaßte sich die "taz" unter der Überschrift "Gourmands und Gourmets - Gut abgehangen am Kreuz ist er allgegenwärtig. Zum Osterfest einige Tips, was etwas kultivierte Küchen daraus machen würden", mit der Geschichte des Kannibalismus. Dem Beitrag wurden die Einsetzungsworte Jesu beim Letzten Abendmahl vorangestellt.

Von verschiedener - auch nichtchristlicher Seite - wurde gegen die Verantwortlichen Strafantrag gestellt - vergebens. Die Staatsanwältin erklärte, die Freiheit der Kunst sei nicht grenzenlos, sondern werde durch die Grundrechte der Religionsfreiheit und der Menschenwürde eingeschränkt. Hier handele es sich nicht mehr um eine Satire, sondern das religiöse Empfinden der Gläubigen werde in den Schmutz gezogen. Dagegen meinte das Gericht, der inkriminierte Artikel sei nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Der Tatbestand einer Religionsbeschimpfung sei nicht verwirklicht. Ist dies eigentlich erst dann der Fall, wenn gegen diese Art von "Satirikern" Morddrohungen à la Khomeini ausgestoßen werden?

Auf dem Hintergrund der Berliner Gerichtsentscheidung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 24.5.88 von Interesse. In ihm heißt es, weder die Beschlagnahme obszöner Gemälde noch die Verurteilung des Künstlers bzw. Ausstellers wegen unzüchtiger Veröffentlichungen verstoße gegen die Freiheit der künstlerischen Äußerung (Art. 10 der Menschenrechtskonvention).

Dieses Urteil macht Mut, nicht jede Verunglimpfung des christlichen Glaubens oder der Kirchen - an Juden und Moslems traut man sich vorsichtshalber nicht ran – widerspruchslos hinzunehmen, sondern sich gegen die geistigen Umweltverschmutzer in Presse, Rundfunk, Fernsehen und auf der Bühne entschlossen zur Wehr zu setzen. Eine wehrhafte Demokratie darf nicht dulden, daß unter dem Deckmantel der Freiheit von Kunst und Presse Millionen Andersdenkende tyrannisiert werden. Sonst verkommt sie zum Nachtwächterstaat und schaufelt sich letztlich das eigene Grab.

In jüngster Zeit gab es einen Hoffnungsschimmer: Das Kölner Amtsgericht verurteilte den Regisseur der alternativen Karnevalsveranstaltung "Stunksitzung" zu einer Geldstrafe von 6.000 DM, weil er in einer Sitzung ein Kruzifix zeigte, auf dem der Schriftzug INRI durch "Tünnes" ersetzt worden war. (Dewezet, 30.6.93)

Hexen und Morden

In vorderster Front gegen die verhaßte Kirche steht der "Spiegel". In seiner Nr. 51/1987 heißt es im Kommentar "Die Abtreibung ein Stellvertreter-Krieg":

"Wenn die christliche Kirche, korrupt wie alles Menschenwerk, die Menschen zu deren Unglück manipuliert; wenn die römische Kirche Politik zum Schaden der Menschheit treibt, ... wie sollte ein von ähnlichen Ignoranten gewählter Papst, dem die Disziplinierung seines weltweiten Imperiums immer noch das Wichtigste war, über die moralischen und psychischen Probleme einer Kindesabtreibung autoritäre Aussagen machen? ... Die christliche Kirche, man vergißt es immer wieder, hat durch all die Jahrhunderte wenig Respekt vor dem bereits geborenen Leben gezeigt. Sie hat selbst in einer Weise gemordet und morden lassen, die den Verbrechen des 20. Jahrhunderts immerhin nahekommt."

Vielleicht waren es Passagen dieser Art, welche die Moderatorin Lea Rosh, inzwischen Leiterin des Funkhauses Hannover, in den von ihr kräftig manipulierten Talkshows vom 20.1. und 10.2.89 "Freitagnacht - Kirche adieu - Die Lust der Christen und der Frust der Kirchen" zu ihren gewohnt gehässigen Ausfällen gegen die katholische Kirche animierten, die mit der geschichtlichen Wahrheit wenig zu tun hatten.

Die Äußerungen der Berliner Pastorin Helga Frisch, sie "habe mit Vergnügen gelesen, daß im 11. Jahrhundert, als das Zölibat eingeführt wurde, die Priester sogar mit der Ermordung des Erzbischofs gedroht und den Nuntius umgelegt haben. Ich wundere mich, daß die Priester heute nicht mal so ein paar ähnliche Maßnahmen ergreifen", quittierte sie mit Lachen.

"Ganz nebenbei" ließ sie einfließen, die katholische Kirche solle das Wort Menschenrecht nicht in den Mund nehmen. Neben ihrer Mitschuld am Massenmord an den Juden habe die Kirche allein eine Million Frauen als Hexen verbrannt.

Da solche dummdreisten Behauptungen immer wieder aufgetischt werden, mag es hilfreich sein, hierauf einmal etwas näher einzugehen.

Zum Komplex der Judenverfolgung möchte ich noch etwas ausdrücklich sagen, zumal der Vatikan erst kürzlich ein Dokument über die Shoah veröffentlicht hat. 1968 war ich zum ersten Mal in Yad Vashem, dem weltweit größten Dokumentationszentrum über die Judenverfolgung. Der Abteilungsleiter für Bayern sagte mir:

"Aus meiner langjährigen Arbeit kann ich sagen: Es gab nur 2 wirkliche Gegner des Nationalsozialismus: die Kommunisten und die katholische Kirche". Wenngleich dies sicher etwas überspitzt ist, trifft es doch weitgehend zu. Die katholische Kirche hat nach dem sorgfältig recherchierten und gut belegten Buch des jüdischen Historikers und Theologen Pinchas E. Lapide, der im vergangenen Jahr gestorben ist, "Rom und die Juden" unter Pius XII. wenigstens 700.000, wahrscheinlich aber sogar 860.000 Juden vor dem sicheren Tod gerettet, weit mehr als alle anderen Kirchen, religiösen Einrichtungen, das Internationale Rote Kreuz und die westlichen Demokratien zusammengenommen. (S. 188)

An dieser Rettungsaktion haben deutsche Katholiken ihren Anteil. Thomas Mann und Max Horkheimer, beide nicht gerade Freunde der katholischen Kirche, ließen nach 1945 untersuchen, wer den Juden in Deutschland am meisten geholfen hat. In einem Spiegel-Interview des Fernsehens zeigten sie sich überrascht, "daß gläubige Katholiken die größte Bereitschaft zeigten, den Verfolgten zu helfen." Für Juden gab es katholische Hilfsstellen in Berlin, Hamburg, Freiburg. Die größte Hilfsstelle befand sich in Wien, das ja damals zum Großdeutschen Reich gehörte und über 4.000 Juden betreute. Über das im vergangenen Jahr noch einmal aufgelegte Buch von Lapide urteilt "The Jewish Chronicle", London:

"Hier handelt es sich nicht um eine Reinwaschung, sondern um eine wesentliche Berichtigung zum "Stellvertreter" von Rolf Hochhuth ... Lapides Beweisführung scheint mir schlüssig ... Hätten denn Papst Pius XII. und seine Kirche überhaupt mehr tun können?"

Was ist mit der Million Hexen, die der Mordlust der katholischen Kirche zum Opfer gefallen sein sollen? Der "Spiegel" gab in seiner Ausgabe vom 22.10.84 ihre Zahl mit 6 Millionen an. Hans Küng, der sich nach Entzug der Lehrerlaubnis verstärkt gegen die Kirche ins Zeug legt, brachte es in einem Artikel der "ZEIT" (4.10.85) gar auf stolze 9 Millionen. Man fühlt sich unwillkürlich an ein Wort des mutigen Kämpfers gegen den Hexenwahn, P. Friedrich v. Spee, erinnert, der in seiner "Cautio Criminalis" schreibt:

"Da ist es denn kein Wunder, wenn das immer mehr um sich greifende Gerede uns in wenigen Jahren Hexen in so reichlicher Zahl verschafft."

Am Sonntag, dem 19.4.98, brachte das ZDF um 19.30 Uhr in der Reihe Sphinx die Sendung über "Hexenjagd im Namen Gottes", die erstaunlich um objektive Darstellung bemüht war, nicht zuletzt über Spee.

Der Reichsführer SS Himmler ließ von 1935-44 durch die Forschungsstelle H (= Hexen) sämtliches Material über Hexen und deren Prozesse sammeln und auswerten. 154 Archive und Bibliotheken wurden systematisch durchgekämmt, vermutlich, um es bei der nach dem "Endsieg" geplanten "Endlösung der Kirchen" als Belastungsmaterial vorzulegen. Für Deutschland liegt die ermittelte Zahl deutlich unter 100.000. Für ganz Europa kamen die Forscher auf eine Zahl, die eher bei 500.000 als bei einer Million liegt.

Sie ist gewiß erschreckend genug. Aber warum die Bilanz des Grauens so maßlos übertreiben? Übrigens befanden sich unter den beklagenswerten Opfern keineswegs nur Frauen, sondern neben Knaben wurden auch zahlreiche Männer, darunter nicht wenige Priester, als "Hexer" verbrannt.

Vom 15. Jahrhundert an wurden die Hexenprozesse vorwiegend vor weltlichen Gerichten geführt, weil die geistlichen Obrigkeiten immer weniger gegen angebliche Hexen und Zauberer vorgingen. Schließlich machte nicht die Aufklärung, sondern vor allem die "Cautio Criminalis" des Jesuiten Friedrich v. Spee diesem grausigen Spuk allmählich ein Ende. Der Philosoph Leibniz nannte dieses Werk "das männlichste Buch, das je der Feder eines Kämpfers für Wahrheit und Recht, gegen Lüge und Unrecht entfließen ist".

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß neben der breiten Masse des Volkes Naturwissenschaftler und Juristen dem Hexenwahn nicht weniger verfallen waren als Theologen beider Konfessionen. So vertrat der große Astronom, Mathematiker und Naturforscher Johannes Kepler die Ansicht, die Hexerei lasse sich nicht leugnen. Der Schöpfer der deutschen Strafrechtswissenschaft, Benedict Carpzov, ebenso Protestant wie Kepler, soll über 10 Todesurteile gegen vermeintliche Hexen als weltlicher Richter unterschrieben haben.

Nun sollte sich gerade unsere Zeit nicht hochmütig über die gewiß bedauerlichen Untaten vergangener Jahrhunderte erhitzen. Die Massenmorde der Bolschewiken und Nazis sind noch in schrecklicher Erinnerung. Zudem werden alljährlich allein in Deutschland zwischen 250.000 und 300.000 ungeborene Kinder unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen im Mutterleib gemordet.

- Ende Mai 1995 berichtete eine Tageszeitung über "Ermunterung zu Sex und Abtreibung für starke Mädchen". Es handelt sich um ein illustriertes Heft der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Mit ihm ist der bisherige Höhepunkt staatlicher "Aufklärung" erreicht. 1979 war eine Schrift des Bundesministeriums für Jugend usw. erschienen unter dem Titel: "Muße-ehen muß es nicht geben."

Die Quintessenz dieser Broschüre lautet: Probiert ruhig alles aus, aber paßt auf! 1986 folgte die Schrift "Gemeinsam leben ohne Trauschein", um die damals auf 2 Millionen geschätzten "Lebenspartner" - heute sollen es nahezu 5 Millionen sein - vor den schlimmsten Enttäu-

schungen zu bewahren, wenn der "Egoismus zu weit" ein jähes Ende findet.

Die frühere Ministerin Süßmuth, die im Volksmund Rita Kondomi heißt, bediente sich bei ihrer "Aufklärung" über Aids staatlich subventionierter Erfüllungsgehilfen, deren Slogans ausgesprochen pervers sind: "Laß deiner Phantasie freien Lauf: Setze alles in die Tat um, worauf du scharf bist! Entdecke die Geilheit!"

1994 veröffentlichte die Landeszentrale für Gesundheitserziehung in Rheinland-Pfalz das Sexheft "Let's talk about Sex". In ihm werden Kinder und Jugendliche zum lustvollen Ausleben ihrer Sexualität ermuntert: "Macht das, was Euch Spaß macht, dann, wann Ihr wollt, Euer Gefühl zählt."

Mit dem Heft "Starke Mädchen" wird Moral und Menschenwürde endgültig der Abschied gegeben: "Sich selbst zu befriedigen (zu onanieren oder zu masturbieren, wie es auch heißt), ist auch für Mädchen schön. Wie und wie oft Du es machst, mußt Du selbst entscheiden, Regeln gibt es dafür nicht." Alles, was Spaß macht, ist für die Autoren "normal":

"Normal sind alle Beziehungen zwischen Frau und Mann, Frau und Frau, Mann und Mann, in denen die Partnerinnen freiwillig und gleichberechtigt über Sex entscheiden. Die sexuellen Techniken sind dann unerheblich. Denn Sex ist Deine Privatsache."

Natürlich kann dabei auch etwas schiefgehen. Dann wird ein Schwangerschaftstest empfohlen, denn "nur wenn Du Bescheid weißt, hast Du eine echte Wahl, ob Du das Baby bekommen oder die Schwangerschaft unterbrechen willst."

Hier wird die Verantwortungslosigkeit auf die Spitze getrieben: Eine Abtreibung so, wie man überlegt, ob man in die Disco oder auf eine Party gehen soll? Die Entscheidung für das Kind ist mit zahlreichen Problemen behaftet, hingegen die Tötung des Kindes kein Grund für Bedenken oder Vorwürfe.

Stern, Spiegel, Basta & Co.

Betrachtet man die ständige Hetze gegen die Kirchen einmal vorurteilsfrei, drängt sich die Frage auf, wie so etwas in einer Zeit, die sich so gern auf Toleranz beruft, möglich ist. Gewiß vermögen wir keine schlüssigen Beweise vorzulegen, dennoch gibt es aufschlußreiche Hinweise.

Viele Medienleute sind nicht nur nicht christlich, sondern suchen auch christliche Stellungnahmen zu verhindern. Unerwünschte Leserbriefe werden nicht abgedruckt, zu Sendungen, die sich mit Kirchenfragen befassen, werden häufig nur solche Vertreter christlicher Kirchen eingeladen, die nur mehr dem Namen nach Mitglied einer Kirche sind und deren Animosität gegen die "Amtskirche" hinlänglich bekannt ist. Anders ist es wohl kaum zu erklären, daß ausgerechnet die ehemalige Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann immer wieder im Fernsehen - in den letzten Jahren über 100 x - Gelegenheit zu Ausfällen gegen Kirche und Christentum erhält.

Wer sich der Peinlichkeit unterzieht, Frau Ranke-Heinemann in ihren zahlreichen Fernsehauftritten zu "bewundern", kann nur mit Bestürzung registrieren, daß so jemand Professorin der Theologie werden konnte. Wahrlich kein Ruhmesblatt für Kirche und Wissenschaft!

Wie gewohnt, bewegt sich Frau Ranke-Heinemann auch in einer Talkshow mit Lea Rosh auf derart niedrigem Niveau, daß selbst aus dem recht einseitig ausgesuchten Publikum gefragt wurde, ob sie denn vor nichts Ehrfurcht habe. Nach Sigmund Freud ist der Verlust der Scham der Beginn des Schwachsinn. Wenn dies zutrifft, dürfte Frau Ranke-Heinemann bald ein Fall für den Psychiater werden.

Auch in unserem Nachbarland Österreich hat man längst zum Sturm auf die Kirche geblasen. Noch bevor der Nachfolger von Kardinal König am 14.9.86 im Wiener Stephansdom geweiht wurde, suchte ihn das österreichische Polit-Sex-Magazin "Basta" mit einem "Knüller" der Lächerlichkeit preiszugeben, vor dem man selbst im Dritten Reich zurückschreckte.

Eine sog. Journalistin suchte den designierten Erzbischof im Beichtstuhl auf, um ihm allerlei

über Politik und Sex zu entlocken. Sie sei Volksschullehrerin und suche einen seelsorgerischen Rat. Bei diesem "Beichtgespräch" ließ sie heimlich ein Tonband mitlaufen. Unter dem Titel "Pater Groer bittet zur Beichte" (im Inhaltsverzeichnis heißt es: " 'Basta' beichtet beim Erzbischof") veröffentlichte sie, was P. Groer angeblich oder tatsächlich gesagt hatte. Dieser Afterjournalismus rief in Österreich lebhaftere Empörung hervor.

Fast noch erschreckender war der darauf folgende Club 2. Der Chefredakteur des famosen Blattes betonte in der Fernsehsendung mehrmals, er habe sich bei den Katholiken entschuldigt, die sich getroffen gefühlt haben könnten. So etwas habe er nicht beabsichtigt.

Beim Erzbischof gebe es nichts zu entschuldigen. So etwas sei, bitte schön, nicht neu. Im deutschen Sprachraum sei dies bereits der 21. Fall! "Spiegel", "Stern" und "Pardon" hätten schon vor Jahren solche "Beichten" gebracht und seien von den Gerichten stets freigesprochen worden.

Der bekannte Journalist Kurt Ziesel untersuchte in seinem 1988 erschienenen Buch "Die Meinungsmacher", "Spiegel", "ZEIT", "Stern" & Co" die völlige Einseitigkeit dieser Publikationsorgane, die durch Verbreiten von Halbwahrheiten, Lügen, Manipulationen und historischen Verfälschungen zur Desinformation der Öffentlichkeit beitragen. Dort heißt es:

"Der besondere Haß des "Stern" gilt der katholischen Kirche. Wenn man an die vielen Pamphlete gegen sie, gegen ihre christlichen Bräuche und erst unlängst gegen den Papst liest, wird man an die antikatholischen Hetzartikel in der SS-Wochenzeitschrift Schwarzes Korps erinnert." (S. 158)

Als Papst Johannes Paul II. zum zweiten Mal Deutschland besuchte, empfing ihn der "Stern" mit einer Serie über angebliche "Geheime Sünden des Vatikans". Nach Art der Porno-Blätter war auf dem Titelblatt ein Kardinal mit über dem Schoß weit geöffneter Soutane zu sehen, in die in knalligem Rot Bilder des Papstes, einer nackten Frau und einer Hand mit gebündelten Geldscheinen montiert waren. Mit dem Motto "Kaputte Finanzen, böse Intrigen, lockere Moral" wurden der Vatikan und seine Priester charakterisiert.

In seinem Artikel "Weg mit dem Zölibat" vom 18.2.93 wußte der "Stern" zu vermelden:

"Heute steht Papst Johannes Paul II. für die 2.000 Jahre Leib- und Lustfeindlichkeit der katholischen Kirche. Und zugleich für ihre Bigotterie, denn den meisten Diözesen sind die heimlichen Verhältnisse ihrer Priester nicht nur bekannt, sie dulden sie auch."

Natürlich bleibt der "Stern" die Beweise für diese ungeheure Beschuldigung schuldig. Aber das dürfte ihn wenig kümmern. Schon die alten Römer wußten: Audacter calumniare, semper aliquid haeret! (Verleumde nur tüchtig, etwas bleibt immer hängen!)

Wenn z.B. der Schreiberling der Badischen Zeitung in seinem Artikel "Zölibat - Liebe verboten!" (1993) behauptet, seit 1965 hätten allein in Deutschland 48.000 Priester ihr Amt wegen des Zölibats aufgegeben und jährlich würden deswegen etwa zwanzig bis 25 Prozent ihren Dienst quittieren, scheint er nicht gemerkt zu haben, daß dann schon längst kein Priester mehr existieren würde, ganz davon abgesehen, daß die Kirche in dieser Zeit nicht annähernd über so viele Priester insgesamt verfügt hat.

Am 25. Oktober 1993 war Kardinal Ratzinger zu einer Priestertagung in Paderborn. In der anschließenden Diskussion wurde er gefragt, wieviele Priester denn tatsächlich ihr Amt in Deutschland aufgegeben hätten. Da der Kardinal nicht über das Zahlenmaterial verfügte, antwortete Erzbischof Degenhardt auf diese Frage.

Er tat es um so lieber, als in den Medien seit Jahren der Eindruck erweckt wird, als verließen jährlich Tausende von Priestern ihren Dienst. Nach Erzbischof Degenhardt gibt es derzeit insgesamt 17.000 Priester in Deutschland. Seit 1935 (!) wurden in Paderborn 110 Priester laisiert, etwa zehn Prozent von allen in den 27 deutschen Diözesen laisierten Priestern. (Paderborn gehört zu den umfangreichsten Diözesen mit entsprechend vielen Priestern.)

Man könne daher davon ausgehen, daß seit 1935 insgesamt etwa 1200 Priester laisiert wur-

den. Gewiß ist jeder einzelne Fall bedauerlich, denn jeder Priester sprach bei seiner Weihe sein "Adsum", ich bin bereit. Immerhin haben die phantastischen Zahlen der Badischen Zeitung gottlob nichts mit der Realität zu tun.

Dem Kenner der Zeitgeschichte fällt in diesem Zusammenhang die Greuelpropaganda des Herrn Goebbels - weiland Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda unter Hitler - ein. Er behauptete am 28. Mai 1937 in seiner Rede in der Deutschlandhalle, bei den damals - nach der Enzyklika Pius XI. "Mit brennender Sorge" - inszenierten Sittlichkeitsprozessen gegen Priester und Ordensleute, in diesem Verfahren handele es sich nicht um bedauerliche Einzelercheinungen, sondern um einen allgemeinen Sittenverfall, wie er in diesem erschreckenden und umfangreichen Ausmaß kaum jemals in der Kulturgeschichte der Menschheit festzustellen sei.

Es könne heute leider keinem Zweifel unterliegen, daß selbst die tausend und abertausend Fälle, die zur Kenntnis der Justiz gekommen seien, nur einen Bruchteil des wahren Umfangs dieser Sittenverderbnis darstellten und nur ein Symptom für den Gesamtverfall bedeuteten. Die deutschen Bischöfe stellten hierauf am 1.6.1937 fest:

"Von 21.641 Weltpriestern Deutschlands sind 49 in diese Prozesse verwickelt. Davon sind 21 verurteilt. Von 4.174 Ordenspriestern sind neun angeklagt, einer davon abgeurteilt."

Will der Schreiberling der Badischen Zeitung dem "Altmeister der Lüge" nacheifern? Nach wie vor gilt der Satz: Lügen haben kurze Beine.

Der "Spiegel"-Herausgeber Augstein, dem die deutschen Bischöfe durch ihren Sprecher ein "neurotisches Verhältnis" zur katholischen Kirche bescheinigten, bringt mit einer gewissen Regelmäßigkeit vor christlichen Feiertagen Beiträge voller Un- und Halbwahrheiten. Dabei läßt er sich an primitiven Geschmacklosigkeiten so leicht nicht übertrumpfen. Zu Weihnachten 1990 hatte er sich wieder einmal unter der Titelgeschichte "Der Papst und die Lust" auf Johannes Paul II. eingeschossen. Das Titelbild "schmückt" ein Bild des Papstes mit einem Kondom, der in einer Teufelsfratze endet. Wie beim Leib- und Magenblatt der "Aufgeklärten" und Pseudointellektuellen üblich, wenn es um die katholische Kirche geht, verzapft er in diesem Artikel hanebüchernen Unsinn:

"In Johannes Paul II. kristallisieren sich 2.000 Jahre christlicher Leib- und Lustfreundlichkeit, die den Leib und die Liebe haßten ... Für Papst Johannes Paul II. ist die Welt mindestens vor 60 Jahren stehengeblieben." So konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß nach Ansicht des "Spiegel" die Enzyklika Humanae vitae "eine der fatalsten Fehlentscheidungen (ist), zu der sich ein Papst in diesem Jahrhundert hinreißen ließ".

Daß Augstein in demselben Heft die Fristenlösung als das "einzige Privileg" preist, das den neuen Bundesländern noch verblieben sei, verwundert dann nicht mehr.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, sagte bei der Eröffnung der Frühjahrskonferenz der deutschen Bischöfe 1993 zu Recht:

"Wir sind nicht wehleidig, aber das Maß ist nun bald voll." Denn wenn wir auch keinen "klassischen Kulturkampf" bismarckscher Prägung haben, muß man doch von einem massiven Kampf der verschiedenen Medien gegen Religion und Kirche sprechen. Nun glaubt jemand in einer Kirchenzeitung (Ruhrwort, 22.5.93) unter dem Titel: "Nur nicht Märtyrer spielen - Schluß mit einer neuen Wehleidigkeit!", vor "Panikmache und unseriösem Vergleich" warnen zu sollen. Er zitiert dann ein Wort des hartgesottenen Medienfuchses Gerd Bacher vom ORF, der von "medialer Christenverfolgung", sowie von Bischof Kasper, der von "drohendem Kulturkampf" sprach, in dem die Kirche "sturmreif" geschossen werden solle.

Dann kritisiert er "das laute Wehklagen" und ein 'Wehret den Anfängen', bevor die Kirche einem 'Kirchenkampf im Stürmer-Stil' ("pur-magazin") zum Opfer fällt. Später heißt es bei ihm: "Nicht zu vermeiden sind sicher Beiträge, die aus Haß, Unkenntnis oder Besserwisserei verbreitet werden." (Warum eigentlich nicht? Vgl. etwa die Artikel 1 und 18 des Grundgesetz-

zes)

Der Verfasser, den die "Freunde" der Kirche sicher als "nützlichen Idioten" schätzen werden, plädiert für "etwas Humor".

Zweifellos, läßt sich vieles mit Humor leichter tragen. Nicht aber Verspottung und Diffamierung dessen, was Menschen heilig ist. Oder sind Juden und Moslems eigentlich auch so humorvoll? Schließlich empfiehlt er doch sogar den Gang zum Kadi, "wenn aus Rücksichtslosigkeit und mit fehlender Achtung vor religiösen Gefühlen die Kirche angegriffen wird bis zur Gotteslästerung".

Das Strafgesetzbuch bietet im § 166 die Möglichkeit, gegen solche Entgleisungen vorzugehen. Er lautet: "(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

Aber weiß denn der blauäugige Autor nicht, daß unsere Gerichte nahezu ausnahmslos selbst die größten Beleidigungen der Kirche und ihrer Amtsträger, sowie die Verächtlichmachung der Religion lediglich als Ausdruck der Meinungsfreiheit oder "Satire" einstufen? In Friedrich Wilhelm Webers "Dreizehn Linden" sagt der noch heidnische Held des Epos:

"Wo ich mich in Demut beuge, darf ein Tor nicht ruchlos schelten: Was euch heilig, will ich achten; was mir heilig, laßt es gelten."

Politische Agitation

Als der "Rote Campus", die Zeitung der Hochschulgruppe der Jusos Frankfurt im Wintersemester 1992-1993 einen großformatigen Aufruf unter dem Titel "Katholikenproblem lösen!" veröffentlichte, befanden die Richter, hier handele es sich ganz offenkundig um eine Satire. In diesem "satirischen" Aufruf heißt es:

"Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bild eines Gefolterten am Kreuz, ist ein beredtes Zeugnis der latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst so weit kommen, daß sich keine hessische Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße traut?"

Zu den Vorgängen um die Frankfurter Hochschulgruppe und ihr Pamphlet veröffentlichte die FAZ eine aufschlußreiche Glosse (27.1.93):

"Es hat in der SPD immer Strömungen gegeben, die sich gegen die Kirchen und die ihr angehörenden Menschen richteten. In den sechziger und siebziger Jahren hat die SPD-Spitze zwar viel Mühe darauf verwandt, das Verhältnis zur Kirche zu verbessern. In dem Maße aber, wie die Kirchgänger als weltanschaulich gebundener Wählerblock an Bedeutung verloren haben, haben auch die entsprechenden Bemühungen der Sozialdemokraten nachgelassen.

Nein, da kann es keinen Zweifel geben: Wenn der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Eichel, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister von Schoeler (SPD) oder der "Kirchendezerent" im Magistrat Grüber (SPD) befürchten müßten, die Geschmacklosigkeiten ihres Parteinachwuchses könnten sie Stimmen kosten, dann hätten sie sich längst distanziert.

Hätte ein angetrunkener Hohlkopf ähnliche Scherze über Juden, Muslime oder Gewerkschafter verbreitet - die Gralshüter von Menschlichkeit und Toleranz hätten laut aufgeschrien. So geht es aber nur um ein paar Katholiken, die ohnehin im Verdacht stehen, eher die "falsche" Partei zu wählen. Im übrigen denken sich die sozialdemokratischen Spitzen wohl, wer mit der Kerze in der Hand für Mitmenschlichkeit auf der Straße gestanden hat, darf sich alles erlauben."

Daß es die Feinde der Kirche aber nicht bei bloßen Hetzreden bewenden lassen, sondern auch "mutig" zur Tat schreiten, zeigte sich in bis dahin einmaliger Weise am 26. September 1991. Randalierer, die sich zu einer Protestkundgebung gegen die Haltung der Kirche zu Aids und Drogen zusammengefunden hatten, drangen in den Fuldaer Dom ein und störten mit Hetzparolen wie:

"Stoppt die Kirche! Die Kirche geht über Leichen! Die Kirche bringt uns den Tod!" die Abschlußandacht der Deutschen Bischofskonferenz. Als zuständiger Hausherr erteilte Erzbischof Dyba den Chaoten eine deutliche Antwort, die wenige Tage später "Die Welt" zu einem gehässigen Artikel gegen ihn veranlaßte: "Fulda versagt dem Oberhirten die Gefolgschaft."

Nun kennt zwar die katholische Kirche keine Gefolgschaftsführer, aber Tausende Katholiken aus Fulda und Umgebung bekundeten in einer spontanen Aktion ihre Solidarität mit ihrem Bischof. Eine gemeinsame Erklärung wurde Erzbischof Dyba nach einer feierlichen Vesper im Dom unter lang anhaltendem Beifall überreicht.

Dem Redakteur war - abgesehen von der Fehleinschätzung der Katholiken - offenbar nicht bewußt, daß § 167 unseres Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bedroht, wer einen Gottesdienst oder eine gottesdienstliche Handlung in grober Weise stört.

Zu einem noch weit gravierenderen Zwischenfall kam es dann am Abend des 8.11.91 in Marburg. Rund 50 Demonstranten stürten einen Gottesdienst in der St. Johannes-Kirche, indem sie das hintere Drittel des Gotteshauses besetzten und mit Trillerpfeifen, Gesängen und Zwischenrufen den Gottesdienst störten und die Predigt des Erzbischofs verhinderten. Als dieser nach der heiligen Messe unter Polizeischutz die Kirche verließ, machten Autonome Jagd auf ihn. Skandierende Chöre heizten die Chaoten an: "Haut dem Dyba eine rüber!" und "Schlagt den Dyba tot!"

Zusammen mit 3 anderen Priestern wurde der Erzbischof durch die Gassen Marburgs gejagt, getreten und bespuckt.

Eine in Marburg verteilte Erklärung, die von Gruppen wie "AStA-Friedensreferat" (!), "Aids-Hilfe Marburg", "Autonomes Schwulenreferat", "Rosa Telefon Marburg", "Feministisches Archiv" usw. unterzeichnet worden war, ließ erkennen, daß mit den tätlichen Angriffen der Fuldaer Oberhirte nicht nur als einzelner getroffen werden sollte. Sein engagiertes Eintreten für den Schutz der ungeborenen Kinder brachte diese Gruppen zur Raserei.

In dem Pamphlet wird Erzbischof Dyba und dem Papst vorgeworfen, eine Politik zu betreiben, "die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Lesben, Schwulen, Fixern, HIV-Infizierten, an Aids Erkrankten, Prostituierten und Jugendlichen mit Füßen tritt, eine Politik, die zu Ignoranz und Doppelmoral führt und dadurch permanent Menschenleben kostet."

Die Marburger Kriminalpolizei leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch ein, der als Officialdelikt verfolgt werden muß. Aber, wie es bisweilen zu gehen pflegt, gelang es ihr nicht, unter den inzwischen auf 150 "kampfstarken Chaoten" angewachsenen Gruppen auch nur einen einzigen Täter zu ermitteln. Handelte es sich hier um Schlamperei, schlichte Unfähigkeit oder gar einen "Wink von oben"?

Die hessische CDU-Landtagsfraktion verurteilte die "wiederholten Störungen von Gottesdiensten in Hessen und die tätlichen Angriffe auf den Fuldaer Erzbischof Dyba". Zuletzt seien Gottesdienste in Deutschland durch die Nationalsozialisten gestört worden.

Es sei erschreckend, mit welcher Intoleranz Gewalttäter die Freiheit der Religionsausübung zu verhindern trachteten. Aufgabe "aller verantwortlich denkenden Menschen" über parteipolitische und konfessionelle Grenzen hinweg sei es, diesen Anfängen zu wehren. Für die Angriffe in Marburg könne und dürfe es keine Rechtfertigung geben. (KNA 15.11.91)

Und noch ein Beispiel ...

In seinem Buch "Die Meinungsmacher" untersucht Kurt Ziesel neben "Spiegel" und "Stern" auch die sich "liberal" dünkende Zeitung die "ZEIT".

Wenn es gegen die Kirche geht, scheint dem Organ der "roten Gräfin" Dönhoff kein Autor, keine Quelle zu suspekt zu sein. Am 3.9.82 ließ sie im "ZEIT-Dossier" einen abgefallenen Priester einen langen Artikel über "SS-Spitzel mit Soutane" zum Thema schreiben, "wie die katholischen Bischöfe im "Dritten Reich" mitschuldig wurden." Herr Denzler, Autor dieses Artikels, stützte sich auf das "Zeugnis" eines ebenfalls abgefallenen Priesters, der in der Nazi-

zeit einen Mitbruder denunziert und es später als SS-Sturmbannführer zum Kirchenreferenten Heinrich Himmlers gebracht hatte.

Der inzwischen verstorbene Karmelit, P. Eugen Dost, schrieb hierauf an die "ZEIT" und wurde sogar von Gräfin Dönhoff höchstpersönlich einer Antwort gewürdigt: "Ja, Sie haben ganz recht, es war eine unselige Idee, Herrn Denzlers Artikel in der ZEIT zu bringen. Offenbar hat keiner von uns gewußt, um wen es sich dabei handelt."

Angesichts der zahllosen Schmähungen und Verleumdungen von Religion und Kirche in den verschiedenen Medien scheint es angebracht, sich in Erinnerung zu rufen, was Friedrich der Große, der bei seinem Regierungsantritt 1740 verordnet hatte: "Gazetten dürfen nicht genieret werden", am 13. August 1756 an Voltaire schrieb:

"Die Toleranz muß jedem Bürger die Freiheit lassen, zu glauben, was er will. Aber sie darf nicht so weit gehen, daß sie die Frechheit und Zügellosigkeit junger Hitzköpfe gutheißt, die etwas vom Volk Verehrtes dreist beschimpfen. Das ist meine Ansicht. Sie deckt sich mit dem, was zur Sicherung der Gedankenfreiheit und der öffentlichen Ruhe nötig ist - und das ist der erste Gesichtspunkt jeder Gesetzgebung."

Nun bieten ja die Grundrechte unserer Verfassung sowie die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über "Straftaten, welche sich auf Religion und Weltanschauung beziehen", genügend Schutz gegen Mißbrauch der freien Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit - wenn sie nur angewendet würden.

Die völlige Verwilderung der mitmenschlichen Kultur läßt für ein friedliches Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft nichts Gutes ahnen. Der ehemalige Bundespräsident Heinenmann erklärte in der Diskussion über den Gotteslästerungsparagraphen, Gott bedürfe keines Schutzes. Aber um ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft zu ermöglichen, dürfe die Verächtlichmachung der Religion nicht geduldet werden.

Der Verdacht liegt nahe, daß sich enthemmte Chaoten und dezidierte Atheisten nur deswegen gegen den christlichen Glauben austoben, weil sie von den Kirchen nichts zu fürchten haben. Können wir aber von unseren Jugendlichen, bei denen sich eine steigende Neigung zur Kriminalität abzeichnet, Achtung vor fremdem Eigentum, vor der Würde und Unantastbarkeit ihrer Mitmenschen erwarten, wenn wir die höchsten Güter der Menschheit der Verächtlichmachung preisgeben?

- Es wird allem Anschein nach geflissentlich übersehen, daß die Erziehung der Jugend zur "Ehrfurcht vor Gott, im Geist der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe ... zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit" in mehreren Bundesländern Verfassungsauftrag ist. So fast gleichlautend in Baden-Württemberg (Artikel 12), Saarland (Artikel 30) und Rheinland-Pfalz (Artikel 33).

Die "mutigen" Medienleute und Journalisten, die sich nicht scheuen, im Bewußtsein ihrer Machtposition die verhaßte(n) Kirche(n) immer wieder zu verunglimpfen und mit Schmutz zu bewerfen, sollten sich an den Zauberlehrling erinnern, der die Geister, die er rief nicht mehr los wurde. Das ständige Schüren von Emotionen könnte eines Tages in unkontrollierbaren Haß münden. Die Zeit der braunen Diktatur lehrt uns, daß es von der Hetze zur Diskriminierung und schließlich zur Verfolgung oft nur ein kurzer Weg ist. Mit Bezugnahme auf Anschläge gegen Ausländer schrieb der "Stern" am 3.6.93: "Rufmord geht Mord voraus".

Dies gilt auch für die Kirche. An Brandstiftung und Vandalismus in unseren Kirchen haben wir uns ja bereits gewöhnen müssen.<<

Michael Kotsch (Dozent für Kirchengeschichte) berichtete später über die Verfolgung von Hexen (x912/...): >>Hexen

Historische Wurzeln

Schon immer rechneten Menschen mit der Möglichkeit eines übernatürlichen Einflusses auf ihr irdisches Leben. Einzelnen, meist ungewöhnlichen Menschen sprach man dabei eine be-

sondere Nähe zu jenseitigen Mächten zu. Im Christentum wird der Teufel als Verursacher von Krankheit, Not, Tod und anderen Übeln angesehen.

Wer mit ihm oder einem seiner Dämonen Kontakt pflegte oder ein Bündnis mit ihnen einging, wurde als Hexe, Zauberer oder Magier bezeichnet. Als Urmutter aller europäischen Hexen wird gemeinhin die antike Hekate gehandelt, die gefürchtete Herrscherin über Wind und Wetter. Auch heidnische Priesterinnen, weise Frauen und Kräuterweiber gelten als Stamm-Mütter späterer Hexen.

Der Begriff Hexe taucht im deutschsprachigen Raum zuerst in Dokumenten des 9. Jahrhunderts auf, als "hagazussa" (Zaunweib = dämonisches Wesen, das über den Zaun in den Privatbereich der Menschen vordringt). Wenig später findet sich der bis heute geläufige Begriff "Hexse" (1293).

Ausgelöst durch das verstärkte Auftreten häretischer Gruppen (Katharer, Albigenser, Bogumilen) setzte zwischen 1230 und 1430 in Europa eine intensive Diskussion über Zauberei und Ketzerei ein. Tatsächlich tauchen in diesem Umfeld auch immer wieder vorchristliche keltische, antike gnostische und magische Vorstellungen auf. Ausgehend von der Realität des Teufels und seiner Dämonen sah man sich unabwägbaren okkulten Gefahren ausgesetzt. Weltliche und kirchliche Gerichte gingen gegen Menschen vor, denen man vorwarf, einen Bund mit dem Teufel geschlossen zu haben und Schadenszauber zu betreiben.

Ab dem 13. Jahrhundert galt Hexerei (im Zusammenhang mit Irrlehre) als todeswürdiges Vergehen. Im Laufe der nun intensiv einsetzenden Hexenverfolgung wurden rund 100.000 Menschen getötet, zumeist verbrannt (90 % Frauen). Gelegentlich trug der Kampf gegen Magie und Zauberei deutlich frauenfeindliche Züge. Damaligen Vorstellungen entsprechend wirkt die Hexenkunst am nachhaltigsten in der Walpurgis-, Oster- oder Johannismacht. Mit einem Hexenbesen oder auf einem Ziegenbock durch die Luft reitend, versammelten sich die Hexen zu ihren schändlichen Festen auf bestimmten Bergen (z.B. dem Blocksberg = Brocken).

Bei diesen Hexensabbaten huldigten sie dem Teufel in Bocksgestalt, mit dem sie sich sexuell vereinigten. Daneben war Schadenszauber aller Art ihre Hauptbeschäftigung. Sie verhexten Tier und Mensch, waren für Unwetter und Mißernten verantwortlich (Hexenring, Hexenschuß). Hexen griffen bei ihrer Kunst auf den "bösen Blick", magische Zaubersprüche oder geheimnisvolle Kräuterextrakte zurück.

Den historischen Hexen ist Schadenszauber, Luftflug, Wahrsagerei, Liebesmagie, Ketzerei, Verwandlung in Tiere und Teufelsbuhlschaft vorgeworfen worden. In Prozessen erhaltene Geständnisse verurteilter Hexen können sowohl auf den Druck der Folter als auch auf echte okkulte Erfahrungen zurückgehen.

Einige mittelalterliche Heilkundige und Magier griffen für ihre Kontaktaufnahme mit der jenseitigen Welt auch auf Halluzinogene (z.B. Pilzgifte, Eisenhut, Schierling, Mohn) zurück, durch die tatsächlich Wahnzustände erreicht werden können, in denen der Betreffende meint zu fliegen, sich in ein Tier zu verwandeln oder mit der Natur sprechen zu können (vergleichbar mit Erfahrungen der Schamanen). Mangelndes Wissen über diese biochemischen Hintergründe bestärkte die Inquisitoren noch in ihrem Weltbild und erschwerte die Unterscheidung zwischen Betrug, Rausch und echtem Okkultismus.

Neues Hexentum

Seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts läßt sich eine Hexen-Renaissance in Europa beobachten. Deutschlands erster Hexenladen öffnete 1995 in München seine Türen. Zwischenzeitlich bieten zahllose Jugendzeitschriften, Ratgeber und Fachbücher, aber auch unterhalten- de Medienmagazine zumeist positiv werbende Informationen über Hexerei und Zauberkünste für den Alltag.

Eine unübersehbare Szene selbstbewußter "neuer Hexen" hat sich etabliert, die insbesondere im esoterischen Umfeld ihre Dienste als Spezialistinnen für weiße Magie, Kräuterkunde, se-

xuelle Fragen, Reinkarnation und Lebensberatung anbieten. Die "neuen Hexen" fühlen sich keiner einheitlich strukturierten Gruppe zugehörig.

Manche praktizieren ihre Überzeugungen lediglich im Privatleben, andere schließen sich zu Vereinen oder Hexenzirkeln (covens) mit maximal 13 Mitgliedern zusammen, die sich wiederum auf verschiedene Traditionen zurückführen (Dianer Kult, Druiden, Gardnerer, Odinismus, welsche, piktische oder nordische).

Wenn sich die einzelnen Hexengruppen auch deutlich voneinander unterscheiden, finden sich andererseits auch einige gemeinsame Grundüberzeugungen: Heiligkeit der Natur, Verehrung der "Großen Göttin", Magie, Astrologie und Wahrsagen. Historisch gesehen haben die "modernen Hexen" ihre Wurzeln im Feminismus, dem Neuheidentum, der Esoterik und der Ökologiebewegung.

In der Frauenbewegung wurde die Selbstbezeichnung Hexe in den 70er Jahren aufgegriffen. Damit wollte man an die weibliche Macht mittelalterlicher Hexen anknüpfen, die als Gegenbild der damaligen, als patriarchal empfundenen Welt verstanden wurden.

Die Hexenverfolgung wurde als Vorläufer gegenwärtiger gesellschaftlicher Auseinandersetzung zwischen Patriarchat und Matriarchat (Männer- und Frauenherrschaft) interpretiert. Hexen seien von Männern verfolgt worden, die sich durch weibliche Sexualität und vorchristliche matriachale Glaubensformen bedroht sahen. Patriarchales Denken sei unfrei, unterdrücke Gefühle und Vielfalt und beute die Natur hemmungslos aus. Dieser Konflikt setze sich durch die Benachteiligung der Frauen in der Neuzeit fort.

Die stärker religiöse Komponente "moderner Hexen" zeigt sich vor allem im "Wicca-Kult" (altenglisch wicca = die Weise/Hexe). Angestoßen wurde die Hexenbewegung durch ein Buch des amerikanischen Ethnologen Charles Godfrey Leland (The Gospel of the Witches, 1899), in dem er vorgeblich uralte Hexenrituale vorstellt und bewirbt.

Dieses Buch diente den Wicca-Gruppen als Vorbild für ihr "Book of Shadows". Einflußreich für die "modernen Hexen" war auch ein Buch der Ägyptologin Margaret Alice Murray (The Witch Cult in Western Europe, 1921), in dem sie behauptet, die Hexen stünden in direkter Tradition vorchristlicher Fruchtbarkeitskulte, in der die "Große Göttin" und der "Gehörnte Gott" verehrt würden. Dieser Matriarchatskult sei die älteste und umfassendste Religion, die erst durch das patriarchale Christentum verdrängt worden sei.

Organisatorisch geht der Wicca-Kult auf G. B. Gardner (1884-1964) und A. Sanders (1916-1988) zurück. Erste Wicca-Gruppen bildeten sich nach der Aufhebung des Hexenverbots in England (1951). Zwischenzeitlich geben Hexen-Vereinigungen eigene Mitteilungsblätter heraus, den "Wicca-Brief", das "Magazin für Hexenglauben" oder "Abraxas", das Organ des "Yggdrasil-Kreis e.V.", der als gemeinnützig vom Finanzamt anerkannt ist und in Wahrsagelei, Astralwandern und "Magia Sexualis" einführt.

Gelegentlich werden Hexenkulte auch von rechtsextremen Gruppen vereinnahmt, weil diese darin einen "arteigenen" germanisch-keltischen Glauben erkennen, den sie gegenüber Juden- und Christentum als "orientalischen Religionen" den Vorzug geben.

"Moderne Hexen" kennen keinen personalen Gott und keine übernatürliche Offenbarung. Feste Dogmen, absolute ethische Ordnungen oder Glaubensregeln lehnen sie ab. Im Hexenglauben gibt es keinen eindeutigen Unterschied zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen heilig und profan (weltlich). Alles im Kosmos steht in Wechselbeziehung zueinander.

Die Göttin wohnt im Menschen und in der Natur. Gleichzeitig verfügt sie über unbegrenzte kosmische Kraft, die Hexen sich mittels magischer Rituale nutzbar machen. Sie erstreben eine herrschaftsfreie Gesellschaft, in der die Menschen im Einklang mit der Natur und miteinander leben. Hexen feiern 13 Mond- und acht Sonnenfeste.

In ihren Ritualen wird die Göttin als Jungfrau, als Erwachsene und als weise Alte verehrt. Gelegentlich werden auch konkrete Göttinnen verehrt (Diana, Gaia, Mondgöttin), deren Namen

meditativ gesprochen (gechantet) werden und deren Einheit man sucht. Die Welt wird vor allem aus ihrer Polarität (Mann - Frau / Geist - Materie / Hell - Dunkel usw.) gedeutet, die es zu überwinden gelte. In symbolischen Handlungen mit Kelch (weiblich) und Stab (männlich) wird diese Vereinigung symbolisch vollzogen.

Andere Rituale sollen die Frauen in Einklang mit dem Kosmos bringen, Gesundheit, Glück oder Ausgeglichenheit bewirken oder negative Energien abbauen. Konkrete Verhaltenweisen, Amulette, magisch aufgeladene Substanzen (Edelsteine, Schmuck, Figuren ...) und heilige Worte sollen die Gegenwart und Hilfe der göttlichen Macht fördern.

Einige engagierte Hexen sind der Überzeugung, ihre Rituale bewirkten die letztliche Rettung der Menschheit und der Natur. Die Hexe könne nicht nur sich selbst, sondern auch die ganze Welt erlösen. Dazu bedarf es ausschließlich der Aktivierung der in ihr selbst ruhenden Kräfte der Erkenntnis ihres eigenen, göttlichen Willens.

Beurteilung

Sicher kann der moderne Hexenglaube als Reaktion auf kalte Rationalität, Globalisierung und Naturbeherrschung verstanden werden. Andererseits füllt er das religiöse Vakuum, das durch den Bedeutungsverlust etablierter christlicher Kirchen entstanden ist. Kritische säkulare Auseinandersetzungen mit der "Modernen Hexerei" finden sich vor allem bei Will-Erich Peuckert (1895-1969) und Johann Kruse (1889-1983).

Das "Johann-Kruse-Archiv zur Bekämpfung des neuzeitlichen Hexenglaubens" hält bis heute in Hamburg regelmäßige Hexensprechstunden ab, was nicht gerade einer Warnung vor dem Hexenglauben dient. In letzter Zeit wurde das "Kruse-Archiv" in ein Hamburger Völkerkundemuseum übernommen.

Hexenkulte stehen in deutlichem Widerspruch zu christlichen Grundüberzeugungen.

Christen unterscheiden deutlich zwischen Gott und Mensch (Natur). Hexen vergöttlichen den Menschen und vermenschlichen Gott. Christen kennen Gott als personales Gegenüber. Hexen wenden sich an anonyme, kosmische Energien. Christen akzeptieren Gottes souveräne Entscheidungen und seine ethischen Regeln. Hexen geben eigene Empfindungen als Reden Gottes aus und versuchen, "göttliche" Kraft zu eigenen Zwecken zu manipulieren.

Christen wissen um die tief sitzende Schlechtigkeit des Menschen, die nur durch die liebende Erlösungstat Jesu überwunden werden kann. Hexen setzen auf eine rituelle Selbsterlösung und gehen davon aus, daß der Mensch (insbesondere die Frau) von Natur aus gut sei. Darüber hinaus verurteilt Gott in der Bibel jede Art von Hexerei und Magie (2. Mose 22, 17; 5. Mose 18, 10; 1. Samuel 28, 9; Jesaja 2, 6; Offenbarung 21, 8). In der Absicht, sich Gottes Macht zu vereinnahmen, stehen diese Bemühungen im deutlichen Gegensatz zum christlichen Glauben, der sich Gott vertrauensvoll ausliefert.

Wer sich mit Hexerei und Magie beschäftigt, steht nicht nur in Gefahr, von einem unbiblischen Weltbild geprägt oder von zwielichtigen Scharlatanen betrogen zu werden. Christen wissen um die Gefahr okkultur Bindungen durch die intensive Beschäftigung mit Hexerei. Menschen werden innerlich unfrei und können geistlich von übernatürlichen dämonischen Mächten in Beschlag genommen werden (Lukas 8, 26 ff., 11, 24-26; Apostelgeschichte 8, 9 ff., 19, 19; Galater 5, 20). Das kann sich in übernatürlichem Wissen bezüglich der Zukunft, Heilungsfähigkeiten, außerordentlicher Kraft, Selbstmordgedanken, Depression in Wahnvorstellungen, Angstzuständen, aber auch in körperlichen Phänomenen und einer generellen Ablehnung christlichen Gedankenguts niederschlagen. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 5. Oktober 2007) über die Ketzertötung, Schwertmission und Kreuzzüge der katholischen Kirche: >>**Die andere Seite des Christentums**

Kein anständiger Mensch kann Mitglied der römisch-katholischen Kirche sein. Die Ecclesia militans ist die älteste und größte Verbrecherorganisation der Welt. Mitleidlos hat die Inquisi-

tion Hussiten, Waldenser, Albigenser, Lutheraner, Zwinglianer und Calvinisten verfolgt und verbrannt. Zwei Jahrhunderte lang wurden Tausende von unschuldigen Frauen ... wegen Hexerei auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Zwei Jahrtausende lang hat die Mutterkirche einen glühenden Antisemitismus gepredigt."

Das sind provozierend-bekanntes Invektiven, die ersten Sätze in einer neuen, umfangreichen Abhandlung über die Kirchengeschichte. Blättert man in einem militant-antikirchlichen Opus in der Tradition von Kahl – Augstein - Deschner? In einer der zynischen Abhandlungen, die ihre schrillen Anklagen gegen das Christentum schleudern, ihm eine Blutspur in der Geschichte nachweisen wollen und dazu Kübel von Hämme auskippen?

Nein, ganz im Gegenteil. Mit dieser Todsünden-Liste beginnt zwar Arnold Angenendt, geweihter katholischer Priester und ehemaliger Professor in Münster, sein neues Buch ("Toleranz und Gewalt"). Doch dann macht der 72jährige international renommierte Kirchenhistoriker auf 800 Seiten (allein davon 200 Seiten bibliographischer Apparat) die "Gegenbilanz" auf - in fünf geschlossenen Hauptteilen, die auch separat gelesen werden können.

Angenendt orientiert sich in seiner großen historischen Studie an Ranke. Er will wissen, "wie es gewesen ist". Dazu gehören genaue Analysen, Zahlen und Belege, dazu gehört die Auswertung einer Fülle von Spezialliteratur.

Beispiel Inquisition: Sie gilt als dunkelstes Mittelalter, der Horror pur. Hunderttausende oder gar Millionen sollen den Folterknechten, die im Namen Jesu quälten, zum Opfer gefallen sein. Angenendt hat die Quellen akribisch ausgewertet: Für Spanien kommt er in der "wilden" Phase, die bis 1530 dauerte, auf 5.000 Opfer. Das ist zwar immer noch viel, denn jeder ermordete Mensch ist ein Opfer zuviel. Aber es beweist auch, daß in Europa keineswegs jahrhundertlang die Scheiterhaufen brannten.

Überraschend dann auch seine prozeßrechtliche Analyse und Einordnung der Inquisition, und auch hier kratzt er an den tradierten Klischees. Der Kirchenhistoriker weist nach, daß es dabei - so die Intention von Papst Innozenz III.- um Tatsachenherstellung ging, und das war durchaus ein säkularer Fortschritt. Denn so sollten archaische Praktiken wie Wasser- und Feuerproben abgeschafft werden. Die Inquisitio (die "Untersuchung") war ein amtliches Verfahren, am Ende sollte eine Verurteilung nur bei vollem Beweis möglich sein.

Die Anklage sollte durch ein Geständnis, durch übereinstimmende Zeugen oder durch evidente Umstände bestätigt oder widerlegt werden - ein gewaltiger Fortschritt in der Rechtsordnung des Mittelalters. Angenendts Fazit: "Dies ist die ursprünglich, zunächst rein juristische und eindeutig positiv zu beurteilende Seite der Inquisition."

Neues Testament keine Quelle für Antisemitismus

Beispiel Antisemitismus: Der schlimmste Vorwurf, der gegen die Juden vorgebracht wurde, war der des Gottesmordes. Er machte aus dem Nebeneinander das feindliche Gegeneinander. Angenendt sammelt hier ganz objektiv die Belege - bis hin zu den polemischen Chrysostomos-Predigten, die bis heute eine Belastung sind. Der Erzbischof (gestorben 407 n. Chr.) bezeichnete einst die Juden als Verrückte, Gotteslästerer, Schweine. Angenendt wendet sich aber gegen die eindimensionale Auffassung, das Neue Testament als ursprüngliche Quelle des Antisemitismus zu betrachten. Immerhin läßt Lukas Jesus am Kreuz sagen: "Vater, vergib ihnen", und Petrus spricht von der "Unwissenheit" der Juden.

Auch in der Spätantike galt für die Juden das Rechtskonstrukt der "erlaubten Religion". Papst Gregor der Große (gestorben 604 n. Chr.) garantierte den Juden freie Religionsausübung und bürgerliche Gleichstellung. Papst Alexander II (gestorben 1073) dekretierte: Die Juden sind zu schützen und ihr Blut nicht zu vergießen. Später wurde diese Schutzpflicht sogar verbindliches Kirchenrecht. In der Folgezeit erließ über vier Jahrhunderte hin jeder Papst eine spezielle Schutzbulle. Angenendts Fazit ist, daß die Juden "nicht rechtlos waren".

Das Schlimmste, was den Juden im Mittelalter passieren konnte, war die Zwangstaufe oder

die Vertreibung (beides schlimm genug). Aber (staatlichen) Massenmord an den Juden gab es im Mittelalter nicht. Den vollbrachten erst die Nationalsozialisten.

Von Rolf Hochhuth bis Daniel Goldhagen wird die Haltung des Papstes Pius XII. zum Holocaust gegeißelt. Sein Schweigen habe die Hitlersche Judenvernichtung provoziert. Angenendt erinnert daran, daß der Heilige Vater keineswegs untätig war. So fanden etwa 3.000 Juden in seiner Sommerresidenz Unterschlupf. Sechzig lebten neun Monate lang an der Jesuiten-Universität Gregoriana. Und ein halbes Dutzend schlief im Keller des Päpstlichen Bibel-instituts.

Markiert das Buch eine Wende in der öffentlichen Debatte? Eine Wende zu mehr Gelassenheit und zu mehr Differenzierung und Abwägen bei historisch-religiösen Urteilen? Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen. So diskutierten Jürgen Habermas und der damalige Kardinal und heutige Papst Joseph Ratzinger im Januar 2004 in der Katholischen Akademie in Bayern. Der Postmarxist der Kritischen Theorie räumte ein, daß der demokratische Verfassungsstaat auf "autochthone weltanschauliche oder religiöse ... Überlieferungen angewiesen ist". Viel Respekt vor der Religion also, das diagnostiziert auch Angenendt trocken.

Nach der Wende wurden sogar SED-Atheisten seltsam kleinlaut, wenn sie zugeben müssen, daß ihre rote Religion nur etwa hundert Jahre alt wurde, während die Sancta Ecclesia schon zweitausend Jahre überdauerte. Und haben wir nicht seit Jahren einen regelrechten Boom an spirituellen und religiösen Druckerzeugnissen, der offenbar eine Renaissance des Religiösen signalisiert?

Angenendts Buch repräsentiert eine gut lesbare, materialreiche Fundgrube und Argumentationshilfe, um die andere Seite des Christentums dazustellen, ohne die Kehrseite (wie Ketzertötung, Schwertmission und Kreuzzüge) zu verschweigen.

"Das Christentum zwischen Bibel und Schwert". Aschendorff Verlag, Münster 2007 ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 veröffentlichte im Juli 1998 ein Schreiben des Papstes Pius XII. vom 1. März 1948 (x853/...): >>**Schreiben des Heiligen Vaters Pius XII. an die deutschen Bischöfe vom 1. März 1948** (mit Kürzungen)

Geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder,

Gruß und Apostolischen Segen!

Zum letzten heiligen Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel sind Uns von seiten der deutschen Bischöfe zahlreiche Schreiben zugegangen, die der unverbrüchlichen Verbundenheit der Kirche in Deutschland mit dem Heiligen Stuhl und auch mit Unserer in den Mühen und Verantwortungen des obersten Hirtenamtes stehenden Person so einstimmigen und innigen Ausdruck verliehen, daß Wir nur mit Rührung von ihnen Kenntnis nehmen konnten und sie Uns mit großem Trost erfüllten ...

Laßt Uns, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, eines vorwegnehmen: was Uns in euren Zuschriften am innerlichsten erfreut hat, ist der dankbare Widerhall, den Unsere karitativen Bemühungen um die Linderung der Not im Nachkriegsdeutschland bei euch, eurem Klerus und eurem Volke finden.

Deutschland, das noch vor einem Menschenalter blühende, von Kraft strotzende, reiche und industriemächtige Land, ist einem zermürbenden Verarmungsprozeß anheimgefallen: durch den Krieg verbraucht und tief verschuldet, durch Kriegszerstörungen weithin verheert, durch die Kriegsfolgen eingeengt, maßlos überbevölkert und mit einem unnatürlichen Mißverhältnis der Geschlechter und Altersstufen belastet, in eine wirtschaftliche Lage gezwungen, die dem Wiederaufbau alle nur erdenklichen Hindernisse in den Weg legt, muß es mit allgemeiner Armut auf lange Sicht rechnen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zunächst auf ein Ziel hinsteuern: daß wenigstens das Existenzminimum gewahrt und gerettet werde.

Wir kennen diese Not in ihrer ganzen erschütternden Größe, in ihrer zerstörenden Wirkung auf die physische Lebenskraft und die seelische Gesundheit eures Volkes. Wir wissen um die

verheerenden sittlichen Folgen dieser Not vor allem für die Jugend, die Frau, die Familie und jenen Grundstock von sozialer Ordnung, ohne den eine christliche Kultur nicht zu bestehen vermag. Wir wissen auch, daß selbst jenes erste Ziel ohne starke Hilfe von außen nicht erreicht werden kann.

Wir werden deshalb nicht müde, öffentlich und noch mehr in vertraulicher Beratung, Vernunft und Gewissen der Welt und der führenden Männer sowie den Brudersinn der Gläubigen anzurufen und ihnen begreiflich zu machen, daß, wie die Dinge heute liegen, der planvolle, auch unter Opfern durchzuführende Kampf gegen die Not in Deutschland und anderen Mangelländern die gemeinsame Pflicht aller noch gebefähigen Länder und Völker ist und daß sie, selbst wenn in den Kriegsjahren von deutscher Seite Schwerstes und Grauensvolles über sie dahinging, weitherzig genug sein mögen, Vergangenes zu vergessen und auch euch sowie ganz Europa und der ganzen Menschheit die Hoffnung auf ein besseres Morgen im Zeichen der Liebe zu schenken.

- Was euch an Gaben zugeht aus der katholischen Welt, durch Uns selbst oder auf anderem Wege, möge euch als sichtbarer Erweis Unserer Gesinnung und Unserer Bemühungen gelten und in euren Gläubigen das Bewußtsein wach halten, daß sie, auch wenn vereinsamt, entwurzelt und heimatlos geworden, immer eine Heimstätte haben im weiten Vaterhaus der katholischen Kirche und im Familiengeist ihrer Kinder.

Gott dem Herrn, der die Herzen wie Wasserbäche lenkt, und den Ungezählten und Ungenannten, die auf Unsere Stimme hörten, sei inniger Dank gesagt dafür, daß dem Hilferuf des obersten Hirten ein weltweites Echo geantwortet hat. Nur dadurch konnten Wir, so wie in anderen Ländern, auch in Deutschland Kinder und Jugendliche, Heimkehrer und unfreiwillig Arbeitslose, Alte und Kranke, Heimat- und Obdachlose, an den Liebesopfern der katholischen Weltcaritas teilnehmen und fühlen lassen, daß das Reich Christi nicht Sieger und Besiegte, sondern nur Hilfsbedürftige und Hilfsbereite kennt ...

Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden.

Wenn Wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt Uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens, über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir fürchten freilich, daß ihr Urteil streng ausfallen wird.

- Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat. War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag zwölf Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben.

Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? Und war jene Maßnahme politisch vernünftig und wirtschaftlich verantwortbar; wenn man an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volks und darüber hinaus an den gesicherten Wohlstand von ganz Europa denkt?

Ist es wirklichkeitsfremd, wenn Wir wünschen, und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich noch rückgängig machen läßt?

Was jedoch als schwerste Hirtensorge auf Uns und euch lastet, ist die religiöse Not der Ausgewiesenen. Nicht der in überwiegend katholische Gebiete Verpflanzten, wo sie das Gotteshaus, den Priester, die katholische Schule und das ganze kirchliche Leben finden, wie es in der alten Heimat ihr eigen war, sondern die Not jener anderen - und es sind einige Millionen - katholischen Flüchtlinge, jetzt zerstreut in weite Gebiete, in denen die katholische Kirche seit der Glaubensspaltung kaum wieder Fuß gefaßt hatte, wo das kirchliche Leben erst ganz von

Grund auf aufzubauen ist.

Was Wir vernehmen von den endlosen Schwierigkeiten, diese oft durch kaum übersteigbare Zonengrenzen von ihrer Diözese abgeschnittenen Gebiete zu verwalten, von ihrem Priester-mangel, von der unvorstellbaren Überbelastung und Gefährdung der dorthin verschlagenen katholischen Flüchtlinge, der Erwachsenen und besonders der Kinder, das alles wirkt erschüt-ternd und läßt Uns an den deutschen Klerus, den Welt- wie Ordensklerus, die Ordensschwe- stern und die Kirchlichen Hilfskräfte aus dem Laientum die inständige Bitte und Mahnung richten, das letzte Verfügbare einzusetzen, um dieser an sie gestellten Aufgabe nach Möglich- keit Herr zu werden.

Wenn wir seinerzeit einen von euch, Bischof Maximilian Kaller, mit den Sonderbelangen der Flüchtlingsseelsorge betrauten, so galt seine Sendung an erster Stelle der Behebung des Prie- ster mangels in jenen Diasporagebieten. Er ist an seine Arbeit herantreten mit der Tatkraft und Opferfreudigkeit, die ihm eigen waren, wurde aber zu Unserem großen Schmerz unerwar- tet schnell in die Ewigkeit abberufen und hat die Ausführung jener Sendung unfertig, ja in den Anfängen zurücklassen müssen.

Inzwischen sind die völlig neuen kirchlichen Verhältnisse, die durch die Bevölkerungsum- schichtung in eurem Land geschaffen wurden, erst richtig in Erscheinung getreten. Sie werden noch umfassendere Maßnahmen notwendig machen. ...

Wir haben in den Tagen, da Wir in eurem Vaterland wirkten, die Glaubensfreudigkeit und Glaubenstreue der ostdeutschen Katholiken kennen und schätzen gelernt. Wie lebendig ist in Uns noch vom Jahre 1926 her die Erinnerung an die stolze Heerschau des katholischen Deutschlands in Breslau, die ja der Hauptsache nach eine Heerschau des katholischen deut- schen Ostens war, ein "gewaltiger Ausdruck katholischen Denkens und treuer Hingabe an Kirche und Papst", wie Wir selbst damals, von Breslau nach Berlin zurückgekehrt, ergriffen an den hochseligen Kardinal Adolf Bertram schrieben. Nur mit Wehmut können wir heute jener Tage gedenken angesichts des furchtbaren Verhängnisses, das inzwischen über die ost- deutsche Bevölkerung hereingebrochen ist.

Die katholischen Ostflüchtlinge sollen wissen, daß die Bande, die sie heute mit dem Ober- haupt der Kirche zusammenschließen, noch enger sind als jene, die sie damals mit dessen Vertreter verbanden.

Wir erwarten Unsererseits von ihnen, daß sie sich von der zermalmenden Wucht ihrer Not nicht irremachen lassen an dem Glauben, den ihre Väter und Mütter, ihre Seelsorger und Bi- schöfe in ihre Kinderherzen gesenkt haben. Mag der Taufstein ihrer Pfarrkirche zerstört oder ihrem Blick nicht mehr zugänglich sein: das Taufgelübde von einst folgt ihnen in die Verban- nung und heischt Erfüllung.

Deshalb hat es Uns auch mit Freude erfüllt, zu hören, daß von denen unter ihnen, die in härte- ste Diaspora, in glaubensfremde und glaubensarme Umgebung verschlagen wurden, nicht we- nige nach ihrer Art und heutigen Verhältnissen entsprechend das Wort des frommen Tobias an seine Volks- und Glaubensgenossen wahr machen:

"Deshalb hat er (Gott) euch unter die Heiden zerstreut, damit ihr seine Wunderwerke verkün- det und sie zur Erkenntnis führt, daß es keinen anderen allmächtigen Gott außer ihm gibt" (Tob. 13,9).

Wenn sie heute unter Tränen säen, möge aus ihrer Saat hundertfältige Frucht für das Reich Gottes auf deutschem Boden aufsprießen.

Die Unterbringung von zwölf Millionen Menschen auf einem von Krieg und Niederlage schwer getroffenen und durch die Abtretung weiter Gebiete verengten Boden hat Leiden, Not- stände und Schwierigkeiten geschaffen, die zu meistern bis jetzt die Möglichkeiten fehlen. Dann mögen die katholischen Ostflüchtlinge aber begreifen, daß auch der Aufbau des kirchli- chen Lebens und der Seelsorge unter ihnen Zeit und Geduld braucht. Um so mehr erhoffen

wir, daß die anderen, denen die Bitternis der Heimatlosigkeit erspart geblieben ist, den Zugewanderten hilfsbereit entgegenkommen, auch wenn von Ihrem Eigennutz harte Opfer verlangt werden. ...

Aus euren Schreiben geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, wie aus zahlreichen anderen Quellen entnehmen Wir mit Genugtuung, daß trotz aller äußeren Hemmungen und der zermürbenden Sorgen des täglichen Lebens die Besinnung auf die großen Aufgaben der Kirche unter euren Gläubigen an Lebendigkeit gewinnt, wenn auch die Schäden, welche die letzten fünfzehn Jahre dem religiösen Leben gebracht haben, sehr fühlbar sind und ihre entsittlichen Folgen das Land fast ebenso wie die Stadt erfaßt haben.

Mit Freude hören Wir, daß in weiten Gebieten die katholische Schule wiedererstanden ist und daß die Kinder große Aufgeschlossenheit für das Religiöse zeigen. Setzt alles daran, daß die Rechte der Kirche und der Eltern auf das Kind und seine Schule volle Wahrung erfahren und daß die Familie eine Pflegestätte gemeinschaftlichen religiösen Lebens bleibt oder von neuem wird!

Immer, wenn es gilt, nach Zeiten langer Kämpfe und schwerer Verfolgungen Wege in eine neue Zukunft zu bahnen, ist es unvermeidlich, daß Meinungsverschiedenheiten auftauchen, sowohl in der nachträglichen Beurteilung dessen, was geschehen, wie in der Sichtung und Abschätzung dessen, was nunmehr zu tun ist. Wir wissen um Mißklänge, die es im Laufe solcher Auseinandersetzungen gegeben hat, und denken, daß noch weitere folgen könnten.

Wir haben das Vertrauen zu euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, daß ihr in eurer Weisheit und Güte die richtige Mitte finden werdet zwischen zu langem und zu gefährlichem Gewährenlassen zersetzender Einflüsse und vorzeitiger Drosselung von geistigen Auseinandersetzungen, die in rechten Grenzen und würdiger Form gehalten, die Gutdenkenden zu wertvollen Erkenntnissen und zur Klärung der gemeinsamen Ziele führen können.

Von der katholischen Laienwelt Deutschlands erwarten wir mit väterlichem Vertrauen und unverminderter Zuversicht, daß sie, immer bereit, den Weisungen ihrer Bischöfe zu folgen, in treuer Verbundenheit mit dem ihre Leiden und Freuden, ihre Sorgen und Hoffnungen teilenden Klerus - so wie in den besten Zeiten ihres Ringens und Schaffens während der letzten hundert Jahre - immer auf die großen und entscheidenden Aufgaben gerichtet, den ganzen Reichtum der katholischen Überzeugung und der christlichen Lebensführung ihrem Vaterland in seiner schwersten Stunde und tiefsten Not zur Verfügung stellt.

Im Laufe dieses Jahrhunderts begeht das katholische Deutschland bedeutungsvolle Jahrhundertfeiern von Ereignissen aus längst vergangener und neuerer Zeit: die Siebenhundertjahrfeier der Grundsteinlegung des Kölner Dorns, seines mächtigen Wahrzeichens; die Achthundertjahrfeier der Apostelbasilika von St. Matthias in Trier; die Jahrhundertfeier der deutschen Katholikentage im "goldenen Mainz".

- Mit Ergriffenheit gedenken wir der Stunden, in denen bei unvergeßlichen Feiern die Weihe eurer Heiligtümer Uns die Seele erfüllte, und Trauer bedrückt Uns bei dem Gedanken, daß ihre Türme, wo sie noch stehen, heute weit hinaus in ein verwüstetes und hoffnungsarmes Land ragen. Doch gerade so ist Uns die Kunde, daß ihr die genannten Gedenktage feierlich begehen wollt, Unterpfand eures Lebensmuts und eurer Lebenskraft.

Wir nehmen jene drei Jahrhundertfeiern als Sinnbild dafür, daß euer katholisches Volk in sein Wiederaufbauwerk nicht nur die Mauern und Türme seiner vom Krieg vernichteten und geschädigten Gotteshäuser, seiner Wohn-, Arbeits- und Bildungsstätten einbeziehen will, sondern ebenso die unentbehrlichen geistigen Werte einer glaubensstarken und ruhmvollen, an führenden Gestalten reichen Vergangenheit, über welche der Name des großen Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler in wegweisendem Glanz leuchtet.

Einem katholischen Deutschland, das im Zeichen Kettelers an seinen wirtschaftlichen, geistigen und religiösen Wiederaufbau herangeht, kann die Zustimmung derer nicht fehlen, die gu-

ten Willens sind, gleichviel ob in den eigenen Reihen oder in den Reihen der anderen, noch der Segen des allmächtigen Gottes.

In dieser tröstlichen Erwartung erteilen Wir euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, euren Mitarbeitern, eurem Klerus und eurem gesamten gläubigen Volk in stets gleicher väterlicher Liebe den erbetenen Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom bei Sankt Peter, am 1. März 1948, im neunten Jahre Unseres Pontifikates.

Papst Pius der Zwölfte<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-135): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams (Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden) brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". Der Bankenausschuß des Repräsentantenhauses hielt im September Anhörungen ab.

Die Abgeordnete Carolyn Maloney erklärte, daß "die verflossene Zeit keine Entschuldigung für unrechtmäßige Bereicherung sein darf" (jedenfalls nicht die aus jüdischer Zwangsarbeit - die afrikanisch-amerikanische Sklavenarbeit ist eine andere Geschichte), während der Ausschußvorsitzende Leach, der sein altes Skript erneut verlas, tönte, daß "die Geschichte keine Verjährungsfrist kennt".

Deutsche Firmen, die in den Vereinigten Staaten Geschäfte machten, teilte Eizenstat dem Ausschuß mit, "legen Wert auf ihr gutes Ansehen hierzulande, und sie werden in den USA und in Deutschland weiterhin jene gute staatsbürgerliche Gesinnung beibehalten, die sie immer gezeigt haben."

Unter Verzicht auf diplomatische Nettigkeiten drängte der Kongreßabgeordnete Rick Lazio den Ausschuß ganz unverblümt, "sich auf die deutschen Firmen des privaten Sektors zu konzentrieren, insbesondere auf jene, die in den USA Geschäfte machen".

Um die öffentliche Hysterie gegen Deutschland anzuheizen, brachte die Holocaust-Industrie im Oktober verschiedene ganzseitige Zeitungsanzeigen heraus. Die schreckliche Wahrheit war nicht genug; man bediente alle Register DES HOLOCAUST. Eine Anzeige, die sich gegen den deutschen Pharmahersteller Bayer richtete, brachte Josef Mengele ins Spiel, obwohl es keinerlei Beweise dafür gibt, daß Bayer dessen mörderische Experimente "gesteuert" hat.

In der Erkenntnis, der Wucht DES HOLOCAUST nicht standhalten zu können, unterwarfen die Deutschen sich am Ende des Jahres einem umfangreichen finanziellen Vergleich. Die

Londoner Times führte diese Kapitulation auf die "Holocash-Kampagne" in den Vereinigten Staaten zurück. "Ohne den persönlichen Einsatz von Präsident Clinton ... sowie anderer hoher Beamter" der US-Regierung, teilte Eizenstat dem Bankenausschuß später mit, "hätten wir keine Einigung erreicht."

Wie die Holocaust-Industrie anklagend feststellte, hätte Deutschland eine "moralische und rechtliche Verpflichtung", ehemalige jüdische Zwangsarbeiter zu entschädigen. "Diese Zwangsarbeiter verdienen ein wenig Gerechtigkeit", plädierte Eizenstat, "für die paar Jahre, die sie noch zu leben haben."

Doch es ist, wie weiter oben schon gezeigt, einfach nicht wahr, daß sie keinerlei Entschädigung erhalten hätten. In die ursprünglichen Abkommen mit Deutschland zur Entschädigung von Häftlingen der Konzentrationslager waren auch jüdische Zwangsarbeiter einbezogen gewesen. Die deutsche Regierung entschädigte ehemalige jüdische Zwangsarbeiter für den "Freiheitsentzug" und für "Beeinträchtigung der Gesundheit".

Nur die zurückbehaltenen Löhne wurden nicht formell entschädigt. Jene, die bleibende Schäden erlitten hatten, erhielten eine ansehnliche lebenslange Rente. Deutschland bedachte auch die Jewish Claims Conference mit annähernd einer Milliarde Dollar (nach heutigem Wert) für jene jüdischen ehemaligen Lagerhäftlinge, die nur die Minimal-Entschädigung erhalten hatten. Die Claims Conference verstieß ... gegen das Abkommen mit Deutschland und verwendete die Gelder statt dessen für ihre verschiedenen Lieblingsprojekte. ...

Die Frage, was eine "angemessene" Entschädigung für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter darstellen könnte, ist schlechterdings nicht zu beantworten. Man kann jedoch folgendes festhalten: Dem neuen Abkommen zufolge wird jeder ehemalige jüdische Zwangsarbeiter vermutlich etwa 7.500 Dollar erhalten. Wenn die Claims Conference die ursprünglich von Deutschland gezahlten Gelder angemessen verteilt hätte, hätten sehr viel mehr jüdische Zwangsarbeiter sehr viel früher sehr viel mehr Geld erhalten.

Ob die "bedürftigen Holocaust-Opfer" je etwas von den neuen Geldern aus Deutschland sehen werden, ist eine offene Frage.

Die Claims Conference wünscht, daß ein großer Anteil als "Sonderfonds" zu ihrer Verfügung abgezweigt wird. Dem Jerusalem Report zufolge hat die Konferenz "viel zu gewinnen, wenn sie dafür sorgt, daß die Überlebenden nichts bekommen".

Der israelische Knesseth-Abgeordnete Michael Kleiner (Herut-Partei) geißelte die Konferenz als einen "Judenrat, der das Werk der Nazis auf andere Weise fortsetzt". Sie sei eine "unredliche Körperschaft, die sich in professionelle Geheimniskrämerei hüllt und durch abstoßende öffentliche und moralische Korruption verdorben ist", klagte er, "eine Körperschaft der Finsternis, die jüdische Holocaust-Überlebende und deren Erben mißhandelt, während sie selbst auf einem riesigen Haufen Geld sitzt, das Privatpersonen gehört, aber alles unternimmt, (das Geld) zu erben, während diese noch am Leben sind".

In der Zwischenzeit erging sich Stuart Eizenstat in weiteren Lobreden über das "transparente Vorgehen, das die Jewish Material Claims Conference in den letzten vierzig-und-ein-paar Jahren gezeigt hat".

Was jedoch blanken Zynismus angeht, wird Rabbi Israel Singer von niemandem übertroffen. Nach den Abkommen mit der Schweiz und Deutschland wiederholte er vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses salbungsvoll, daß "es eine Schande wäre", wenn die Holocaust-Entschädigungen "an Erben statt an Überlebende ausbezahlt" würden. "Wir wollen nicht, daß dieses Geld an Erben ausgezahlt wird. Wir wollen, daß das Geld an die Opfer bezahlt wird."

Doch wie "Haaretz" berichtet, war es vor allem Singer, der dafür eintrat, die Holocaust-Entschädigungen zu verwenden, "um die Bedürfnisse des ganzen jüdischen Volkes zu befriedigen, und nicht nur die jener Juden, die das Glück hatten, den Holocaust zu überstehen und

bis ins hohe Alter zu leben."

Henry Friedlander, der geachtete Historiker und Auschwitz-Häftling, skizzierte in einer Veröffentlichung des US Holocaust Memorial Museums für das Kriegsende folgendes Zahlenbild:

"Wenn Anfang 1945 etwa 715.000 Häftlinge in den Lagern waren und zumindest ein Drittel - das heißt etwa 238.000 - im Frühjahr 1945 starben, können wir annehmen, daß höchstens 475.000 Häftlinge überlebten. Da die Juden systematisch ermordet wurden und allenfalls jene, die man zur Arbeit auswählte - in Auschwitz etwa 15 Prozent -, auch nur eine Chance hatten, am Leben zu bleiben, müssen wir davon ausgehen, daß Juden nicht mehr als 20 Prozent der Menschen in den Konzentrationslagern (zur Zeit der Befreiung) ausmachten."

"Demnach läßt sich abschätzen", folgerte er, "daß die Zahl der jüdischen Überlebenden nicht mehr als 100.000 betragen haben kann."

Friedlanders Zahl der bei Kriegsende noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter gilt unter Wissenschaftlern übrigens als relativ hoch. In einer maßgeblichen Untersuchung schrieb Leonard Dinnerstein: "Sechzigtausend Juden ... verließen die Konzentrationslager. Innerhalb einer Woche waren mehr als 20.000 gestorben."

Während einer Besprechung im Außenministerium im Mai 1999 nannte Stuart Eizenstat eine Gesamtzahl von 70.000 bis 90.000 noch lebender Zwangsarbeiter, Juden wie Nichtjuden, wobei er die Zahl anführte, die von "sie vertretenden Gruppen" stammte.

Damit läge die Zahl der noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter bei 14.000 bis 18.000 (20 Prozent von 70.000 bis 90.000). Doch als sie in die Verhandlungen mit Deutschland eintrat, verlangte die Holocaust-Industrie Entschädigung für 135.000 noch lebende ehemalige jüdische Zwangsarbeiter.

Die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter (Juden wie Nichtjuden), wurde mit 250.000 angegeben. Anders gesagt, die Zahl noch lebender ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter hat sich seit Mai 1999 auf fast das Zehnfache erhöht, und das Verhältnis zwischen noch lebenden jüdischen und nichtjüdischen Zwangsarbeitern hat sich drastisch verschoben. Wenn man der Holocaust-Industrie glauben darf, leben heute mehr ehemalige jüdische Zwangsarbeiter als vor einem halben Jahrhundert.

"Welch verworrenes Netz spinnen wir", schrieb Sir Walter Scott, "wenn wir erst anfangen zu betrügen." Während die Holocaust-Industrie Zahlenspiele treibt, um ihre Entschädigungsforderungen hochzutreiben, machen sich Antisemiten voller Schadenfreude lustig über die "jüdischen Lügner", die sogar ihre Toten "verhöckern". Mit dieser Zahlenakrobatik wäscht die Holocaust-Industrie den Nationalsozialismus, wenn auch unbeabsichtigt, rein.

Raul Hilberg, beim Thema Holocaust die führende Autorität, gibt die Zahl der ermordeten Juden mit 5,1 Millionen an. Wenn aber heute noch 135.000 ehemalige jüdische Zwangsarbeiter am Leben sind, dann müssen ungefähr 600.000 den Krieg überlebt haben. Das übertrifft die anerkannten Schätzungen um mindestens eine halbe Million. Diese halbe Million müßte man dann von den 5,1 Millionen Ermordeten abziehen. Damit wird nicht nur die Zahl von "6 Millionen" immer unhaltbarer, sondern die Zahlen der Holocaust-Industrie nähern sich rasch denen der Holocaust-Leugner.

Man muß im Auge behalten, daß der Nazi-Führer Heinrich Himmler die Gesamtzahl der Lagerinsassen im Januar 1945 auf knapp über 700.000 bezifferte und daß laut Friedlander bis zum Mai etwa ein Drittel von ihnen getötet wurde. Wenn nun aber die Juden nur etwa 20 Prozent der überlebenden KZ-Häftlinge ausmachten und, wie es die Holocaust-Industrie unterstellt, 600.000 jüdische Lagerinsassen den Krieg überlebten, dann müßten insgesamt sogar 3 Millionen Lagerinsassen überlebt haben.

Nach diesen Schätzungen der Holocaust-Industrie dürften die Bedingungen in den Konzentrationslagern gar nicht so hart gewesen sein; ihnen zufolge müßte man von einer bemerkenswert

hohen Vermehrungs- und einer bemerkenswert niedrigen Sterblichkeitsrate ausgehen.

Als gesicherte Auffassung gilt, daß die "Endlösung" als einmalig effiziente, fließbandartige industrielle Vernichtung abgelaufen ist.

Doch wenn, wie die Holocaust-Industrie vorbringt, viele hunderttausend Juden überlebt hätten, könnte die "Endlösung" am Ende gar nicht so effizient abgelaufen sein. Sie müßte weniger zielgerichtet gewesen sein - genau das, was die Holocaust-Leugner vertreten. "Les extrêmes se touchent" - "die Extreme berühren einander".

Raul Hilberg hat in einem kürzlich erschienenen Interview betont, daß Zahlen von Bedeutung sind, wenn man die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis begreifen will. Die von der Claims Conference geänderten Zahlen stellen sein eigenes Verständnis in der Tat radikal in Frage.

Laut "Positionspapier" der Claims Conference für die Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeit war diese " ... eine der drei von den Nazis angewandten Hauptmethoden, die Juden zu ermorden - die anderen beiden waren Erschießen und Vergasen. Einer der Zwecke der Sklavenarbeit war es, daß die Menschen sich zu Tode arbeiteten ...

In diesem Zusammenhang ist der Ausdruck 'Sklave' nicht ganz zutreffend. In der Regel sind Sklavenhalter daran interessiert, Leben und Arbeitsfähigkeit ihrer Sklaven zu erhalten. Bei diesen 'Sklaven' hatten die Nazis jedoch vorgesehen, ihre Arbeitskraft zu nutzen und die 'Sklaven' anschließend zu vernichten."

Abgesehen von Holocaust-Leugnern hat bisher kein Mensch bestritten, daß die Nazis die Zwangsarbeiter für dieses schreckliche Schicksal bestimmt hatten. Wie lassen sich diese anerkannten Tatsachen aber mit der Behauptung in Einklang bringen, in den Lagern hätten viele hunderttausend jüdische Zwangsarbeiter überlebt? Hat die Claims Conference dadurch nicht eine Bresche in die Mauer geschlagen, die die schreckliche Wahrheit über den Holocaust von der Leugnung des Holocaust trennte?

In einer ganzseitigen Anzeige in der New York Times verurteilten Größen der Holocaust-Industrie wie Elie Wiesel, Rabbi Marvin Hier und Steven T. Katz "Syriens Leugnung des Holocaust". Der Text zog über einen Leitartikel in einer regierungsoffiziellen syrischen Zeitung her, in dem behauptet wurde, daß Israel "Geschichten über den Holocaust erfindet", um "mehr Geld von Deutschland und von verschiedenen europäischen Institutionen zu erhalten".

Leider trifft der syrische Vorwurf zu. Doch die Ironie, die sowohl der syrischen Regierung als auch den Unterzeichnern der Anzeige entging, liegt darin, daß diese Geschichten, die von vielen hunderttausend Überlebenden sprechen, selbst eine Art von Leugnung des Holocaust darstellen. ...<<

Die Zeitschrift "Politische Meinung" berichtete im August 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/156): >>... Zuweilen kann das Werk aufgrund des jetzigen Forschungsstandes nur Splitterwissen vermitteln. Gleichwohl besteht der generelle Wert des Buches darin, ein Luftloch geschlagen zu haben in das Packeis des organisierten Vergessens und Verharmlosens bis 1989. ...

"Es gibt unter Zeitgenossen", so Ehrhart Neubert von der Gauck-Behörde, "widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechen werden können." ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 1998 über die hiesige Vergangenheitspflege (x853/...): >>Geschichtserinnerungen in "Auswahl"

... Es erscheint bemerkenswert, daß sich in den laufenden Jahren die Zuwendung zur jüngeren Vergangenheit der Deutschen immer mehr verstärkt, die Erinnerung an den schmerzhaftesten Vorgang ihrer Geschichte jedoch in gleicher Weise fortschreitend verblaßt. Und dies, obwohl

sich ihr Schicksal in der Welt, in Sonderheit auf dem Balkan, an vielen kleineren Völkern wiederholte und damit auf bittere Weise aktuell hielt.

Die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus dem Sudetenland, aus Ungarn und den Ostgebieten des Reiches scheint für die meisten Zeitgenossen kein "Thema" mehr zu sein, sondern längst der Geschichte anzugehören. Die sonst bei anderen "Singularitäten" entrüstet abgewehrte "Historisierung" hat sich im Falle der millionenfachen Menschengruppierungen fast geräuschlos vollzogen.

Bis in die neunziger Jahre von den Vertriebern weitgehend totgeschwiegen und im eigenen Land in den Schatten passionierter "Vergangenheitsbewältigung" geschoben, geriet die Deutschen-Vertreibung der Nachkriegszeit immer mehr an den Rand der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die von den Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden getragenen Jahres- und Gedenktage wie die alljährlichen Pfingsttreffen und "Tage der Heimat" offenbarten von Mal zu Mal stärker die Ungleichheit erwiesener Anteilnahme seitens parteipolitischer Verantwortungsträger und zensurierender Meinungsführer in den etablierten Medien.

Flankiert von zunehmenden Infragestellungen reportierter Verluste und Leiden der Vertriebenen, bei denen weder ein Nach- oder Herunterrechnen der Todeszahlen als "Verharmlosung" oder "Volksverhetzung" gilt noch die andauernde Verweigerung einer Entschädigung als kritikwürdig betrachtet wird.

Vielmehr sind in letzter Zeit Versuche zu beobachten, den Vertriebenenverbänden öffentliche Finanzmittel zu kürzen oder ganz zu streichen, auf der anderen Seite jedoch den Vertreiberstaaten unter euphemistischen Bezeichnungen wie "Zukunftsfonds" um so bereitwilliger Gelder zur Verfügung zu stellen. Öffentliche Sparsamkeit scheint vornehmlich bei der Förderung ost- und sudetendeutscher Kulturarbeiten geboten, bei der Erfüllung anderweitiger Forderungen aber keine Rolle zu spielen.

Das Paulus-Wort an die Hebräer 13, 16 ist in diesem Falle ebenso vergessen wie die Vorgeschichte der Deutschen-Vertreibung. Das beweisen nicht nur die sich häufenden öffentlichen Auslassungen über die Vertriebenen und geistesarme Berichte über ihre Aktivitäten, sondern auch manche zeitgeistverhafteten "Selbstkritiken" arrivierter Vertriebenen, die sich zu Lasten der Leidgenossen profilieren.

Ihre Beispiele reichen von hohen Partei-Amtswaltern über wohl bestellte "Talkmaster" bis zu rezensierenden Universitätsprofessoren. 50 Jahre nach der durchlittenen Vertreibung scheinen die Vertriebenen für die Hammer schwingenden "Volkspädagogen" wieder Amboß zu sein und als zeitgeschichtliches Freiwild zu gelten, dem man selbst auf ihren Gedenktagen und Erinnerungstreffen mit "Ermahnungen" und "Aufrufen zur Versöhnung" kommt.

Linkische Appelle, die derselben Unbedarftheit zu entspringen scheinen wie verbreitete Vorstellungen von der Vorgeschichte der Vertreibung, die sich in deren Ignoranz in der angeblichen Reaktion der Vertreiber auf die ihnen zuvor von Deutschen zugefügten Verbrechen erschöpft und damit zur bloßen "Vergeltung" verharmlost wird.

Daß Deutschböhmen und Deutschmährer 1938 zu Tausenden erst mit KZ-Baracken im "Großdeutschen Reich" bittere Erfahrungen machten und 1939 mit reichsdeutschen Kasernen, fehlt größtenteils im rudimentären Geschichtsbild der Vertriebenen-Kritiker.

In gleicher Weise geht ihnen die Kenntnis ab von der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staatspräsident Benesch bereits im September 1938 den Gedanken einer teilweisen Vertreibung gehegt hat, als er achthunderttausend bis einer Million Sudetendeutscher eine "Bevölkerungsverlagerung" zuzumuten gedachte.

Wie den "Vergeltungs-Theoretikern" im allgemeinen völlig ungeläufig ist, daß die Polen im Frühjahr 1938 sich bereits nach einem Krieg mit Deutschland als Sieger sahen und Pläne für einen "Transfer" der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen hegten.

Absichten und Vorhaben, die bestanden, bevor ein deutscher Soldat seinen Fuß auf den Boden

der Tschechoslowakei setzte bzw. Polen zu einem rechtlosen "Generalgouvernement" herabgedrückt wurde und unter der deutschen Fremdherrschaft zu leiden hatte; die nach der Kriegswende 1942/43 immer realere Gestalt annahm und schließlich von den drei Hauptsiegermächten 1945 "abgesegnet" wurden.

Dabei wurden den beiden Westmächten, Großbritannien und USA, von den tschechischen und polnischen Interessenten zur leichteren Entscheidungsfindung einseitig gefärbte Darstellungen geliefert und die Volksdeutschen als "Fünfte Kolonne Hitlers" abqualifiziert. Zur damaligen Zeit wie ein Schuldspruch, dem die Vertreibung als Exekution folgte und der heute noch in den Feindseligkeiten der Vertriebenen-Kritiker fortzuwirken scheint.

Als Meister dieser Umwidmung der deutschen Landsleute zu "Helfern Hitlers" erwies sich der tschechoslowakische Staatspräsident Eduard Benesch. Ausgestattet mit einem fast einmaligen Spürsinn für den jeweils vorherrschenden Zeitgeist brachte er das Kunststück fertig, die Deutschböhmen und Deutschmährer zunächst gegen ihren erklärten Willen in der Tschechoslowakei zu halten und für dieses Ziel grobe Verstöße gegen die geschichtliche Wahrheit zu riskieren, um sie dann beim selbstverschuldeten Zerbrechen seiner 1919 mit partiellen Unwahrheiten zusammengezimmerter Staatskonstruktion als Hauptschuldige hinzustellen.

Mit der Folge, daß im Schatten der Brandmarkung Hitler-Deutschlands die Sudetendeutschen auch gleich mit stigmatisiert wurden und die nach dem gleichen Benesch benannten "Präsidentendekrete", welche die Deutschböhmen entschädigungslos enteigneten und aus der angestammten Heimat wiesen, bis heute in Kraft blieben.

- Eine Kapitulation der westlichen "Wertegemeinschaft" vor Staatskriminalität, die Ihresgleichen sucht. Allenfalls noch verschlimmert durch das Schweigen moralischer und politischer Schirmherren der Vertriebenen, welche in feierlichen Deklarationen solche Unrechtstatbestände als "bestehende Rechtsordnung" anerkannten.

Für die Betroffenen, denen nach Bekunden des amtierenden deutschen Staatsoberhauptes die Sympathie der Zeitgenossen gelten sollte, Anlaß, durch Erinnerung an ihr Schicksal dieses unverjährende Unrecht einer erlösenden Tilgung zuzuführen; nicht nur aus Sorge um den eigenen Ruf bei Umwelt und Nachkommen, sondern auch als Fingerzeig auf eine stalinistische Erbschaft, die durch ihre politische Unmoral das Zusammenleben in einer späteren europäischen Gemeinschaft vergiften kann und die sich augenscheinlich heute schon in den verrottenen und heruntergekommenen Landschaften der sudetendeutschen Vertreibungsgebiete als Fluch der bösen Tat von 1945 dokumentiert.

Deren Fortsetzung der Respekt vor dem Schicksal und Heimatrecht der Vertriebenen Einhalt gebieten soll, um die Möglichkeit eines friedlichen Wiederzusammenfindens in gewünschter Nachbarschaft für die Zukunft zu eröffnen.<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtete im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>Altgewordene 68er?

- Kulturrevolution nach 30 Jahren -

Intus, intus est equus troianus.

Innen, innen ist das trojanische Pferd.

Cic. pro Mur. 37,78

In diesem Jahr steht uns ein makabres Jubiläum ins Haus: die dreißigste Wiederkehr jenes Ereignisses, das man allgemein als die 68er Revolution zu bezeichnen pflegt. Natürlich läßt sie sich zeitlich nicht auf diese genaue Weise lokalisieren. Vielmehr ist 1968 zum Symbol und zum Markstein einer Entwicklung geworden, die immer noch ihrem Höhepunkt, dem totalen Nihilismus und der radikalen Liquidierung dessen zustrebt, was den Menschen zu allen Zeiten in dieser oder jener Form hoch und heilig war.

Vor diesem Nihilismus hat schon Nietzsche gewarnt, der ihm in seinem berühmten Essay: "Was ist vornehm?" das Idealbild des edlen, dem Habitus und der Gesinnung nach aristokrati-

schen Menschen entgegenstellt, der sich zu Heimat, Vaterland und seinen Vorfahren bekennt, zu den anderen bei aller Hilfsbereitschaft doch auch Distanz hält und sich zu den struppigen, absichtsvoll schmuddeligen, grölenden, ressentimentgeladenen Kommunarden von 1968, die sich lustvoll der Masse hin- und preisgaben, natürlich wie die Faust aufs Auge verhält.

Zwischen diesen brüllenden Scharen, die mit ihrem herdenweise intonierten Ruf nach "Diskussion" ihre eigene Sprachunfähigkeit artikulierten und dem Herrn Studiosus von einst scheint es keine Verbindung zu geben und doch sind die feinen, aber deutlichen und reißfesten Entwicklungslinien, die zur 68er Kulturrevolution geführt haben, für jeden erkennbar, der sein unvoreingenommenes Urteil nicht zugunsten jener qualligen Mischung von Kulturindustrie, Kulturrevolution, eines an nichts mehr gebundenen Liberalismus und jener hektischen Zeitgeist-Beflissenheit aufgegeben hat, die bei uns das kirchliche Leben schon bis in seine Wurzeln infiziert.

Klar erkennbar sind die Entthronung Gottes in der Voraufklärung und in der Aufklärung selber, die Ablehnung der abendländischen Bildungstradition und die Absage an die Wahrheitsfähigkeit des menschlichen Geistes zugunsten der Ideale einer leerlaufenden Emanzipation und Toleranz, die Preisgabe des Naturrechtes und damit auch der Verankerung der Autorität in der menschlichen Wesensnatur und letztlich im Willen Gottes seit Thomas Hobbes (1588-1679) und Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), dem eigentlichen Vorläufer der französischen Revolution und auch der "Frankfurter Schule" oder "kritischen Theorie", wie man sie ebenfalls zu nennen pflegt.

Somit ist es in der Tat lebenswichtig für alle, die durch den Marsch der 68er durch die Institutionen und die Kirche an die Wand gedrückt wurden, die geistige Frühgeschichte der Kulturrevolution vor Augen zu haben und auch zu realisieren, daß es sich hier um ganz einfache Grundideen handelt, zu deren Beurteilung man kein philosophischer Kopf sein muß.

Nehmen wir zum Beispiel die Idee der geistigen und moralischen Autonomie, wie sie Kant als das Ideal und die innerste Absicht seiner Epoche in seinem berühmten Aufsatz: "Was ist Aufklärung?" in der Dezember-Nummer der "Berlinerischen Monatsschrift" von 1784 verkündet hat.

Wird sie auf die Spitze getrieben, wie das bei den 68ern und ihren Epigonen bis heute der Fall war und ist, dann bleibt das in absichtlicher totaler Bindungslosigkeit verharrende Ich ganz allein mit seiner eigenen Emanzipation, die nunmehr sein einziges und höchstes Gut ist. Aber sie kann diese Rolle nicht spielen, weil sie in Wirklichkeit eine Negation, eine Absage, eine Aufstandsbewegung gegen alles Überkommene ist, dem aber nun dieses Ich nichts anderes als seine leerlaufende Willkür entgegensetzen kann.

Gerade deshalb verfällt es um so widerstandsloser dem Sog der Masse, der Staatsomnipotenz – nicht umsonst spricht man vom "aufgeklärten Absolutismus" - und vor allem dem Diktat seiner eigenen Triebe, denen es nun nichts mehr entgegensetzen hat als das Pochen auf seine eigene armselige Souveränität, die als pure Frucht der Ideologie und das Ressentiment keine Macht mehr hat, sich gegen sie durchzusetzen.

So kann man in Abwandlung des bekannten Grillparzer-Wortes getrost die Formulierung wagen, daß der Weg von der Autonomie der Aufklärung geradewegs zum Trieb- und Massenmenschen und mithin zur Bestialität führt, wie sie in der französischen Revolution, der Oktoberrevolution und der zunehmenden Verrohung eines Jahrhunderts zum Ausdruck kommt, in dem schon Kinder, wenn sie nicht zuvor schon abgetrieben wurden, ungehindert mit jener "Sex" genannten totalen und öffentlich präsentierten Entwürdigung des Menschen im Fernsehen und an allen Ecken und Enden konfrontiert werden, zu der die 68er Revolution endgültig den Weg freigegeben hat.

Und so ist diese Welt, in der wir heute leben, die so stolz ist auf ihre Toleranz, während zugleich die Würde des Menschen mit Füßen getreten wird, nicht das Werk der 68er! So herku-

lich waren die Gestalten nicht, die uns dieses Debakel einer völlig permissiven Gesellschaft und einer permissiven Kirche beschert haben, in der von Keuschheit und dem Adel der Reinheit kaum mehr die Rede ist. Sie sind nur Vollstrecker einer geschichtlichen Macht, von der I. M. Bochenski O.P. in seiner "Europäischen Philosophie der Gegenwart" sagt:

"Der Philosoph, lächerlich gemacht vom Volke, harmlos und in seinen Begriffen lebend, ist in Wirklichkeit eine furchtbare Macht. Sein Denken hat die Wirkung des Dynamits. Er geht seinen Weg, gewinnt Hand und Hand und ergreift schließlich die Massen. Es kommt der Augenblick, wo er siegreich alle Hindernisse überwindet und ungehindert den Gang der Menschheit bestimmt - oder das Leichentuch über ihre Ruinen breitet".

Die skizzierte Entwicklung wurde nach dem Kriege in heilsamer Weise unterbrochen. Die Ursachen sind bekannt und oft genug diskutiert worden. Viele von uns, die wir noch zur Kriegsgeneration gehören, haben die tiefe Wahrheit des Wortes: "Not lehrt beten!" am eigenen Leibe erfahren.

Die Lage nach dem Kriege erforderte alles andere als Ideologie: nämlich Tatkraft, gesunden Menschenverstand und wirtschaftliche Vernunft: Dinge, die in Konrad Adenauer exemplarisch verwirklicht waren, der wie alle großen Konservativen ein nüchterner Pragmatiker war. Die Familien hielten eisern zusammen, wie dies Helmut Schelsky in seiner bekannten Studie über die Familie der Nachkriegszeit so eindrucksvoll gezeigt hat.

Zänkereien über Gleichberechtigung oder gar die seltsame Idee, daß die Frau im Grunde ein zweiter Mann sei und sich in Kleidung, Habitus so zu benehmen habe wie er, gab es nicht. Dazu war die Zeit zu knapp und zu schade. Studiert wurde inmitten der Trümmerväster dennoch mit ungeheurer Intensität, wenn auch mit leerem Portemonnaie und subkutan immer wühlendem Hunger: eine unfreiwillige Parodie auf das Sprichwort: "plenus venter non studet libenter" ("Ein voller Bauch studiert nicht gern").

Aber der Säkularismus war nur verdeckt: die Welt der Aufklärung, Neuzeit und Gegenwart hatte sich schon lange mit einer Entschiedenheit von Gott, von der abendländischen Überlieferung, vom Naturrecht abgewandt, die durch die Restauration der Adenauer-Jahre auf Dauer nicht gebremst werden konnte! In der zu neuem Selbstbewußtsein erwachten Welt des Linksliberalismus wirkte die "Frankfurter Schule" oder "kritische Theorie" wie der Funke im Pulverfaß. Sie wird immer mit den Namen Adorno und Horkheimer verbunden, doch auch Herbert Marcuse muß hier und dies sogar an erster Stelle genannt werden, obwohl er nach dem Kriege nicht in Frankfurt lehrte.

Für den unvoreingenommenen Beobachter liegt es nun zwar auf der Hand, daß die "Frankfurter Schule" die Hauptschuld an den europaweiten Studentenkrawallen, der langjährigen Lähmung der Hochschulen, der Erosion aller überlieferten Werte trägt, und dennoch wird diese Verantwortung nicht selten gerade in katholischen Kreisen verkleinert, wenn nicht gar völlig verkannt. ...

In diesem Sinne erklärt T. W. Adorno die christliche Religion für eine längst überholte Angelegenheit, die nur noch zu Rückzugsgefechten imstande sei (vgl. u.a. Adorno: "Vernunft und Offenbarung" in: "Stichworte. Kritische Modelle 2", S. 347).

Dabei muß immer daran gedacht werden, daß sich die zwei Frankfurter Schulhäupter in ihrem Denken glichen wie zwei siamesische Zwillinge und vor allem Adorno nichts ohne Gutheißung des Seniorchefs Horkheimer tat, obwohl er und nicht Horkheimer der spekulative Kopf war. Aber es ist seltsam und eine katholische Schwächeerscheinung, daß unsere Leute in einer Zeit, da der Kirche das Wasser bis zum Hals steht, immer alles und jedes taufen wollen und selbst bei den erbittertsten Gegnern Zeichen eines angeblich in christlichem Sinne zu deutenden Aufbruchs entdecken!

Vielleicht hat das auch mit dem Optimismus zu tun, den eine dahinsiechende, krakeelende und ihrer eigenen Botschaft nicht mehr sichere Kirche unentwegt und in Verleugnung der

ganz anders lautenden Texte des Evangeliums als hohe christliche Tugend einfordert!

- Wichtiger ist natürlich der zweite Grund dafür, daß man die "Frankfurter Schule" in kirchlichen Kreisen weithin als eine gewissermaßen harmlose Zeiterscheinung und interessante philosophische Strömung neben anderen ausgibt und nicht als eine revolutionäre Bewegung, die die letzten Grenzen von Scham und Distanz weggesprengt hat.

Denn ganz abgesehen davon, daß die "Theologie der Befreiung" und die anderen Genitiv-Theologien der "kritischen Theorie" wesentliche Impulse verdanken, ja ohne sie gar nicht möglich gewesen wären, ist die Kirche heute offensichtlich von Funktionären unterwandert, die ihr Rüstzeug nicht so sehr beim heiligen Thomas von Aquin oder gar der "tridentinischen Theologie", sondern bei Horkheimer, Adorno, Marcuse erworben haben.

Wie anders sind die Sex-Papiere der katholischen Jugend zu erklären, die Christa Meves und ich in dieser Zeitschrift kommentiert haben, die endlosen Debatten über Emanzipation und Feminismus und die entsprechenden Strategien bis in den Altarraum hinein oder der Daueraufstand gegen die kirchliche Autorität, die die "kritische Theorie" wie jede andere ... als "autoritär" verteufelt?

Der dritte Grund, warum man in katholischen Kreisen eher dazu neigt, den Einfluß der "Frankfurter Schule" zu marginalisieren, weist in die umgekehrte Richtung. Sie ist den Kirchenrebelln keineswegs nur wesensverwandt, sondern auf der anderen Seite auch nicht ganz geheuer. Denn ihre "Dialektik der Aufklärung" steht in seltsamem Gegensatz zu der Welt-Euphorie und dem Fortschrittsjubel, der die aggonierende Kirche befallen hat! Zum ersten Mal ist hier dem liberal aufgeklärten Vernunft- und Fortschrittsoptimismus ein ernsthafter Gegner aus den eigenen Reihen erwachsen.

Wie ein roter Faden durchzieht der Gedanke das ganze Werk der Frankfurter Philosophen, daß die vielgepriesene Emanzipation der Vernunft den Segen nicht gebracht habe, den die Aufklärer von ihr erwartet haben.

Ganz im Gegenteil gibt die losgelassene und aus allen Bindungen befreite Vernunft keine Ruhe, bis sie zunächst die Natur und dann die Gesellschaft und den Menschen - dem Zauberlehrling gleich - zu Tode organisiert, reglementiert und rationalisiert sowie alles ausgetilgt hat, was nicht in ihre abstrakten Kategorien und Schemata und vor allem in das Schema von Mitteln und Zweck hineinpaßt.

Diese Vernunft läßt nichts mehr stehen, das um seiner selbst willen geschätzt werden dürfte: auch keine menschliche Erfüllung mehr, die in sich selbst genug ist! Sinnvolles Dasein wird vollends mit nützlichem gleichgesetzt und so wird nach der bekannten Formulierung von Horkheimer in der "Kritik der instrumentellen Vernunft" das Reich der Mittel immer größer, während das der Zwecke schrumpft. Die Folgen liegen auf der Hand. Die Natur wird nur noch als physikalisches Koordinatensystem und als Rohstoff ernstgenommen: die Gesellschaft - wie könnte das bei den Altmarxisten auch anders sein! - zu einer gigantischen Veranstaltung zur Gewinnmaximierung.

Wichtiger ist, daß mit dieser erbarmungslosen Kritik der aufgeklärten Vernunft auch der Fortschrittsglaube fällt. Auch hier ist die Lage dialektisch zu sehen und das ist nun allerdings eine Denkweise, die uns Katholiken völlig ungewohnt ist, für die die "Technik an sich" weder gut noch schlecht ist und es offenbar neuerdings auch eine "Welt an sich" gibt, die in dieser abstrakten Unschuld ekstatische Zuwendung gestattet, wie sie das Opus Dei zelebriert.

Fortschritt, so betonen die "Frankfurter", hat zwar stattgefunden, und er hat uns von der drückenden Herrschaft der Natur befreit. Aber er ist um den Preis jener Vergewaltigung der Natur und des Menschen erkaufte worden, von der wir gesprochen haben: Fortschritt gewiß, aber von der Steinschleuder zur Megabombe!

- In diesem Zusammenhang gehört das Gespräch, das ich mit Adorno, bei dem ich schon in jungen Jahren 1951 promovierte, 1969 noch kurz vor seinem Tode geführt habe, und auf das

ich schon in diesen Spalten hingewiesen habe. Er könne, so Adorno, nicht verstehen, daß die katholische Kirche jetzt zum unpassendsten Zeitpunkt die gleiche Fortschritts- und Weltbegeisterung zu zelebrieren beginne, die "sie" (gemeint waren er und die linksliberalen Erben der Aufklärung) angesichts der grausigen Erfahrungen unseres Jahrhunderts längst zu Grabe getragen hätten.

- Doch natürlich ist diese Aufklärungskritik kein Grund, die "kritische Theorie" nun von konservativer Seite her zu vereinnahmen! Denn nach ihrer Ansicht hat die Aufklärung nicht darin gesündigt, daß sie zuviel, sondern darin, daß sie zuwenig Aufklärung investiert habe: eben jene, im Zeichen des Rationalismus um ihre eigenen - in diesem Falle kritischen - Möglichkeiten amputierte aufgeklärte Vernunft! Eine Rückwendung zur Tradition kann und darf es daher nicht geben. Aufklärung und Emanzipation dürfen nicht unterbrochen, sondern müssen gegen ihren ursprünglichen naiv rationalistischen Vernunftstolz und Fortschrittsglauben vollendet werden - wenn, ja wenn es dafür nicht schon zu spät ist!

Die revolutionäre Sprengkraft dieser Schule, mit der sich gläubige Christen, wenn sie denken, niemals abfinden können, beruht jedoch vor allem auf ihrer radikalen Demontage des überlieferten Menschenbildes: jenes wenn auch schwachen Konsenses über die vielbeschworene unantastbare Würde des Menschen, über Autorität, Anstand und Moral, der die Erben der christlich-abendländischen Überlieferung mit denen der Aufklärung immerhin noch irgendwie verband. Radikal wird der Mensch hier nur noch als Schnitt- und Knotenpunkt gesellschaftlicher Kräftelinien gesehen.

Gewiß: er wirkt auf die Gesellschaft ein und auf sie zurück, aber diese seine Einwirkung ist selbst schon wieder gesellschaftlich vermittelt.

- Vom ohnmächtigen Individuum, seiner Besinnung oder gar moralischen Einkehr ist daher nicht zu hoffen. Seine Denkmuster sind noch geprägt von der irrational wahnhaften Welt, deren Produkt es ist, da es selber nur ein Rädchen in jenem Getriebe ist, das sie unaufhaltsam reproduziert. "Wahnhaft" ist diese Welt, weil die amputierte irrational-rationale Vernunft der totalen Produktionsgesellschaft alles dem abstrakten Ziel der Gewinnmaximierung unterwirft. Synthetisch - und das ist allerdings kein origineller Gedanke der "kritischen Theorie" - werden immer neue Bedürfnisse geschaffen, um dieses Ziel zu erreichen.

Daß der Ruf nach Abhilfe und vor allem die Rezepte das Übel nur noch vergrößern, wird am Beispiel Herbert Marcuses klar, von dem sich die anderen Vertreter der "kritischen Theorie" in diesem Punkte deutlich distanzieren.

Marcuse fordert Kontrollbehörden und immer wieder Kontrollbehörden, die festsetzen sollen, welche Bedürfnisse vernünftig sind und dementsprechend den Markt nach ihren Vorstellungen von Humanität dirigieren sollen: eine Vorstellung, die einem nach allem, was wir in diesem Jahrhundert erlebt haben, blankes Entsetzen einjagt.

So haben wir also eine hermetische, in ihrer eigenen rationalen Irrationalität eingeschlossene Gesellschaft. Ein Ausweg ist nicht sichtbar, und es ist ebenso begreiflich wie andererseits auch unentschuldig, daß die entsprechenden unentwegten Jeremiaden von Adorno und Horkheimer die Leute schließlich zu dem Schluß verführt haben: wenn alles, wenn das Ganze so ausweglos ist, dann gilt es, zuerst einmal dieses Ganze kaputt zu schlagen.

Die radikale Absage an die liberale Botschaft von der immanenten Vernunft der Gesellschaft läßt schließlich noch den Straßenterror als vernünftig erscheinen. Ihm oder den Aufregungen, die er mit sich brachte, ist der sensible Adorno - von Herkunft, Typus und Erscheinungsbild paradoxerweise ein großbürgerlicher Grandseigneur - schließlich erlegen, nachdem er ihn mir gegenüber am Telefon noch als "organisierten Schwachsinn" bezeichnete.

- Gegenüber seinen terroristischen Kritikern, die ihn schließlich durch den Hörsaal jagten und ihm vorwarfen, erst putsche er die "Massen" auf, dann aber ginge er, der feine Herr, nicht mit zur "Demo" und liefere keine Rezepte, verwies er darauf, schon die Erkenntnis einer wenn

auch noch so unentwirrbaren Situation habe befreiende Kraft und bei allen Abgründen, die uns von der "kritischen Theorie" trennen, kann dieser Gedanke sowohl unseren katholischen Berufsoptimisten wie auch unseren eifertigen Kulturkritikern und Sozialaposteln eine heilsame Lehre sein.

Denn so ist es doch in katholischen Kreisen. Man hat kaum den Mund aufgemacht, um die innere Dynamik und relative Zwangsläufigkeit gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Krisenerscheinungen zu entfalten, dann wird man schon mit dem eifernden, ja unwirschen Ruf nach "Vorschlägen" unterbrochen, die meistens ähnlich wie die sozialistischen Rezepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit das Übel nur verschlimmern, das sie beseitigen wollen.

Revolutionär aber ist vor allem die Symbiose von Marx und Freud, die die "kritische Theorie" vorlegt, wobei auch hier Herbert Marcuse eine unappetitliche Vorreiterrolle zukommt! Triebverzicht führe zur Unterdrückung der eigenen Persönlichkeit und sie dazu, den Druck nach außen weiterzugeben. So entstehe die "autoritäre Persönlichkeit", die andere unterdrücke.

Hier verbinden sich drei Elemente zu einer Allianz, die auch deshalb als unheilig bezeichnet werden kann, weil sie im Hintergrund der systematischen Unterminierung der hierarchischen Struktur der Kirche steht: der egalitäre Haß gegen die "Herrschaft", der alle Linken eint, eine sexuelle Libertinage ohne Maß und der alte marxistische Gedanke, daß die gegenwärtige Gesellschaft von Unterdrückung lebt. ...

... Der Marsch der 68er durch die Institution "Kirche" nimmt seinen unaufhaltsamen Fortgang. "Unaufhaltsam" ist er nicht nur deshalb, weil er offensichtlich nicht energisch aufgehalten wird, sondern vor allem auch deswegen, weil er selbst vor dem Heiligtum nicht haltmacht und das Heiligste vom Heiligen, die göttliche Liturgie einbezieht in seine Strategie.

Und diese Stoßrichtung weist uns daraufhin, daß alle die rationalen Begründungen der Kulturrevolution, wie wir sie in der an Widersprüchen reichen "Frankfurter Schule" vor uns haben, nur Firnis sind. Auch die geistesgeschichtliche Herleitung von der Aufklärung her, die wir versucht haben, mag zwar notwendig sein, bleibt aber im Grunde noch viel zu akademisch, um das dumpfe Grollen vernehmlich zu machen, das sich in der Kulturrevolution äußert und an den Tag drängt.

In ihr steckt der Wunsch der Masse, sich nicht länger gängeln zu lassen, sondern endlich die eigenen Triebe, Instinkte und nach unten hin zielenden Wertmaßstäbe durchzusetzen und in den Rang allgemeingültiger Forderungen zu erheben, denen sich keiner mehr entziehen kann. Was Nietzsche und Ortega y Gasset prophetisch gesehen haben: das nihilistische Zeitalter der Masse, das keinen Adel und keine Ungleichheit duldet, nimmt nun endlich in der Kulturrevolution Gestalt an, wenn es denn möglich ist, eine zutiefst emotional vorangetriebene Entwicklung, die die Herabwürdigung des Menschen zum Ziel hat, als die Gestaltwerdung einer neuen Kultur zu bezeichnen.<<

Der polnische Historiker Waclaw Dlugoborski berichtete am 4. September 1998 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/87-88): >>... Unabhängig davon, ob es den Russen gelingen sollte, das kommunistische System, seine Institutionen und Funktionsträger wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen, muß man an den internationalen Charakter dieser Vergehen erinnern.

Ähnlich wie die Nürnberger Prozesse müßte also auch ein etwaiges Verfahren gegen die früheren sowjetischen Machthaber vor einem internationalen Tribunal stattfinden und auch die kommunistischen Führer in den einstigen Satellitenstaaten umfassen. Sonst bliebe ein tragisches Mißverhältnis zwischen 86.000 wegen Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten Naziverbrechern und vielleicht einem Dutzend verurteilter Kommunisten in Rußland.

Leider scheint es dafür aber kaum Hoffnung zu geben. Die polnische Generalstaatsanwaltschaft versuchte zum Beispiel mehrfach, eine Voruntersuchung wegen der in Polen begange-

nen sowjetischen Verbrechen einzuleiten, doch die russische Seite verweigerte ihr die gewünschte Rechtshilfe.

Das für einen solchen Prozeß notwendige Beweismaterial liegt jetzt als Buch bereit, auch wenn dessen Titel "Das Schwarzbuch des Kommunismus" wenig juristisch klingt. Sein Herausgeber Stéphane Courtois hat die Bedeutung der darin errechneten Opferzahlen hervorgehoben, die einerseits das unfaßbare Ausmaß der kommunistischen Verbrechen deutlich mache, angesichts der niedrigeren Opferzahl des Nationalsozialismus einen Vergleich beider totalitären Systeme ermöglichen solle.

Es scheint aber zweifelhaft, ob das die richtige Vergleichsebene ist. Das eine System war ein halbes Jahrhundert an der Macht, das andere nur 12 Jahre.

Sinnvoller ist ein Vergleich der von beiden Regimen angewandten Methoden der Massenvernichtung, der meiner Ansicht nach die These von der Singularität des Holocaust bestätigen würde. Denn kein Jude, in manchen besetzten Gebieten auch kein Roma, sollte am Leben bleiben.

Im Fall der sowjetischen Massenmorde in Polen, auch der spektakulärsten wie etwa der von Katyn, konnten Gefangene ihr Leben retten, wenn sie sich bei den Verhören als sowjetfreundlich deklarierten und dazu bereit waren, nach ihrer Freilassung nicht "nach Hause", das heißt in den deutsch besetzten Teil von Polen zurückzukehren, sondern in der Sowjetunion zu bleiben und in die Rote Armee einzutreten. Dem Holocaust dagegen fielen auch jene Juden zum Opfer, die für die Nazis Polizei- oder sogar Spitzeldienste geleistet hatten.

Es ist peinlich, die Grausamkeiten einzelner Vernichtungsaktionen vergleichen zu müssen. In manchen Fällen ist es aber notwendig, um nicht den gleichen Maßstab an nur scheinbar ähnliche Ereignisse anzulegen. Vorsicht sei auch beim Umgang mit Zahlen empfohlen, insbesondere mit Schätzungen. Vor dem "Feilschen" um die Zahlen der Opfer in den Konzentrationslagern warnte Adorno schon vor mehr als 30 Jahren. Und die amerikanische Roma und Historikerin Debra Kaufmann bezeichnet die Auseinandersetzungen um die Zahl der Toten ihres Volks als "makabres Zahlenspiel". Die Schätzungen schwanken hier von 100.000 bis zu einer halben Million. ...<<

Waclaw Dlugoborski (Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kurator für Forschungsfragen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau) kritisierte am 4. September 1998 die mangelhafte Ermittlung der in Auschwitz ermordeten Menschen (x046/181): >>Die Blamage bei der Ermittlung der Zahl der Ermordeten von Auschwitz hätte Warnung genug sein sollen. Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma.

Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über das Ermittlungsergebnis der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" aus dem Jahre 1945 (x046/181): >>... Kaum besser waren die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Denn auch hier galt die sowjetische Propagandazahl von vier Millionen bis 1990 als "offenkundig", obwohl niemand wußte, wie sie sich eigentlich berechnete.

Zweifelnde wurden von einer unwissenden politischen Justiz verfolgt, nur weil sie den Propagandazahlen des Stalinismus keinen Glauben geschenkt und sie damit "geleugnet" hatten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 1998: >>**Vertriebene fordern Entschädigung**

Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten

Weltkrieg gefordert.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.

Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<

Bei der 14. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 27. September 1998 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 35,2 %, SPD = 40,9 %, FDP = 6,2 %, Bündnis 90/Die Grünen = 6,7 %, PDS = 5,1 %, Sonstige = 5,9 %.<<

Nach 16 Jahren wird Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) durch Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bundeskanzler Schröder bildete später eine Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Der türkischstämmige Abgeordnete (Bündnis 90/Die Grünen) Cem Özdemir berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" (39/1998) berichtete im September 1998 über den gefälschten autobiographischen Bericht "Bruchstücke" des Schweizer Autors Binjamin Wilkomirski (eigentliche Bruno Dössekker): >>Ein fast perfekter Schmerz

Die Affäre um Binjamin Wilkomirski zieht weite Kreise: Darf man Erinnerungen an den Holocaust erfinden?

In diesem Herbstsemester findet an der Universität Princeton ... ein Seminar statt, das von "Texten und Bildern des Holocaust" handelt. Bedeutende Werke aus Literatur und Film über das "traumatischste Ereignis in der Geschichte des Westens" (Vorlesungsverzeichnis) sollen dabei analysiert werden - mit "besonderem Hinblick auf das Problem der Zeugenschaft". In der Leseliste findet sich neben Werken von Primo Levi und Elie Wiesel auch das Buch eines Autors, der dieser Tage Schlagzeilen macht: Binjamin Wilkomirskis "Bruchstücke. Aus einer Kindheit 1939-1948".

Sollte sich erhärten lassen, was neuerdings in Zeitungsberichten über Wilkomirski zu lesen ist, dann könnte sich dem Seminar das "Problem der Zeugenschaft" in einer ungeahnt peinlichen Weise stellen. Die Zürcher "Weltwoche" hat nämlich Recherchen über den Autor angestellt, die sein Buch, das vermeintliche Zeugnis eines Überlebenden, in den dringenden Verdacht gebracht haben, eine Fiktion zu sein.

Wilkomirski, behauptet der Journalist Daniel Ganzfried, habe seine jüdische Identität frei erfunden. ... Er sei als uneheliches Kind einer Yvonne Berthe Grosjean geboren und nach eini-

gen Jahren im Waisenhaus Adelboden von dem Zürcher Ehepaar Dössekker adoptiert worden. Wilkomirski könne nicht, wie er es in seinem Buch schildert, als jüdisches Kleinkind in Riga, Krakau und Majdanek gewesen sein. Aus den Akten der Schweizer Behörden, so Ganzfried, lasse sich ein lückenlos einheimischer Lebenslauf rekonstruieren.

Die Literaturkritik hat die "Bruchstücke" seinerzeit mehrheitlich mit fast religiöser Ehrfurcht aufgenommen. Vor einem Buch, das offenbar "das Gewicht des Jahrhunderts" (so damals die "Neue Zürcher Zeitung") zu tragen hatte, verblaßten alle skeptischen Fragen. Hier und da wurde angemerkt, daß die Gewalt- und Horrorszenen aus den Lagern ein wenig zu klar und zu effektiv wirken - wie "auf der Couch eines Psychoanalytikers rekonstruierte Alpträume eines Traumatisierten" ("Süddeutsche Zeitung").

Da kriechen Ratten aus Frauenbäuchen, Hirnmasse quillt aus Babyschädeln, und Blut schießt den Opfern in mächtigen schwarzen Fontänen aus den Hälsen. Man hielt sich aber mit weitergehenden Zweifeln an der Authentizität zurück, denn schließlich bürgte hier ein leibhaftiger Leidender, ein stets bescheiden und leise auftretender Mensch, für die Wahrheit seines Textes. "Was sich im einzelnen tatsächlich zugetragen hat, spielt deshalb eine untergeordnete Rolle", resümierte damals Eva-Elisabeth Fischer in der "SZ": "Denn die Bruchstücke der Erinnerung sind Benjamin Wilkomirskis Wahrheit."

Im Namen dieser Wahrheit ist der Autor seither weltweit auf Fachkongressen, bei Lesungen und vor Schulklassen aufgetreten. 1996 ist er in den Vereinigten Staaten mit dem National Jewish Book Award ausgezeichnet worden, nicht in der Sparte Literatur, sondern im Genre "Autobiographie/Erinnerung". Dieser Ehrung waren auch in US-Medien enthusiastische Besprechungen vorhergegangen. Die Rezensentin der "New York Times" sprach von einer "dunklen ... Erinnerung" und "poetischen Vision" im "kindlichen Stand der Gnade".

Der Kritiker des linken Magazins "The Nation" erklärte gar, das Buch sei "so bewegend, von solcher moralischen Bedeutung und so frei von literarischer Künstlichkeit, daß ich mich frage, ob ich überhaupt das Recht habe, mein Lob vorzubringen. ... Dieser Mann hat überlebt - wir wissen nicht, wie, seine geistige Gesundheit scheint ein Wunder - und er überläßt dieses Geschenk von nahezu perfektem Schmerz einer Welt, die immer noch bereit ist, die Unschuldigen zu zerstören."

Nicht nur die Literaturkritik, auch die Wissenschaft glaubte bald, ein unerhörtes Dokument vor Augen zu haben. Der Historiker Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, attestierte den "Bruchstücken" noch vor kurzem in der "ZEIT" (Nr. 37/98) "nicht nur Authentizität, sondern auch literarischen Rang". Wilkomirskis "Bruchstücke" seien "eine Darstellung, die dem Leser nachvollziehbare Einsichten in die komplexe Tragödie vermittelt wie kaum ein anderes Dokument".

James Young, ein international anerkannter Experte in Sachen Holocaust-Gedenken, nennt das Buch auf unsere Nachfrage hin "ein wunderbares Zeugnis". Mit den Ermittlungen der "Weltwoche" konfrontiert, zieht Young sich vorerst auf die Position zurück, der "literarische Wert" des Buchs bleibe doch wohl unberührt von der Biographie des Autors.

War das Lob für Wilkomirski nur eine Form der Abwehr?

Leider ist dieser bequeme Weg, den peinlichen Fall auf das neblige Terrain des Ästhetischen zu verschieben, blockiert - und zwar vom Autor selbst. Es ist nicht möglich, den Streit um Wilkomirski auf die Frage zu beschränken, ob sein Buch nach "rein literarischen" Kriterien etwas taugt. Der Autor selber versucht sich mittlerweile auf die Literarizität seines Textes zurückzuziehen, wie aus einem Interview mit dem Zürcher "Tages-Anzeiger" hervorgeht:

"Jeder Leser", so Wilkomirski, "kann dem Nachwort des Buches entnehmen, daß meine Papiere nicht mit meinen Erinnerungen übereinstimmen. Ich kann also nur diese Erinnerungen einer nahtlosen schweizerischen Identität entgegenhalten. Das war von Anfang an klar. Diese Vorwürfe sind nichts Neues. Es stand dem Lesenden immer frei, mein Buch als Literatur oder

als persönliches Dokument wahrzunehmen."

... Es ist ja kein Zufall, daß alle Rezensenten den Text als bewegendes Zeugnis bewertet und stilistische Skrupel - von der Drastik des geschilderten Leidens überwältigt - beiseite geschoben haben. Bei solcher Reserve sind höchst respektable Motive im Spiel: das Schuldbewußtsein der Nachfahren der Täter (aber auch der Opfer), der Wunsch nach symbolischer Wiedergutmachung, die Selbstverpflichtung zum Eingedenken - kurz gesagt all jene Verhaltensdispositionen, die gerne als "Betroffenheit" verspottet werden. Wilkomirski ist ein Virtuose darin, die aus dieser Haltung entspringende Unsicherheit auszunutzen.

Aber man würde sich den Fall zu leicht machen, wenn man ihn auf einen geschickten Betrug reduzieren wollte. So einfach liegt die Sache nicht. Denn es ist zwar schmerzhaft, aber es tut auch merkwürdig gut, einen solchen grausigen Text lesend zu ertragen und ihn dann einer vermeintlich unwilligen Öffentlichkeit anzuempfehlen wie eine bittere Medizin.

Es schmeichelt der moralischen Eitelkeit des Kritikers, einen Text voll derartiger Schrecken mit gleichsam versagender Stimme zu loben. An solchen Auftritten voller Schuldstolz ist etwas faul. Man könnte den Fall Wilkomirski vielleicht zum Anlaß nehmen, sich darüber Rechenschaft zu geben. Es hat nichts mit Respekt vor den Überlebenden des Holocaust zu tun, wenn man ihre Texte mit einer Art automatischer Ergriffenheit aufnimmt. Um es noch polemischer zu sagen: Man sollte sich der Frage aussetzen, ob die reflexhafte Angerührtheit, die Wilkomirski entgegenschlug, nicht eigentlich eine subtile Form der Abwehr ist. ...

Von verschiedenen Seiten wurde die Befürchtung geäußert, die Enthüllung könnte, wenn sich Ganzfrieds Behauptungen endgültig bestätigen ließen, politisch fatale Wirkungen haben. Muß diese Geschichte nicht Auschwitz-Leugnern und Antisemiten Auftrieb geben? Wäre die Überführung des vermeintlichen Opfers als Scharlatan nicht ein willkommener Anlaß für die Schweiz, sich entlastet zu fühlen - gerade jetzt, wo dort durch äußeren Druck endlich die Auseinandersetzung mit der historischen Schuld in Gang gekommen ist?

Die Redaktion der "Weltwoche" erhält derzeit viele Leserbriefe, die solchen Sorgen Ausdruck geben. Sie sind unbegründet: Die Auschwitz-Leugner haben auf Wilkomirski nicht warten müssen, um ihren Wahn zu pflegen. Und wenn sich die "Bruchstücke" als bloße Opferphantasie erweisen sollten, so werden damit die Zeugnisse, Gedichte und Romane wirklicher Opfer nicht diskreditiert.

Ein dauerhafter Schaden kann nur dadurch entstehen, daß der Status des Textes ungewiß bliebe, wie sein Autor es jetzt wünscht. Daß es jedermann freisteht, an die Authentizität der Berichte über den Holocaust zu glauben oder nicht zu glauben - dies ist ja gerade die zynisch-entspannte Position der modernen Revisionisten, die die Lektion der postmodernen Erkenntnistheorie gelernt haben.

Wilkomirskis neue Unentschiedenheit über den eigentlichen Charakter seines Buches steht übrigens in krassem Widerspruch zu seinem öffentlichen Auftreten in den vergangenen Jahren. Weil er dabei weite Kreise gezogen hat - von den Hilfsorganisationen der Opfer über die psychotherapeutische Helferszene bis zu historischen Fachkongressen -, ist dies keine Affäre, die den Literaturbetrieb allein betrifft.

Raul Hilberg, der Pionier der Holocaustforschung, erinnert sich in einer Stellungnahme, um die wir ihn gebeten haben, an seine erste Begegnung mit dem Autor der "Bruchstücke":

"Auf Wilkomirskis Buch wurde ich zuerst durch Professor Lawrence Langer aufmerksam gemacht, ein Spezialist für die Literatur des Holocaust. Wir waren in einem Flugzeug auf dem Weg zu einem Kongreß der Notre-Dame-Universität, wo Wilkomirski einer der Sprecher sein sollte. Langer hielt die "Bruchstücke" für einen sehr guten Roman. Als ich Wilkomirski traf, fragte ich ihn, ob das Buch Fiktion sei. Seine Antwort war ein entschiedenes Nein - seine Erzählung sei ein Buch der Erinnerung.

In seiner Rede faßte Wilkomirski den Inhalt des Buchs zusammen und fügte Details hinzu,

zum Beispiel daß er kürzlich nach Riga gereist sei und das Haus habe identifizieren können, in dem er gelebt habe. Oder daß er in Majdanek in Feld 5 untergebracht gewesen sei. Seine Rede wurde mit stehenden Ovationen aufgenommen.

Beim Lesen stieß ich auf Passagen mit detailliert beschriebenen Vorfällen, die mir sehr unwahrscheinlich oder völlig unmöglich erschienen. Die Beschreibung von Partisanenbanden und deutschen Panzern in Polen war eindeutig eine Erfindung. ...

Ironischerweise waren die Skeptiker keine Holocaust-Spezialisten. ... Die Frage ist: Wie konnte dieses Buch als Autobiographie in mehreren Verlagen durchgehen? Wie konnte es Wilkomirski Einladungen vom Holocaust-Museum der Vereinigten Staaten ebenso wie von anerkannten Universitäten einbringen?"

Im Washingtoner Holocaust-Museum liegt, wie man per Internet im Archivsystem erfahren kann, seit September 1997 auf sechs Videokassetten ein ... Interview mit Benjamin Wilkomirski vor.

Auch Steven Spielbergs "Survivors of the Shoah Visual History Foundation" hat den Zeitzeugen Wilkomirski in ihre Videosammlung aufgenommen, wie Recherchen der Redaktion "Kulturzeit" (3Sat) ergeben haben. In der israelischen Forschungsstätte Yad Vashem sind nach Auskunft des Suhrkamp Verlags "die Lebensgeschichte Benjamin Wilkomirskis und der Suchantrag nach seinen Eltern ohne Einspruch aufgenommen worden". ...

Was sagt uns der Fall Wilkomirski nach all dem bisher Bekannten über das Problem der Zeugenschaft? Darüber muß nun geredet werden, denn in absehbarer Zeit werden uns keine lebhaftigen Zeugen des Holocaust, sondern nur noch ihre Zeugnisse zur Verfügung stehen, wenn wir uns der historischen Wahrheit vergewissern wollen.

Raul Hilberg glaubt, daß hier ein grundsätzliches Problem unserer heutigen Erinnerungskultur zutage tritt: "In der jüdischen Gemeinde gibt es seit langem eine Vorliebe für die Idee, daß die Geschichte des Holocaust aufgrund jüdischer Quellen geschrieben werden muß. Nur solches Material stelle die Härte der deutschen Maßnahmen gegen die Opfer detailgenau dar.

Es gibt allerdings sehr wenige jüdische Dokumente, und die meisten davon sind Unterlagen wie die Berichte der Judenräte an die deutschen Behörden, die sich bis heute in den deutschen Archiven befinden. Was bleibt, sind die Aussagen der Überlebenden, ihre Memoiren inbegriffen. In den letzten Jahren ist die Suche nach diesen Überlebenden organisiert und mit Eifer betrieben worden. Ein wahrer Kult des Zeugnisablegens hat begonnen.

Jetzt, da diejenigen auszusterben beginnen, die die Katastrophe als Erwachsene erlebt haben, wenden sich die Interviewer und Lektoren den überlebenden Kindern zu. Bald werden wir dann auch Erzählungen von den Kindern der Überlebenden bekommen, und diese Nachkriegskinder werden die Geschichte aus zweiter Hand erzählen. Kein Wunder, daß Wilkomirski sich unter die Menge mischen konnte. Sein Erscheinen war nahezu unvermeidlich."<<

Der schweizerische Sozialphilosoph Arthur F. Utz (1908-2001) berichtete im September 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 9/10 – 1998 (x853/...): >>

Gewissensfreiheit und Wahrheit

Freiheitsrechte und Bindung

... Der Staat, der einzig die rechtliche Organisation der Gesellschaft im Visier hat, kümmert sich in seiner Erklärung der Gewissensfreiheit nicht um die vom Konzil genannte Pflicht des einzelnen Gott gegenüber, er sieht nur die des einzelnen im Zusammenhang mit seiner Existenz in der Gemeinschaft. Die Kirche mußte sich dieser Entwicklung des Rechtsempfindens anpassen, um ihrerseits ihr Existenzrecht im modernen, säkularisierten Staat zu retten.

Sowohl der Staat wie die Kirche haben die Trennung von Recht und Moral in der zivilen Gesellschaft zugrunde gelegt, doch jeweils mit je verschiedener Begründung. Daß das Vatikanische Konzil diese grundsätzliche Trennung ablehnt, zeigt es, ganz abgesehen von der zitierten Einleitung, auch durch seine Doktrin des Naturrechts, die im sozialemischen Dokument des

Konzils "Gaudium et Spes" die Basis aller dort geäußerten Forderungen ist.

Daß der Staat, besonders der wertneutrale moderne Staat, sich grundsätzlich auf den Boden der Trennung von Recht und Moral stellt, ist verständlich. Aber er leistet sich mit der Erklärung der Gewissensfreiheit einen logischen Widerspruch zu seiner Konzeption der Wertfreiheit. Denn indem er den Gewissensspruch des einzelnen als rechtmäßig erklärt, entscheidet er sich in concreto für die Wertung des Individuums. Um die universale Wertfreiheit seiner Ordnungsvorstellung zu retten, muß er in jedem einzelnen Fall die sozialen Komponenten der nach außen wirkenden Gewissensentscheidung untersuchen und entsprechend die Einhaltung der Grenzen dieser Freiheit nachweisen und einfordern.

Der Bürger der Demokratie hat sich, so wird im Anschluß an Hobbes argumentiert, gewissermaßen in einem Kontrakt verpflichtet, den Mehrheitsentscheid anzunehmen, auch wenn dieser gemäß seinem Urteil der Wahrheit nicht entspricht. Der Regelmechanismus der Mehrheit ist eben kein Urteil über die Wahrheit. Mit der Anerkennung des Mehrheitsprinzips verzichtet die Minderheit auf die politische Anerkennung ihrer Wahrheitserkenntnis. Dafür läßt der Staat dem einzelnen grundsätzlich das Recht auf Gewissensfreiheit und auf ungestörte Religionsausübung.

Was der Staat sich mit dieser subjektivistischen Formulierung eingehandelt hat, wird er dann feststellen, wenn einmal - was bereits in absehbarer Zeit der Fall sein wird - die Muslime mehr als 50 % der Bevölkerung ausmachen werden. Ein Blick in die vom Mohammedanismus regierten Länder zeigt uns, daß die Muslime bei uns die Religionsfreiheit für sich gern in Anspruch nehmen, in ihren Ländern aber davon nichts wissen wollen.

Dieses Thema wird allerdings erst in der Zukunft akut. Uns quält heute mehr die Frage, wie wir im Hinblick auf die grundgesetzlich garantierte Religions- und Gewissensfreiheit mit den massenhaft einwandernden Sekten fertig werden.

Doch auch dies Problem ist nicht so bedrückend wie die vielen Fälle, in denen einzelne "normale" Bürger ihre Unbotmäßigkeit gegen einzelne Gesetze mit dem Hinweis auf die Gewissensfreiheit rechtfertigen. Teilweise muß hierbei auch das Grundrecht der Personwürde als Rechtfertigungsgrund eigenmächtiger Bewertung der konkreten Situation erhalten.

In den Bereich dieser Problematik, d.h. des Gewissensurteils im Widerspruch zum staatlichen Gesetz, gehört das in der Schweiz geltende "Saisonnierstatut", wonach vom Ausland angeworbene Arbeitskräfte sich nur 9 Monate pro Jahr, und zwar ohne Familiennachzug in der Schweiz aufhalten und arbeiten dürfen, um dann wieder in ihre Heimat zurückzukehren, mit der Möglichkeit in den folgenden Jahren wiederum einen gleichen Antrag auf zeitbegrenzte Arbeitserlaubnis zu stellen. Erst nach mehrmaliger saisonbedingter Arbeitserlaubnis können diese Arbeiter eine Niederlassungsbewilligung auf Dauer beantragen und entsprechend ihre Familie nachziehen.

Das Saisonnierstatut wurde unter dem Hinweis auf Familienfeindlichkeit viel kritisiert und auch auf Geheimgängen umgangen, wobei die Helfer bei der Zuwiderhandlung gegen das Gesetz sich auf die Freiheit der Gewissensüberzeugung zu stützen suchten. In der Tat konnte ein in der Schweiz Ansässiger sich verpflichtet fühlen, die Familienangehörigen des Saisonarbeiters geheim unterzubringen und dafür zu sorgen, daß die Ehefrau und Mutter irgendwo auf dem schwarzen Markt, z.B. als geheim angestellte Haushaltsgehilfin, ihren Unterhalt verdienen konnte.

Eine ähnliche Situation liegt hinsichtlich des Asylrechts vor. Und zwar handelt es sich hierbei um widerrechtliche Unterbringung von zwangsweise ausgewiesenen Asylanten. Auch hier wird wiederum aus der Überzeugung gehandelt, daß die staatliche Verordnung ungerecht sei. Eine besondere Brisanz bekommt diese widerrechtliche Handlung, wenn sie von kirchlichen Institutionen mit der Berufung auf das Kirchenasyl öffentlich vollzogen wird, um die staatliche Obrigkeit auf die zwingende Notwendigkeit einer Gesetzesänderung hinzuweisen, wie

dies auf den Fall von Dinklage zutrifft, wo die Polizei im Jahr 1997 eine von den Benediktinerinnen mit der Berufung auf "das kirchliche Asylrecht" beherbergte ukrainische Familie festgenommen hatte.

Die Ordensschwwestern konnten sich auf das gemeinsame Wort der Kirchen Deutschlands vom 4. Juli 1997 "Gemeinsames Wort zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht" berufen, das die Aktion des Kirchenasyls als "verständlich und auch legitim" erklärte, "wenn Kirchengemeinden in bestimmten Einzelfällen nach gewissenhafter Prüfung zu dem Ergebnis gelangen, sich schützend vor einen Menschen stellen zu müssen, um zu vermeiden, daß ihm der ihm zustehende Grundrechtsschutz versagt wird".

Die Rechtmäßigkeit einer solchen Aktion wird begründet durch den Hinweis auf das vom Staat anerkannte Ziel der Kirche, d.h. ihre Liebestätigkeit zugunsten von Armen und Verfolgten. Damit stützt sich die Kirchengemeinde nicht nur auf das allgemein anerkannte Recht auf ein Handeln gemäß dem Gewissen, sondern zusätzlich auch auf ihre eigene Kompetenz zur Entscheidung, worin ihre Liebestätigkeit zu bestehen hat.

Die Kirche wird in eine peinliche Situation hineinmanövriert, wenn Überzeugungstäter durch gewaltsame Asylnahme vatikanische Botschaften besetzen. Einerseits muß die Kirche ihre Pflicht zur Nächstenliebe und zum humanitären Beistand unter Beweis stellen, andererseits verstößt sie gegen die öffentliche Ordnung.

Die ethische Analyse

Die ethische Analyse, um die es hier geht, befaßt sich mit einer individuellen Entscheidung, die im Widerspruch zu einem staatlichen Gesetz steht, aber unter Berufung auf die Gewissens- und Religionsfreiheit gerechtfertigt wird. Diese etwas komplizierte Definition des Objekts enthält zwei Möglichkeiten von Widerspruch zum staatlichen Gesetz, je nachdem es sich um ein Verbot oder ein Gebot handelt.

Das staatliche Gesetz, das ein Gebot enthält, setzt im Bürger eine moralische Haltung voraus, die sich in einem positiven Akt, in einer Leistung äußert. Die Aufkündigung des Gesetzesgehorsams, z.B. gegen das Steuergesetz, besteht in diesem Fall in einer passiven, nicht aktiven, Widerstandshandlung. Die Juristen erklären nun, daß das im Grundgesetz garantierte Recht auf Gewissensfreiheit nur für diesen Fall des Gebotes gilt, so daß der Widerstand sich nur in einem passiven Verhalten, in einem zivilen Ungehorsam äußert.

Anders verhalte es sich, wenn einer gegen ein staatliches Verbot handelt. Die Handlung besteht in diesem Fall nicht nur in einer Abstinenz, sondern einer echten Handlung, in der die Opposition gegen das Gesetz zum Ausdruck kommt. Nach der Erklärung der Juristen soll sich darum der Opponent nicht mehr auf die im deutschen Grundgesetz garantierte Gewissensfreiheit berufen können.

Aus der Sicht des Ethikers, der jedes Gesetz, sei es ein Verbot oder ein Gebot, unter dem Gesichtspunkt der natürlichen Gerechtigkeit beurteilt, ist die von den Juristen vorgenommene Unterscheidung irrelevant. Im Zentrum unseres Fragekomplexes steht ein echter Widerstand gegen ein Gesetz. Die ethische Frage heißt also: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein zur naturrechtlichen Begründung der Unrechtmäßigkeit eines staatlichen Gesetzes? Bleiben wir der Einfachheit halber beim Asylgesetz.

Der Staat hat sich durch die Formulierung des Asylrechts als eines subjektiven Rechts selbst beschränkt und gewissermaßen geopfert. Er behält sich lediglich das Recht der Prüfung vor, ob der Asylsuchende wirklich als Verfolgter zu gelten hat. Ohne Rücksicht darauf, was er im Hinblick auf die Situation in seiner Gesellschaft überhaupt zu leisten vermag, übernimmt er durch die uneingeschränkte Anerkennung des subjektiven Rechts auf Asyl die Pflicht zur Aufnahme des Flüchtlings. Damit hat er die höchst moralische, im Evangelium geforderte Pflicht für sich als rechtlich verbindlich erklärt mit der Konsequenz, daß er seinerseits in eine praktisch nicht zu meisternde Situation hineingerät.

Anders sieht es im Naturrecht aus. Naturrechtlich besagt das Recht auf Asyl nicht, daß die Aufnahme gerade in dem Land stattzufinden hat, das sich der Asylsuchende gewählt hat. Es wendet sich grundsätzlich an die Menschheit. Solange es keine völkerrechtliche Regelung der Aufnahmespflicht gegenüber Asylsuchenden gibt, fehlt dem sogenannten Grundrecht auf Asyl der Adressat.

Man muß die Dinge konkret sehen. Die Bundesrepublik Deutschland beherbergt mehr Asylanten als alle andern Staaten der EU zusammen. Hier manifestiert sich eine eklatante Ungerechtigkeit hinsichtlich der Verteilung der Lasten.

Daß sich viele in der Heimat Verfolgte an Deutschland wenden, liegt nicht nur an der diesbezüglich unglücklichen geographischen Lage Deutschlands, sondern auch daran, daß man in dem "sagenhaft reichen" Land besser aufgehoben ist als anderswo. Eine scharfe, durch die Behörde des aufnehmenden Staates vorzunehmende Kontrolle ist selbstverständlich und auch notwendig. Vorgängig aber müßte der Staat das Asylrecht so formulieren, daß auch auf die sozialen und politischen Verhältnisse im eigenen Land Rücksicht genommen wird, dies auch im Hinblick auf die ungerechte Lastenverteilung unter den Staaten.

Natürlich muß der Asylsuchende zunächst von dem Staat aufgenommen werden, an den er sich erstmalig wendet. Ob er aber in diesem Staat sein endgültiges Asyl finden soll, bleibt offen. Vielleicht muß er, sofern es ein anderes hinsichtlich der Aufnahme von Asylanten besser gestelltes Land gibt, dorthin verwiesen werden. In jedem Fall hat der Staat das Recht, den Asylanten, wenn in seinem Heimatland keine Widerstände mehr drohen, in das Heimatland zurückzuschicken. Das alles ist hart und bedauernswert und ist vom einzelnen Mitmenschen, der mit dem Asylanten leidet, kaum zu verstehen.

Wer ist nun kompetent, den Bescheid der staatlichen Behörde nach Maßgabe der Gerechtigkeit zu beurteilen? Etwa der Asylsuchende oder ein anderer, der das Elend des Asylsuchenden aus der Nähe erfahren hat, oder die Kirche, gemäß der nach christlichem Ethos jeder in Not Geratene, woher er auch komme, ihren Schutz verdient, weil sie den göttlichen Auftrag hat, der Liebe und der Gerechtigkeit zu dienen?

Was den Asylsuchenden betrifft, so muß auch er sich fragen, ob er nicht vielleicht zu Hause mit größerer Umsicht hätte handeln sollen. Ein überzeugter Kommunist sollte sich überlegen, ob es gerecht ist, eine politische Tätigkeit zu entfalten, bei der er im vorhinein mit der Flucht in ein Asylland rechnen muß. Ein Bürger, der sich in die Meinung verbissen hat, daß die politische Trennung seiner Ethnie ein historischer Irrtum war, der endlich bereinigt werden muß, müßte sich zuerst überlegen, ob er seine persönliche Überzeugung in einer politischen Gewaltaktion zum Ausdruck bringen darf, wodurch ein grausamer Krieg vom Zaun gebrochen und ein noch größeres Elend bewirkt wird, als es bereits besteht. Er flieht dann ins Ausland und rechnet dort mit dem Asyl.

Wenn der Verfolgte einmal in seinem Wahlland angekommen ist, kann dieses mit ihm keine Gewissenserforschung veranstalten, ob er klug oder unklug gehandelt hat. Er ist nun einmal hier und zählt für alle, nicht nur für die Kirchen, ohne Einschränkung als Mitmensch, der nach den gesetzlichen Regeln human zu behandeln ist. Ob man ihm allerdings noch die Freiheit gewähren soll, politische Manifestationen zu veranstalten, mit denen auch das Asylland diplomatisch belastet wird, ist eine andere Frage. Wenn nun die Behörden des Asyllandes festgestellt haben, daß die Gefahr im Heimatland behoben ist, und darum die Ausweisung anordnen, wem steht dann das Kontrollrecht zu?

Natürlich wird der Asylant in den meisten Fällen empfinden, daß man ihm eine Ungerechtigkeit antut, dies um so mehr, als er sich im Asyl gut akklimatisiert hat und hier bessere Zukunftschancen sieht als in seiner kriegszerstörten Heimat. Und auch diejenigen, die den Asylanten schätzen gelernt haben, werden ihm beipflichten. Besonders die Kirchen, die sich als beauftragt betrachten, Notleidenden und Unterdrückten zu helfen, werden auf ein Recht po-

chen, auch über den Staat hinweg mit allen Mitteln, selbst mit dem kirchlichen Asyl, zu helfen.

Wenn nun der Asylant sein Urteil nicht als allgemein gültige Wahrheit verteidigen kann, weil der Sachverhalt von allen Seiten aus zu beurteilen ist, wozu der Asylant nicht in der Lage ist, kann dann vielleicht sonst ein Bürger des Asyllandes von sich sagen, er habe im konkreten Fall die Wahrheit gefunden?

Das ist eine schwierige ethische und vor allem sozialetische Frage. Bevor man sich damit befaßt, muß man sich fragen, ob es für einen solch konkreten Sachverhalt überhaupt eine Wahrheitserkenntnis gibt, die von allen als allgemeingültig akzeptiert werden muß. Diese Fragestellung gliedert sich in zwei Teile:

1. Worin besteht die ethische Wahrheit?
2. Welche Behauptung kann als allgemeingültig bezeichnet werden? ...

Resultat

... Wenn aber eine kirchliche Institution ihre Opposition gegen eine staatlich verfügte gewaltsame Ausweisung eines Asylanten mit dem kirchlichen Asyl kundtun will, müssen die verantwortlichen Kirchenleute ihre Unterschrift unter die Maßnahme geben, zum Zeichen, daß nicht die Kirchengemeinde, sondern sie persönlich dafür haften und auch die gesetzliche Strafe übernehmen. Ein solches Unternehmen ist immer noch reichlich gewagt, weil die betreffenden Vertreter der Kirche bedenken müssen, daß sie unter Umständen das Ansehen der gesamten Kirche in Gefahr bringen.

Solange es keinen völkerrechtlichen Verteilungsschlüssel gibt, kann man mit dem naturrechtlichen Begriff der Gerechtigkeit gegen den Staat nicht argumentieren. Die gesamte Kontroverse wäre weniger aufregend, wenn im Grundgesetz das Recht auf Gewissensfreiheit nicht so subjektivistisch formuliert, sondern deutlich der gesamtgesellschaftliche Rahmen miterwähnt worden wäre, innerhalb dessen das subjektive Recht erst seinen Platz und seine Geltung hat. Hintergründig spielt hier das Mißverständnis eine Rolle, Gewissensfreiheit sei das gleiche wie Entscheidungsfreiheit. Der Gewissensspruch ist nicht Sache des freien Willens oder, wie es in Kantischer Formulierung heißen würde, Sache der Willkür.

Das Gewissen ist ein am Sein orientiertes Kontrollorgan der praktischen Erkenntnis. Mit der betont am Sein, d.h. der objektiven Wahrheit orientierten Erkenntnis ist jede Willkür ausgeschlossen. Die Gewissensfreiheit darf darum nicht der Entscheidungsfreiheit gleichgesetzt werden. Sie ist an die Wahrheit gebunden, und zwar erstens an die theoretische, wie in unserem Fall an eine sehr kompliziert festzustellende, zweitens an die vom rectus appetitus geleitete praktische Wahrheit.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Oktober 1998: >>**Ermittlungen gegen früheren KZ-Arzt**

Gegen den letzten lebenden KZ-Arzt von Auschwitz, Hans Münch, haben deutsche Behörden Ermittlungen wegen Mordes und Beihilfe zum Mord aufgenommen. ...

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat ein früheres Ermittlungsverfahren gegen den 87jährigen wieder aufgenommen, weil in der Gauck-Behörde bislang unbekannte Stasi-Unterlagen entdeckt worden seien. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Oktober 1998: >>**NS-Verfolgte fordern Geld für Hinterbliebene**

... Der tschechische Zwangsarbeiterverband will gegen deutsche Firmen klagen.

"Die Schadenersatzforderungen dürfen sich nicht nur auf die Überlebenden beschränken", sagte am Donnerstag Lothar Evers vom Bundesverband der NS-Verfolgten. Auch Witwen und Waisen müßten entschädigt werden. Evers forderte weiter, die finanzielle Leistung der deutschen Unternehmen müsse deutlich höher sein als 1,25 Milliarden Dollar. Diese Summe hatten jüdische Organisationen kürzlich mit Schweizer Banken ausgehandelt. ...<<

Norbert Happ wird am 4. November 1998 in Siegburg mit dem "Rheinlandtaler" des Landesverbandes Rheinland ausgezeichnet.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 - 2000 veröffentlichte später die Ansprache des Försters Norbert Happ zur "Verleihung des Rheinlandtalers" in Siegburg (x853/...): >>"Heimat"

Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren,

In den letzten Tagen und Wochen habe ich mich aus naheliegenden Gründen intensiver mit dem Begriff Heimat auseinandergesetzt, etwas, was mir bisher kaum in den Sinn kam, da für mich der Begriff Heimat selbstverständlicher Lebensbestandteil war, - so selbstverständlich, daß ich nicht weiter darüber nachgedacht habe. Das Schindluder, das in meiner Kindheit politisch mit den Begriffen Volk, Vaterland, Heimat und Scholle getrieben wurde, hat mich damals noch nicht erreicht und so keinen Schaden hinterlassen.

Nun war ich des naiven Glaubens, wenn ich alles lese, was mir an Literatur über den Begriff Heimat in die Hände fällt, könnte ich eine prägnante, vielleicht sogar kurze, zusammenfassende Definition erstellen: Was ist Heimat? Und ich habe gelesen von Ernst Rudorff über Hermann Löns bis zum Brockhaus - und ich bin an meinem Vorhaben gescheitert, mußte scheitern. Es gibt sie nicht die umfassende Definition, zu mehrdimensional, zu facettenreich, zu komplex, ja viel zu kompliziert ist dieser Begriff.

Heimat reicht von Jugendheimat, Lebensheimat, geistiger, kultureller, sprachlicher, politischer und himmlischer Heimat hin bis zur Heimat als Rechtsbegriff. Immer allerdings ist es ein überschaubarer Orientierungsraum, der es dem Menschen erlaubt, heimisch zu werden. Dabei ist Raum nicht nur als Ort und Landschaft zu verstehen, sondern durchaus auch als Raum in Geist, Seele und Gefühl. Und so muß zwangsläufig der Heimatbegriff verschiedener Menschen so unterschiedlich sein wie ihre Herkunft, ihr Lebensweg und ihre Bindungen.

Heimat ist Landschaft, - nicht nur die freie Landschaft, sondern auch die dörfliche und urbane, unterschiedlich empfunden bei Jugendheimat und Lebensheimat, die ja heute bei vielen Menschen nicht mehr deckungsgleich sind.

Heimat ist Sprache, - unsere deutsche Sprache oder auch Mundart als Muttersprache. Mundart oder auf rheinisch "Platt" - zu lange verpönt nach dem Motto: "Wer Platt spricht ist des Hochdeutschen nicht mächtig".

Längst überholt ist diese Diskriminierung.

Wie reich ist doch Mundart, wie viele Abstufungen und unterschiedliche Begriffe gibt es in der Mundart für Tätigkeiten, Befindlichkeiten und Gerätschaften, wo das Hochdeutsche oft nur eine Bezeichnung kennt.

Übt man, wie ich, seinen Beruf auf dem Lande aus, kommuniziert es sich viel leichter in der Landschaftssprache, die ich gelernt habe, ohne die Sprache der Jugendheimat zu verlernen, ganz bewußt. Wichtige, oft lustige Nuancen würden mir sonst entgehen, auf deren Genuß ich nicht verzichten möchte, herzerfrischende Idiome und Zwischentöne.

Vieles ist und geht verloren, muß verloren gehen. Wer mit einem Gerät nicht mehr arbeitet, weil es nicht mehr gebraucht wird und weil es das Werkzeug nicht mehr gibt, kann nicht mehr wissen, wie das Werkzeug und die damit verbundene Tätigkeit heißen.

Aber was wird aus unserer deutschen Sprache, wenn wir sie weiter malträtiert? Ich meine nicht die Rechtschreibreform; da werde ich mir eine eigene Altersklausel einbauen. Sie tritt für mich nicht mehr in Kraft. Mögen sich, wenn es denn ansteht, Redakteure damit beschäftigen und nachbessern, mir ohnehin angenehmer, als wenn sie Sinngehalte ändern.

Heimatverlust durch Sprachüberfremdung. Wir kommen bei den heutigen Kommunikationsmitteln um die Weltsprache Englisch nicht herum. Ich habe nichts gegen diese Sprache, schon gar nichts gegen das zugehörige Land, das ich sehr schätze. Aber muß denn diese Sprache in jeder sich bietenden Situation der unsrigen übergestülpt werden?

Stellen Sie sich einmal vor, ich würde als Forstmann und Jäger auf die Idee kommen, einige Forstleute und Jäger einzuladen, um mit ihnen zu überlegen, wie man in unserer Region den Wildbestand intensiver beobachten und erfassen könnte, um seine Behandlung zu verbessern. Man würde doch heute von mir fast erwarten, daß ich einlade zu einem meeting mit einem brain-storming über ein verbessertes game-monitoring zur Optimierung des wildlife-managements.

Sprache der Dichter und Denker, Heimatsprache, die wir so behandeln, als müsse man einem Gesunden eine Prothese anlegen, geistiger Heimatverlust, gegen den wir einfach etwas tun müssen: jeder, immer, überall.

Und Heimat bedeutet Menschen, - in der Familie, in der Berufsgruppe, im Verein, in der Kirche, in der Partei. Prof. Dr. Antonius John ... hat mir einmal gesagt: Heimat ist da, wo man erwartet wird. Ich möchte dieses Wort ausweiten auf: Heimat ist auch da, wo etwas von einem erwartet wird.

Und Heimat bedeutet Musik und Lieder, - wie viele unserer alten und schönen Lieder geraten in Vergessenheit. Ich weiß, daß es keinen Anschluß mehr gibt an die heutige Zeit, es entstehen keine Volkslieder mehr. Was auch sollten sie besingen? Eine Zuckerrübenkampagne und ein Stau auf der A3 sind nicht der Stoff, aus dem Verse und Melodien entstehen. Aber unsere Lieder sind Bestandteil unserer gewachsenen Kultur, vor allem der ländlichen.

Der Einwand, daß die Texte nicht mehr zeitgemäß oder gar kitschig sind, läßt sich leicht entkräften. Übersetzt man einmal etwas davon, was uns pausenlos aus allen akustischen Medien entgegenplärrt, dann gibt es überhaupt keinen Grund mehr für eine Geringschätzung unserer alten Lieder.

Im vergangenen Jahr fand in Bonn das Jubiläum "75 Jahre Sängerkreis Bonn und Umgebung" statt. Zwei Stunden wurde ausgezeichnet gesungen und musiziert - kein deutsches Volkslied war dabei, wirklich nicht ein einziges. Ich sehe noch vor mir das silberhaarige Halbrund einiger vereinigter Frauenchöre.

Tapfer und wirklich gut haben sie sich durch Partien des Musicals "Cats" gekämpft. Einige der Damen haben mir hinterher allerdings gestanden, daß sie noch nie vorher mit der englischen Sprache zu tun gehabt und doch vielleicht lieber "Im schönsten Wiesengrunde steht meiner Heimat Haus" gesungen hätten. Besser hätte es gepaßt und manchem hätte es auch besser gefallen, mir auch, durchaus wissend, daß der wenigsten Heimathaus im schönsten Wiesengrund steht oder stand.

Es steht nicht gut um ein Volk, das seine eigenen Lieder nicht mehr kennt und nicht mehr singt und die Sprache seiner Dichter verleugnet. Wir können und dürfen uns der multikulturellen Gesellschaft nicht verschließen - es wäre welt- und zeitfremd. Aber wir dürfen dennoch unsere Wurzeln nicht vernachlässigen. Auch ein hohler Baum mit angefaulten Wurzeln kann noch eine Weile grüne Blätter tragen, ohne daß man merkt, wie es um ihn steht - es fragt sich nur, wie lange.

Heimat läßt sich an vielen Punkten festmachen, und vielleicht kann man das so ausdrücken: Heimat entsteht, wenn man irgendwo aus der Seele oder auch aus dem Gemüt heraus ein Band des Vertrauens und des Vertrautseins anknüpfen kann, an Menschen, Landschaften, Gebäude, Bäume, Melodien und Stimmungen. Viele Bänder ergeben einen festen Halt und fester Halt gibt feste Werte.

Dabei sind die Bänder der Erinnerung an die Kindheits- und Jugendheimat besonders gefühlsträchtig und illusorisch. Geht man wieder einmal die alten Wege, erwartet man die alten Bilder, die alten Stimmungen, die es nicht mehr gibt.

Zu schnellebig war und ist unsere Zeit. Wenn es in einem alten Lied von der Rückkehr in die Heimat heißt: "Die alten Straßen noch, die alten Häuser noch, die alten Freunde aber sind nicht mehr", so könnte man heute singen: "Die alten Straßen nicht, die alten Freunde nicht, die

alten Häuser sind erst recht nicht mehr".

Eine Melodie meiner südoberbergischen Jugendheimat hat sich mir tief eingegraben: Das vielstimmige Pinken des Sensendengelns, vermischt mit dem Wachtelruf maimorgens in aller Frühe - Melodie der Heimat, beileibe nicht "Heimatmelodie", nie aufgezeichnet, nicht reproduzierbar, unwiederbringlich dahin. Wieviel Musik dieser Welt gäbe ich dafür, sie noch einmal zu hören.

Und der Heimatwald, zu Recht dort "Busch" genannt, - Lohwald mit seinem bunten Leben. 10 Jahre bin ich zu spät geboren, um das Birkwild noch als Charaktervogel dieser Landschaft erleben zu können - längst vergessen, nicht mehr vermißt. Verfichtet, flurbereinigt, die Pfade fleißiger Vorväter verwachsen, die Erinnerung an ihre Gestalten verweht. Blühende Waldwiesentäler mit den roten Punkten der damals noch nicht verfemten grazilen Rehe, sitkaverfichtet oder ponybeweidet, zertreten, verdrahtet und zerhüttelt.

Hochwald habe ich erst in meiner jetzigen Heimat, im Kottenforst, kennengelernt - die Ehrfurcht vor alten Bäumen hat mich nie mehr verlassen, ihre Ernte fällt mir schwer.

Der Blick auf Fachwerkdörfer im Rund waldiger Höhen, im Flor (in der Blüte) blühender, altehrwürdiger Obstbäume ist mir unvergessenes, verlorenes Vergangenheitsbild. Die meisten Häuser sind längst rivergipst, glasbauversteint, gartenverzweigt und blauumfichtet. Die Obstbaumveteranen, die Generationen von Vorfahren gesehen haben, sind vor Jahrzehnten wahnwitzigen Abschaffungsprämien zum Opfer gefallen.

Alle Fernsbilder dieser Welt gäbe ich dafür, diese Dörfer mit der Buntheit und Vielfalt ihres ländlichen Lebens und ihrer Gestalten noch einmal zu sehen und zu erleben. Schlafnester sind es heute, überwiegend ohne jedes bäuerliche Leben und damit ohne jegliche eigenständige Kultur.

Mit der Kuh und der letzten zugeteerten Wegepfütze geht die Schwalbe - dem Menschen durch Jahrtausende zugesellt -, mit dem letzten hohlziegelgedeckten Schuppen oder Stall geht sogar der Spatz. Bunter wird unsere Welt nicht, nur greller, nicht reicher an Melodien, nur lauter.

Aber wer die Getreidehocken auf dem Felde vermißt und die kunststoffverpackten Rundballen industrieller Landbewirtschaftung reklamiert, sollte sich des händischen Garbenbindens erinnern und der abertausend stechenden Disteln. Und wem der Heuduft der ehemaligen Blühwiesen fehlt - Welten liegen zwischen ihm und dem Geruch heutigen Grasheus -, der sollte stundenlang in glühender Sonne Heu von Hand gewendet und ebenso lange unter die Dachsparren immer zu kleiner Scheunen gestampft haben. Und wer die alten Häuser beklagt, sollte sich des Wintertags in der Schüssel gefrorenen Waschwassers erinnern.

Und wer die fehlende Kuh im kleinen Stall vermißt, der sollte einmal frühmorgens und abends eine oder mehrere von Hand gemolken und gemistet haben, und zwar nicht nur einmal, sondern täglich, wirklich jeden Tag - auch Heiligabend. Und er sollte wissen, wie es ist, mit Mann und Maus von dreien oder viere Solcher Tiere und ein paar Morgen steinigem Acker leben zu müssen.

Und dann sollte er sich fragen: Will ich das wirklich oder möchte ich nur hin und wieder stauend diese verlorene Welt als Museum betreten?

Ich für meinen Teil weiß es nicht, die Bilder der Jugendheimat brennen mir mitunter schmerzhaft in der Seele. Die Erinnerung aller Mühsale ist verblaßt; ich habe sie selbst nur noch in kleinen Proben erleben müssen. Aber vielleicht ist es gut, daß sich die Frage der Entscheidung nicht stellt, sich nicht mehr stellen kann.

Kehren wir in die heutige Wirklichkeit zurück: Heimat kann nicht Leben in einem Museum sein, Heimat ist nicht Lebensmuseum. Und Heimatpflege kann nicht allein nostalgisch verbrämte Konservierung sein, sie würde zwangsläufig scheitern. Wirtschaft und Verkehr, Handel und Wandel bleiben in stetiger Bewegung und Entwicklung.

Aber Heimatpflege kann und muß den behutsameren Umgang mit Gewachsenem fordern und fördern. Die Zeiten des Glaubens an einen uneingeschränkten Fortschritt scheinen - gottlob - vorbei zu sein, weil vieles als Fortschritt erschien, was sich als kultureller Rückschritt erwies.

...

Auch ich habe lernen müssen, daß Heimat nicht mehr ein auf die Vergangenheit gerichtetes, verklärtes Gefühl sein kann, das nur noch in Relikten in die Gegenwart hineinragt, sondern eine anzustrebende Ordnung einer Landschaft oder Gemeinde zur Steigerung von Heimatgefühl als Lebensqualität mit beiden Blickrichtungen: in die Vergangenheit und aus der Gegenwart in die Zukunft. ...

Wenn man selber Heimat hat, ist neben ihrer Pflege, Erhaltung und Weiterentwicklung das Wichtigste, daß man bereit ist, auch Heimat zu geben. Heimat zu geben denen, die zwangsläufig in unsere Heimat kommen und hier leben müssen - nicht weil es ihre Wahlheimat ist, sondern weil es Zeitläufe und berufliche Zwänge so gebracht haben. Dies gilt in außergewöhnlichem Umfang gerade in unserer Region, allerdings einer Region, die damit eine reiche, über 2.000 Jahre alte Erfahrung hat.

Heimat kann man nicht leben, wenn man nicht versucht, alle Menschen, die in ihr leben, mit einzubeziehen, - Heimat bleibe ein unwirklicher Torso. Dieses Vermächtnis eines rheinischen Europäers betrachte ich als Verpflichtung, und das ganz besonders über den heutigen Tag hinaus.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 1998: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."

Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...

Tags zuvor hatte ihr polnischer Vorstand wirkliche Entschädigungen von 10.000 statt 700 Mark pro Opfer gefordert, wie Deutschland die westeuropäischen Zwangsarbeitern nach dem Krieg gezahlt habe. "Wir wollen der neuen Regierung eine Chance geben, die Sache zu regeln. Falls das nicht zustande kommt, werden wir zeigen, wie die Moral dieser linken Regierung aussieht", sagte der stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Jan Parys.

"Bevor es zu irgendwelchen Umarmungen kommt zwischen Politikern, muß diese Sache geregelt werden. Viele Polen finden, Deutschland handle Polen nicht wie ein Anwalt, sondern wie Kain den Abel."

Doch auch in dieser Frage gibt es von Schröder keine konkreten Zusagen.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Nun einige Worte über die Äußerungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 1. August (2004) in Warschau.

Der Opfer des Warschauer Aufstandes von 1944 zu gedenken ist eine gerechte Sache. Wir sollen aller Opfer mit Ehrfurcht gedenken. Bundeskanzler Schröder hat aber Dinge in Warschau gesagt, die ich als Professor des Völkerrechts und als Nicht-Deutscher überhaupt nicht verstehen kann. Er sagte: "Die Bundesregierung wird die Ansprüche der deutschen Vertriebenen auf Wiedergutmachung - gemeint sind die juristischen Schritte der Preußischen Treuhänder - entgegentreten und dies auch vor jedem internationalen Gericht deutlich machen."

Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.

Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.

Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutsche Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat.

Professor Dieter Blumenwitz der Universität Würzburg kommentierte neulich, daß wenn der Eigentumsbesitz eines deutschen Bürgers von einem ausländischen Staat bedroht sei, müsse die Bundesregierung ihm diplomatischen Schutz gewähren. Falls Bundeskanzler Schröders Äußerungen eine juristische und nicht nur eine politische Wirkung entfalten sollten, könnte eine Verletzung dieser Pflicht vorliegen. Außerdem dürfte nach Artikel 14, Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes, die Bundesregierung in die Eigentumsposition eines Bürgers nur eingreifen, wenn sie selbst eine Entschädigung anbiete.

Dies steht natürlich dem deutschen Finanzminister als Alternative frei. Das Lastenausgleichsgesetz vom 1949 steht keineswegs im Wege, denn es heißt in der Präambel des Gesetzes, es sei beschlossen worden "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt", daß die Annahme dieser Leistungen "keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet, und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistungen enthalten." ...

"Zwei andere Fragen von fundamentaler Bedeutung werden durch die Kanzler Äußerungen aufgeworfen:

Erstens, wenn die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, wobei zwei Millionen ihr Leben verloren haben, kein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, was war sie dann?

Zweitens, wenn anderen Opfern Rückkehrrecht und Restitution gewährt wird, nach welchem Recht und nach welcher Moral kann man die Deutschen anders behandeln?

Beide Fragen sind vom Prinzip der Gleichheit und vom Prinzip der gemeinsamen menschlicher Würde untrennbar. Man kann den Deutschen Vertriebenen eine Wiedergutmachung nicht verweigern, ohne dabei eine völkerrechtswidrige Diskriminierung zu begehen." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. November 1998: >>**Japan: Frieden mit Rußland**

Rußland und Japan haben ungeachtet des Streits über die Süd-Kurilen ihren Willen zum Abschluß eines Friedensvertrages bis zum Jahr 2000 bekräftigt.

Eine entsprechende Erklärung unterzeichneten der russische Präsident Boris Jelzin und der japanische Ministerpräsident Keizo Obuchi am Freitag in Moskau.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 19. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Es scheint, als hätte Martin Walser zur Verleihung des Friedenspreises zwei Reden gehalten: eine, die Ignatz Bubis gehört hat, und eine, die zum Beispiel ich gelesen habe.

Ich habe gelesen, daß Walser öffentlich darüber nachgedacht hat, wie die Erinnerung an das, was er unsere Schande nennt, vor Mißbrauch und Instrumentalisierung bewahrt werden kann; wie wir, da wir mit dieser Erinnerung leben müssen, mit ihr auch leben können; wie wir, statt die Erinnerung als Bedrohung oder Nötigung zu empfinden, sie als einen Weg der Erkenntnis nutzen können.

Von der Neigung des Menschen zu verdrängen, was er nicht ertragen und nicht verändern kann, hat er gesprochen. Er hat nicht zum Verdrängen aufgefordert, sondern zu einem Umgang mit der Geschichte, der das Verdrängen nicht herausfordert und das Erinnern nicht zu ritualisierten Lippenbekenntnissen degradiert.

Als ich Walsers Rede las, habe ich an eine andere Rede gedacht, an seine Rede aus dem Jahr 1988, in der er sich mit der deutschen Teilung nicht abfinden wollte und auf einer Normalität beharrte, die ihm erlaubt hätte, in Dresden und Leipzig ins Theater zu gehen wie in München oder Hamburg. Ich war ihm damals dankbar und bewunderte seinen Mut, denn Mut hat er, wie die maßlosen Attacken gegen ihn bewiesen, wirklich gebraucht. Mut hat er auch diesmal gebraucht.

Ich nehme an, Walser empfindet inniger für die Nation als ich, was, wie ich glaube, eher mit der geographischen Herkunft, der Biographie und dem Naturell zu tun hat als mit politischer Gesinnung. Aber steht ein nationales Empfinden, solange es kein nationalistisches ist, wirklich der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus im Wege?

Bubis bemängelt, daß Walser von "unserer Schande" und nicht von Verbrechen spricht. Die Verbrechen hat Walser nicht begangen, aber er nimmt die Schande an, die sie ihm hinterlassen haben, eben weil er nationaler empfindet als andere.

Ich hingegen kann weder denken noch fühlen, daß junge Deutsche an der Schande ihrer Nation tragen müssen, für mich sind junge Deutsche sowenig belastet und zugleich über das Menschenmögliche so warnend belehrt wie junge Dänen und junge Franzosen.

Ich kann in Walsers Bedürfnis, vom gegenwärtigen Deutschland als einer normalen Gesellschaft zu sprechen, keinen Frevel erkennen. Für die anderen Völker werden wir auf lange Zeit kein normales Land sein. Aber wie wollen wir sie von unserer Normalität überzeugen, wenn wir uns selbst den Anspruch darauf versagen?

Man muß Walsers Ansichten, Gefühle und Folgerungen nicht teilen. Über jeden Satz kann gestritten werden. Aber er muß sagen dürfen, was er gesagt hat, ohne als geistiger Brandstifter und verkappter Antisemit bezeichnet zu werden. Zum Erinnern kann niemand gezwungen werden, man muß sich erinnern wollen.

Walser hat, gleichsam in einem Selbstversuch, gezeigt, was die Erinnerungsbereitschaft blockieren kann. Ich verstehe, wenn das die Opfer der Verbrechen beunruhigt, aber sie stehen nur noch selten den Tätern gegenüber, sondern deren Kindern und Kindeskindern, die sich eigener Taten nicht schämen müssen und deren Bereitschaft, sich zu erinnern, nicht mit dem Hinweis auf Schuld eingefordert werden kann. Sie müssen verstehen wollen, auch zum Verständnis kann niemand gezwungen werden.

Vielleicht hat Walser für die tätige Erinnerung mehr getan als die Tabubewahrer. Wenn diese Rede ausreicht, um sein Lebenswerk zu ignorieren und seine Integrität in Frage zu stellen, wenn Walsers Rede, weil sie sich nicht an eine tabuisierte Sprache hält, vor keinem Mißverständnis und keiner demagogischen Interpretation, auch in dieser Zeitung, geschützt ist, dann

war die Diskussion, die er entfacht hat, überfällig.

Er zittere vor Kühnheit, wenn er sage, Auschwitz eigne sich nicht dafür, Drohgebärde zu werden, gestand Walser in Frankfurt.

Auch ich zittere ein wenig, jetzt, da ich ihn verteidige. Warum? Wo lebe ich, daß ich mich fürchte zu sagen, was ich denke?<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Streit um Walser-Rede zieht Kreise**

Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...

Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.

Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...

Der SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi, früher Bundesbildungsminister und Sohn des unter Hitler hingerichteten Widerstandskämpfers Hans von Dohnanyi hatte den verbitterten Bubis zu dem Kommentar "böseartig" verleitet, als er in einem Beitrag die jüdischen Bürger bat, sich doch einmal zu "fragen, ob sie sich so viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 "nur" die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären.

Der deutsch-jüdische Historiker und Politologe Michael Wolffsohn, Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule in München, wirft Bubis vor, nach dem "Frontalangriff" auf Walser und anschließend auf Dohnanyi übers Ziel hinausgeschossen zu sein. ...

Altbundespräsident Richard von Weizsäcker schreibt in der FAZ zur Verteidigung des Friedenspreisträgers Walser: "Bei Martin Walser gibt es nicht den Schatten eines Versuchs, am Grauen von Auschwitz im allergeringsten herumzudeuteln."<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (49/1998) berichtete am 30. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Total normal?**

Der Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis wühlt die Nation auf. Ist die Debatte über die "Dauerpräsentation" der Nazi-Verbrechen Auftakt für eine neue deutsche "Normalität" der Berliner Republik?

Das ist sie also, die neue deutsche Normalität: Über 53 Jahre nach der Befreiung der letzten Überlebenden von Auschwitz debattieren hochgeachtete liberale Persönlichkeiten plötzlich über die "Instrumentalisierung unserer Schande", über Erinnerung, Gewissen, den Zwang zum Wegschauen und eine "Moralkeule" namens Holocaust, ganz so, als sei Hitlers Terror-Herrschaft eben erst zu Ende gegangen.

Seit Martin Walsers Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 11. Oktober tobt ein erbitterter öffentlicher Streit über den Umgang mit der jüngeren deutschen Geschichte, dessen Heftigkeit und Leidenschaft eher an 1968 als an 1998 denken läßt.

Ob Walser, Bubis oder Dohnanyi: gekränkte Seelen, verletzte Gefühle, Mißverständnisse allüberall. Und der Ton wird immer gereizter. Zuletzt forderte der hanseatische Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi, Sohn eines hingerichteten NS-Widerstandskämpfers, von Bubis gar "eine Aussprache vor dem vollständigen Zentralrat der Deutschen Juden" mit einem symptomatischen Fehler im Eifer des Gefechts: Der Name der Institution ist "Zentralrat der Juden in Deutschland". Das Gespräch, so entschied das Direktorium des Zentralrats, wird vorerst nicht stattfinden.

Schließlich schaltete sich auch noch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker ein: "Der

Streit wird gefährlich", mahnte er, äußerte Verständnis für Bubis' Erregung und erinnerte daran, daß wir "gegen das ungeheuerliche Gewicht des geschehenen Verbrechens" nicht mit einem noch so verständlichen "Schutz unserer Verletzbarkeit" ankämen.

Neben dem Streit um das geplante Holocaust-Mahnmal ist diese, für viele Beobachter überraschend scharfe Auseinandersetzung die erste große Debatte im Vorschein jener "Berliner Republik", die eine neue Epoche in der deutschen Nachkriegsgeschichte einleiten soll. Der erste, paradoxe Befund lautet: Die alten Gespenster kehren zurück.

Zugleich hat eine neue Generation die Regierungsmacht in Bonn übernommen, deren Verhältnis zur deutschen Vergangenheit abgeklärter, selbstverständlicher, souveräner zu sein scheint. Bundeskanzler Schröder, wie sein Außenminister Fischer Repräsentant der Revolte-Generation von '68, artikuliert einen ganz neuen Ton der deutschen Politik, der freilich nicht überall ohne Skepsis aufgenommen wird.

Da wünscht er sich etwa ein Holocaust-Denkmal, "wo man gerne hingeh", spricht von der Verteidigung deutscher Unternehmen gegen "unberechtigte", gleichsam globalisierte Ansprüche ehemaliger KZ-Zwangsarbeiter und bleibt dem Gedenken an den 80. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs in Frankreich "aus Termingründen" fern. Auch sein Antrittsbesuch in Moskau ließ jede historische Sentimentalität, etwa gegenüber der deutsch-russischen Tragödie dieses Jahrhunderts, vermissen. Geld brachte er schon gar nicht mit.

Schröders Umgang mit der Geschichte sei "nicht so verzagt", bestätigt Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye. Die europäischen Nachbarn sollten sich daran gewöhnen, "daß Deutschland sich nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren läßt". Ist das also schon die neue deutsche Unbefangenheit, der Schröder-Sound einer neuen "Normalität", die sich nicht mehr von "vergangenheitspolitischen Letztbegründungen", so der Soziologe Heinz Bude, fesseln lassen will? Kommt nun das Ende der Demut, Beginn einer "zweiten Befreiung" Deutschlands?

In seiner Regierungserklärung unter dem Motto "Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen" sprach der Kanzler vom "Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß", ein Wort, das seinem Vorgänger Kohl, der vor Verdun noch Hand in Hand mit dem französischen Staatspräsidenten der Weltkriegstoten gedacht hatte, von linken Kritikern als böse Verdrängung der Geschichte, als neue deutsche Großmannssucht angekreidet worden wäre.

Verkehrte Welt - nun werden verdächtig konservativ-patriotische Vokabeln wie "Selbstbewußtsein", "erwachsen" und "Nation" von regierenden Alt-68ern zur Definition der "Berliner Republik" in Anspruch genommen, die sie gestern noch den Nationalkonservativen der CDU vom Schlage eines Alfred Dregger um die Ohren gehauen haben. "Die selbstbewußte Nation" - so lautete der damals noch provozierende Titel eines 1994 erschienenen Sammelbandes der "Neuen Rechten" mit Autoren wie Heimo Schwillk, Ernst Nolte und Rainer Zitelmann.

Klingt so jetzt also die Coolness der "Neuen Mitte" ein knappes Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung - nationaler Interessenpragmatismus statt Kohlschem Geschichtspathos und dem moralischen Imperativ des immerwährenden Gedenkens an deutsche Schuld?

Der Streit um die Walser-Rede und Schröders Normalitätsrhetorik - beides markiert jedenfalls das Spannungsfeld deutscher Identität an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Und es kann ja sein, daß die eher zufällige Parallelität der Ereignisse tatsächlich einer höheren Dialektik der Geschichte gehorcht - Möglichkeit für einen neuen Anfang, der aber ohne die erinnernde Bewahrung der alten Schrecken nicht denkbar ist. Ein genaues und immer wieder neues Hinsehen, das jede Art von Fixierung, sei sie negativ oder positiv, überflüssig macht.

So wäre es denn die Chance einer "Berliner Republik", irgendwann wirklich ein "moralisch souveränes Bewußtsein" zu entwickeln, das "weder dem Zwang des Vergessens noch dem Zwang des Erinnerns erliegt", wie Thomas Assheuer in der "Zeit" formulierte.

Erst diese Haltung, die tatsächlich einem aufgeklärten nationalen Gedächtnis nahekäme, würde ein annähernd normales, nicht neurotisches Verhältnis zur jüngeren deutschen Vergangenheit und damit einen freieren Blick in die Zukunft erlauben.

Doch davon sind wir weit entfernt.

Immer noch beherrschen Reiz-Reaktionsmechanismen, Abwehrrituale, wohlfeile Bekenntnisse und dumme Selbstbezeichnungen die öffentliche Diskussion - und das, obwohl die wesentlichen historischen Fakten, jenseits kleiner, unbelehrbarer Minderheiten, völlig unumstritten sind. So schrieb der "Stern" jüngst in fetten Lettern: "Die Deutschen und ihre Vergangenheit - das ist eine Geschichte aus Verdrängung, Hochmut und der Unfähigkeit zu trauern": ein offensichtlich gedankenloser Unfug, der mit der Wirklichkeit der vergangenen Jahrzehnte so gut wie nichts zu tun hat.

Spätestens seit dem Auschwitz-Prozeß 1963 haben sich Millionen Deutsche mit der Nazi-Tyrannie und dem Völkermord an den Juden in oft schmerzhafter Weise auseinandergesetzt. Auch die Revolte von 1968 wäre ohne die scharfe und bittere Anklage gegen die damalige Vätergeneration der Frontsoldaten und Nazi-Mitläufer nicht denkbar gewesen, und selbst die Gründung der terroristischen "Rote Armee Fraktion" (RAF) war noch ein - verheerender - ideologisch bedingter Reflex auf das Trauma des Holocaust und das moralische Versagen einer ganzen Generation.

In seinem Filmepos "Die zweite Heimat" zeigte Regisseur Edgar Reitz in eindrucksvollen Szenen die ganze, manchmal ungerechte Wucht der Attacken gegen die Eltern, die freilich auch eine Reaktion auf die bleierne Verdrängung war, die viele Mütter und Väter zum Selbstschutz aufgebaut hatten.

Niemand kennt die Zahl der familiären Wortgefechte beim Sonntagsbraten zwischen Flensburg und Füssen, die notorischen Szenen der Vater-Sohn- und Mutter-Tochter-Zerwürfnisse überm aufgeschnittenen Rehrücken mit Kartoffelklößen - Millionen kleiner Dramen, in deren Verlauf die "Moralkeule" (Walser) beidseitig und vielhändig eingesetzt wurde: "Was habt ihr damals gemacht? Was habt ihr gesehen? Was habt ihr gewußt? Warum habt ihr geschwiegen?" fragten die einen. "Ihr habt ja keine Ahnung! Ihr habt leicht reden!" antworteten die anderen.

So heillos diese chaotischen Aussprachen meist endeten, so sehr haben sie doch jener mühsamen gegenseitigen Aufklärung gedient, die Deutschland verändert hat.

Der Generationenkonflikt - nicht nur - am Mittagstisch, die Mischung aus Protest und Selbstverteidigung, Lüge und Wahrheit, Gefühl und Härte war Teil jenes unbequemen, aber extrem realitätshaltigen Diskurses, der auf Dauer gegen die Tendenzen zur Verdrängung arbeitete, auch wenn er sie keineswegs besiegte. Oft hat sie sich nur verschoben. Aber er stärkte die Gegenkräfte.

Als 1979 die amerikanische Serie "Holocaust" lief, schwappte eine neue, diesmal stark medienbeeinflusste Woge von Erregung und Debatte durchs Land, die seitdem immer wieder neue Nahrung erhielt: ob durch Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" oder den Historikerstreit über die Vergleichbarkeit von Hitlers Holocaust und Stalins Gulag, durch beeindruckende Fernsehdokumentationen wie "Soldaten für Hitler" (ARD) und "Hitlers Helfer" (ZDF), den Streit über die provozierenden Thesen des Historikers Daniel Jonah Goldhagen ("Hitlers willige Vollstrecker") oder die heftig befahdete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht - ganz zu schweigen von den unzähligen, mehr oder weniger populärwissenschaftlichen Publikationen über fast sämtliche Aspekte des Geschehens zwischen 1933 und 1945.

In all diesen Jahren schien es, als rückten die Nazi-Verbrechen mit dem zeitlichen Abstand der Jahre immer näher, bedrängend nahe - Vergangenheit, die nicht vergeht. Längst und unvermeidlich war Auschwitz zur Chiffre geworden für den historisch einzigartigen, nahezu industriell vollzogenen Genozid, für das Jahrhundertverbrechen, den Zivilisationsbruch

schlechthin. Und für eine nie wieder gutzumachende deutsche Schuld, die unentrinnbare Erbschaft einer Nation und ihrer Elite.

Immer neue Jahres- und Gedenktage erinnern daran. Die Worte der Gedenkredner ähneln und wiederholen sich, ja, sie nutzen sich ab. Da erscheint vieles floskelhaft, wie der Vollzug eines reinen Rituals. All die Ermahnungen, ja nicht zu vergessen, was geschehen ist, mögen die Jüngeren abstumpfen, bei den Älteren metaphysische Phantomschmerzen und im übrigen jene "Betroffenheit" auslösen, die wenig kostet, aber viel gute Gesinnung demonstriert.

Auschwitz und der Holocaust, so sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, wurden für viele Wohlmeinende und politische Gutmenschen eine Art "negativer Sinnstiftung", eine profane Erlösungsreligion als letzte Utopie ex negativo - andererseits eine billige Münze noch billigerer Vorwürfe gegenüber politischen Gegnern oder sonstwie Andersdenkenden.

An diesem Punkt muß man Walser recht geben: Ja, Auschwitz und der Holocaust sind vielerorts zu wohlfeilen Metaphern plattgeredet worden, zu argumentativem Kleingeld gepreßt. Es stimmt: Manche Intellektuelle versuchen, sich auf die Seite der Opfer der deutschen Geschichte zu schleichen, um als die besseren Deutschen dazustehen. Und es ist richtig, daß der Massenmord an den Juden immer wieder auch "instrumentalisiert" wird, um allerlei Unfug moralisch zu rechtfertigen, zum Beispiel die deutsche Teilung als Strafe für Auschwitz oder jenen deutschen Rassismus von links, der den unreflektierten Selbsthaß in der blinden Liebe alles Fremden und irgendwie Nichtdeutschen aufgehen läßt.

Freilich: Man kann recht haben und doch danebenliegen. Oft ist der Ton entscheidend, Stil, Auftritt und Haltung, auch Ort und Zeit. Schon der Ton war merkwürdig. Walsers Friedenspreisrede kam wie die Offenbarung einer lange gehegten, unterdrückten Mischung aus Meinung und Empfindung daher, fein gesponnen, doch auch verquält verquast, eindeutig und ambivalent zugleich. Keine Spur französischer clarté (Klarheit) oder englischer Prägnanz.

Hier sprach ein laokoonhaftes Ich, das scheinbar mit den Ungeheuern der Vergangenheit ringt, Goyas Schreckensbilder im Kopf, höchst gewissenhaft, fast pedantisch ins Innerste schauend, aber auch borniert, selbstbezogen, eitel, dabei triumphal, ein Gewissensriese in Dauernöten: Seht her, hier stehe ich und kann nicht anders!

Er sprach intim fast, sozusagen "zur Seite", doch zugleich in allergrößter Öffentlichkeit, authentisch betroffen, literarisch und politisch in einem Atemzug - ein "performativer Widerspruch" par excellence: Eine intime Beichte als Kapuzinerpredigt mit Fernseh-Live-Übertragung.

Er wollte nur für sich reden und konnte doch sicher sein, vielen, ja der großen Mehrheit nicht nur im Saale geradezu aus der Seele zu sprechen. Der große Beifall gab ihm recht und zeigte: Hier artikuliert sich gewiß keine kleine, tapfere Minderheit gegen den übermächtigen Mainstream politischer Korrektheit, hier bricht sich ein Gefühl Bahn, das nur noch ausgesprochen werden mußte.

Dabei brach Walsers Sonntagsrede Tabus, die längst keine mehr sind: Das Berliner Holocaust-Mahnmal - ein "fußballfeldgroßer Alptraum". Wie oft haben wir das gelesen? Der Historiker Michael Wolffsohn warnt seit langem davor, bei jeder noch so wichtigen Gelegenheit die "Auschwitzkeule" zu schwingen, und die schöne Formel von der "Banalität des Guten", die Walser aus dem Hut zauberte, wurde von dem Hannah-Arendt-Bewunderer Eike Geisel geprägt.

Wenn Walser fast schon kokett mitteilt, immer wieder "wegsehen" zu müssen, und dies auch noch quantifiziert - "bestimmt schon zwanzigmal" -, wenn er bekennt: "Auch im Wegdenken bin ich geübt" und die "Dauerpräsentation unserer Schande" anprangert, dann fragt sich, wer ihn eigentlich mit alledem belästigt dort unten am schilfumrankten Bodensee, wer ihn zwingt und bedrängt - wenn nicht er selbst und sein eigenes Gewissen.

Auch sein Fernsehapparat wird eine Fernbedienung besitzen, und wenn im ZDF Guido Knopps Serie "Hitlers Krieger" läuft, ein Film über Anne Frank oder irgendeine Dokumentation mit alten Wochenschau-Bildern aus Bergen-Belsen, dann reicht ein Knopfdruck, um zur satirischen Sat-1-"Wochenshow", "Veronas Welt" oder Rudi Carrells "7 Tage, 7 Köpfe" zu gelangen. Nebenher: Ist hier nicht eher jene Abstumpfung das Problem als schmerzhaft aufwühlende Erinnerung? Und: Wo bleibt bei alledem das intellektuelle Vermögen der Abstraktion, ohne das Verstehen sowieso nicht möglich ist?

Walters deutsche Klage zeigt: Man kann auch die Individualisierung der Erinnerung und des Gewissens wie der "Schande" zum Ritual der Selbstinszenierung eines großen, fast poetisch leidenden Ich überhöhen, das sich scheinbar vor dem Ansturm des moralischen Trommelfeuers heroisch ducken muß, um sein eigenes Recht, sein Recht auf die Privatheit des Gewissens zu behaupten.

Doch seltsam, all die "Gewissenswarte der Nation", die "Meinungssoldaten", die "mit vorgehaltener Moralpistole den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen" - sind das nicht eher Figuren aus den siebziger Jahren, als Walser selbst der DKP nahestand und ziemlich genau wußte, wie man Agitation für den Weltfrieden betreibt?

Die heftigen ideologischen Großdebatten jedenfalls sind mit der allmählichen Auflösung der politischen Lager seit 1989 längst auf dem Rückzug, und so nimmt sich auch der historische Augenblick der Walterschen Intervention eigenartig anachronistisch aus. Welche Furien des ritualisierten, zwanghaften Erinnerns an die Nazi-Greuel verfolgen ihn denn in unseren Tagen der selbstreferentiellen Massenmedien, da Verona Feldbusch und Harald Schmidt den fröhlichen Zeitgeist der Nation prägen?

Und wie sieht sie aus, jene "Dauerpräsentation unserer Schande" im Alltag von Martin Walser, in unser aller täglichem Leben zwischen Monica Lewinsky, Saddam Hussein und der rotgrünen Steuerreform?

Auch die vielfältigen Reaktionen auf Walser, ob zustimmend oder ablehnend, lieferten kein Anschauungsmaterial zu seiner These, keine Beweismittel für etwaigen Psychoterror, Hirschauzwang oder Diskursverbote und so auch keine Anhaltspunkte dafür, daß das "Wegschauen" angesichts der "Dauerpräsentation unserer Schande" zur neuen Bürgertugend der "Berliner Republik" erhoben werden müßte.

Selbst entschiedene Walser-Verteidiger wie Klaus von Dohnanyi und Monika Maron wollten nur des Dichters Warnung vor "bequemer Routine" beim Gedenken, vor "ritualisierten Lippenbekenntnissen" und Auschwitz als "Drohgebärde" gehört haben, nicht aber jenen zumindest mißverständlichen Tonfall des Überdrusses an den Bildern der Vergangenheit selbst, die der empfindsamen deutschen Seele zusetzen.

Ist also diese "notwendige Klage eines gewissenhaften nichtjüdischen Deutschen über das schwierige Schicksal, heute ein solcher Deutscher zu sein" (Dohnanyi), mehr als ein halbes Jahrhundert danach nicht auch ein bißchen wehleidig, am Ende eher eine unbewußte Selbstanklage, die den Weg der Freudschen Projektion einschlägt und Bedrängung von draußen vermutet, wo es eigentlich um Selbstbedrängung, um unbewältigte eigene Konflikte geht?

Auch Dohnanyis Stellungnahme in der "FAZ" mutet in diesem Zusammenhang höchst zwiespältig an. Auch er spricht, wiewohl im Ton gelassener, vom "allzu häufigen Versuch anderer, aus unserem Gewissen eigene Vorteile zu schlagen. Es zu mißbrauchen, ja zu manipulieren".

Wen und was meint er damit? Die französische Diplomatie, Englands kommerzielle Fernsehstationen, Hollywood, amerikanische Anwälte von Holocaust-Opfern, holländische Fußballer, die Weltmeinung? Und weiter: Vorteile aus unserem Gewissen? Warum sagt er nicht, welche Vorteile und welche Nachteile er im Auge hat? Lassen wir Deutschen uns tatsächlich manipulieren und mißbrauchen? Wozu, mit welchen Folgen?

Noch ein weiteres befremdet. Dohnanyi schreibt: "Allerdings müßten sich natürlich auch die jüdischen Bürger in Deutschland fragen, ob sie sich so sehr viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 „nur“ die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären."

Richtig verstanden: Die wenigen jüdischen Überlebenden des Holocaust und ihre Kinder sollen jetzt auch noch in der deutschen Öffentlichkeit Rechenschaft darüber ablegen, "wie tapfer" sie sich verhalten hätten, wenn ihre Eltern, Großeltern und Geschwister nicht gerade von den Deutschen erschlagen, erschossen und vergast worden wären. Die "taz" kommentierte zynisch böse: "Wie die Juden beim Holocaust beinahe mitgemacht hätten".

De gustibus non est disputandum. Aber keine Frage: Da ist Aggression im Spiel. Und ein Stück Absurdistan im Jahre 1998. Könnte es also sein, daß der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex recht hat, wenn er zum Verhältnis von Tätern und Opfern die polemisch-paradoxe Erklärung liefert: "Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen."

Das trotz aller Bekenntnisse zur historischen Verantwortung immer auch leicht Verdruckste und bloß Angedeutete in der Debatte, all die dunklen Hinweise auf Mißbrauch und Manipulation des deutschen Gewissens markieren den wunden Punkt: die anhaltende tiefe Kränkung jener Generationen von nichtjüdischen Deutschen, die das "Dritte Reich" noch bewußt, als Jugendliche oder junge Erwachsene, erlebt haben.

Da mischen sich Schuldgefühle und Verdrängung, Scham angesichts der Verbrechen und das Gefühl, persönlich völlig unschuldig zu sein, die Unfaßbarkeit des Geschehenen, das Empfinden, immer wieder unter Generalverdacht zu stehen, und der Wunsch, irgendwann einmal davon erlöst zu werden - eine Gemengelage aus objektiven und subjektiven Tatsachen, die wahrscheinlich wirklich nicht zu "bewältigen" ist.

Erst recht nicht für jene Juden, die wie Ignatz Bubis den Holocaust knapp überlebt haben, während die Familie vernichtet wurde. Viele Bücher sind über die Scham der jüdischen Überlebenden geschrieben worden, über die ganz eigene Not, den Schrecken zu verdrängen, das individuelle Leid zu mildern und doch nie davon abzulassen, die Erinnerung an die Shoah wachzuhalten. Man darf unterstellen, daß nicht viele Deutsche die literarischen oder historischen Berichte dieser lebenslangen Verletzung - von Primo Levi bis Ruth Klüger - gelesen haben.

Trotz dieser offensichtlichen und in diesen Tagen wieder spürbaren Unüberbrückbarkeit der biographischen Standorte, Gefühle und Gedanken zwischen Opfern und Tätern und ihren Nachkommen hat gerade der liberale Geschäftsmann Bubis das demokratische Deutschland in aller Welt verteidigt - ganz besonders in jenen prekären Zeiten nach der Wiedervereinigung 1990.

Obwohl sein Haus in Frankfurt am Main bis auf den heutigen Tag rund um die Uhr bewacht werden muß - übrigens genauso wie die Jüdische Schule, das Gemeindehaus und die Synagoge -, hat er selbst im Herbst 1992, als in Deutschland die Asylbewerberheime brannten, die Reife der deutschen Republik gegen Befürchtungen aus den eigenen Reihen verteidigt, man müsse vielleicht schon wieder ans Auswandern denken.

Bubis, der wie viele prominente Juden Tag für Tag antisemitische Drohbriefe erhält, ist, trotz seines überzogenen Urteils über Walsers Rede ("geistige Brandstiftung"), alles andere als ein Eiferer. Im SPIEGEL-Gespräch sagt er: "Wenn ich nach 1945 nicht verdrängt hätte, was geschehen war, hätte ich Selbstmord begangen. Aber die Geschichte holt einen wieder ein."

Normal jedenfalls ist an alldem gar nichts. Wer damit nicht leben kann, flüchtet in ewige Wahrheiten wie das Talmud-Zitat, das an jedem 9. November aufs neue strapaziert wird: "Das Geheimnis der Erlösung ist die Erinnerung."

Auch Ignatz Bubis hat am 9. November diesen Satz gesprochen. Doch nicht alles, was im Talmud steht, ist weise und realitätstauglich. Erinnerung führt nicht automatisch zur Erlösung.

Erinnerung kann auch ein Fluch sein, vor allem, wenn Kollektive eine gemeinsame Geschichte haben, an die sie sich verschieden erinnern, wie es zwischen Deutschen und Juden, aber auch zwischen Israelis und Palästinensern der Fall ist. "Denn das Leiden stiftet ein gemeinsames Gedächtnis", schrieb Ulrich Raulff in der "FAZ", "die Schande aber zerstört es."

Während für Bubis allein in der Erinnerung an das Leiden ein Stückchen Erlösung liegt, bedeutet Walsers Erinnerung an die Schande die Fortdauer einer unauflösbaren Spannung. Das Drama kennt kein Happy-End. "Sie sind verletzbar und wollen Ihren Seelenfrieden haben", schrieb Bubis an Dohnanyi. "Damit kann ich nicht dienen."

Und dennoch - es gibt so etwas wie eine langsam wachsende Normalität in Deutschland, auch im Verhältnis zu seiner Vergangenheit. Eine neue Generation der 40- bis 50jährigen repräsentiert sie bereits. Sie stellt die Bundesregierung, sitzt in den Chefredaktionen der großen Medien, leitet Theater, Universitäten, Weltkonzerne.

Sie nimmt tatsächlich, ob sie will oder nicht, und ganz unverdient Kohls "Gnade der späten Geburt" in Anspruch. Und sie dankt dem Himmel, daß sie an keiner Ostfront gekämpft hat, in deren Rücken die Genickschußkommandos der SS-Einsatzgruppen wüteten. Aber: Sie hat sich mit dieser Geschichte immerhin auseinandergesetzt.

Es ist deshalb kein Wunder, daß sie sich jetzt freier, ja souveräner fühlen kann als ihre Vorgänger. Das aber ist nicht zuletzt Folge der öffentlichen Konfrontation mit anderen Haltungen, Erfahrungen, Biographien - Konsequenz jener politischen Auseinandersetzungen, die mit der heute etwas altertümlich klingenden linken These begannen, daß das Politische privat sei und das Private politisch.

Aber es stimmt ja: Wenn das Gewissen des einzelnen sich zur Handlung gedrängt sieht, dann muß es auch aus sich herausgehen, sich öffentlich artikulieren, streiten und kämpfen. Genau dies postulierten Rudi Dutschke & Co. an Weihnachten 1967, als sie in der Berliner Gedächtniskirche den Gottesdienst zur Protestveranstaltung gegen den Vietnamkrieg und die Napalmbomben der US-Streitkräfte umfunktionierten.

Trotz der windungsreichen Irrtumsgeschichte der 68er: Da hatten sie recht. Erinnerung und Gewissen sind individuell, aber wenn sie dem Kantischen Imperativ folgen wollen, werden sie Teil der sozialen Gemeinschaft, das Gewissen der Gesellschaft. Ihr Versagen machte die Katastrophe des Nationalsozialismus erst möglich.

Die "Berliner Republik" hat einen - auch ganz unverdienten - Startvorteil: Ihre unmittelbare Vorgeschichte sind 50 Jahre Bundesrepublik, 50 Jahre teils hart umkämpfte demokratische Tradition, die sich mit dem antifaschistischen, aber auch dem antitotalitären Erbe der DDR verbindet. Der neue, 50 Jahre alte Außenminister Joschka Fischer ist nicht zufällig so etwas wie ihr nahezu idealtypischer inoffizieller Repräsentant.

Denn seine Lebensgeschichte voller Brüche und Wendungen ist auch die Geschichte einer Generation, die ihre antiautoritäre Staatsfeindschaft überwunden hat, ohne in autoritäre Staatsgläubigkeit zu verfallen - deren linksradikaler Antifaschismus im Bewußtsein von der Kostbarkeit einer zivilen Gesellschaft aufging.

So hat sie sich auf Ab- und Umwegen die westliche Demokratie angeeignet, hier und da mit neuen, partizipatorischen Elementen angereichert.

Nur von dieser Normalität eines demokratischen Deutschland kann die Rede sein. Doch sie entsteht nicht durch ihre ständige Beschwörung - dies wäre ein Zeichen von Unnormalität -, sondern dadurch, daß das klare Bewußtsein von dem, was war, sich in der Gegenwart ganz selbstverständlich niederschlägt: in der immer wieder gefährdeten Souveränität, zugleich moralisch und vernünftig zu handeln.

"Die Deutschen sind jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft wie jede andere", sagte der israelische Historiker Saul Friedländer vergangene Woche in seiner Dankesrede zum "Geschwister-Scholl-Preis". Aber: "Ist eine normale Gesellschaft eine Gesellschaft ohne Erin-

nerung, eine, die sich der Trauer entzieht, eine, die sich von der eigenen Vergangenheit abwendet, um nur noch in Gegenwart und Zukunft zu leben?"
Im besten Falle also wäre der Walser/Bubis-Streit das schrille Fanal gewesen, das den Übergang in die Berliner Republik begleitet.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x046/79) = Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage, Seite 79.

x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen</u> . Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x088	Reichling, Gerhard: <u>Die deutschen Vertriebenen in Zahlen</u> . Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.

Internet

x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x923	https://www.theologe.de/reichtum_der_kirche_ist_blutgeld.htm – Juli 2019
x912	https://horst-koch.de/hexenglaube/ - April 2019